

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Aus dem Inhalt:

Karl Dietrich Bracher
Es begann mit der Weimarer Erfahrung

Hans-Peter Schwarz
Die neueste Zeitgeschichte

Horst Möller
Diktatur- und Demokratieforschung im 20. Jahrhundert

Hermann Graml und Hans Woller
Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003

Jürgen Zarusky
Die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

50 Jahre VfZ

Karl Dietrich Bracher Es begann mit der Weimarer Erfahrung	1	Aufsätze
Ist Weimar noch aktuell?		
Hans-Peter Schwarz Die neueste Zeitgeschichte	5	
Muß der Begriff Zeitgeschichte neu definiert werden?		
Horst Möller Diktatur- und Demokratieforschung im 20. Jahrhundert	29	
Wo liegen neue Zugänge zur Zeitgeschichte?		
Hermann Graml und Hans Woller Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003	51	
Was hat die Zeitschrift seit 1953 bewegt?		
Jürgen Zarusky Die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte	89	
Nur ein Beiboot oder mehr?		
Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft für Dietmar Süß (IfZ)	107	Notiz
	109	Abstracts
	111	Autoren

Die moderne Zeitgeschichte, so wie sie sich nach 1945 in Deutschland entwickelte, stand zunächst vor allem im Zeichen des Scheiterns der Weimarer Republik und der schrecklichen Folgen, die sich daraus ergaben. Diese Erfahrung hat bis heute nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Sie wirkt weiter und ist mit vielen Aspekten der neueren und neuesten Zeitgeschichte untrennbar verknüpft, weshalb der Geltungsbereich der Zeitgeschichte auch nicht auf die „Epoche der Mitlebenden“ beschränkt werden kann. Karl Dietrich Bracher, der Doyen dieser Disziplin, betont dies ebenso nachdrücklich wie er für eine unverminderte Fortführung der Weimar-Forschung plädiert, die in seinen Augen noch immer Entscheidendes zum Verständnis des 20. Jahrhunderts beizutragen vermag. ■

Karl Dietrich Bracher

Es begann mit der Weimarer Erfahrung

Das Jubiläum der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, die vor einem halben Jahrhundert durch Hans Rothfels und Theodor Eschenburg begründet wurden, legt den heutigen Herausgebern und Redakteuren eine Besinnung auf Selbstverständnis und Entfaltung ihrer inzwischen größer gewordenen Disziplin nahe. Unser Bemühen um den Neuanfang einer modernen Zeitgeschichte in Deutschland und Europa stand nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs im Zeichen einer doppelten Erfahrung der Zeitgeschichte: Da war einerseits die historische Erfahrung des verhängnisvollen Scheiterns der Demokratien, das ganz besonders die neu geschaffenen oder erweiterten Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des Ersten Weltkriegs allzu rasch erfaßt hatte. Da war zum anderen aber auch die so hoffnungsvolle Befreiung Europas von Diktatur und Zweitem Weltkrieg, die der vollständige Sieg über Hitler und den Nationalsozialismus verhieß – wenngleich bald mit der Bürde der Ost-West-Spaltung belastet und angesichts der totalitären Sowjetdiktatur binnen kurzem mit einem Kalten Krieg konfrontiert.

Diese so einschneidenden und widersprüchlichen Erfahrungen bedeuteten besonders für die Deutschen, bei der Erforschung und Deutung der jüngeren Geschichte nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem folgenschweren Experiment der ersten deutschen Demokratie von Weimar immer wieder aufzunehmen. Deren krisenreicher Verlauf und schmachliches Ende in den kaum 13 Jahren bis 1933 demonstrierten geradezu exemplarisch die gravierenden Probleme jener „Zwischenkriegszeit“ nach der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs, die für eine vergleichende Betrachtung der europäischen Politik besonders lehrreich erscheinen¹.

Die Bedeutung der Weimarer Erfahrung ist in der Tat bis zur Gegenwart aktuell geblieben, wie die Lebendigkeit und Fülle der Literatur und Forschung zeigt. Daraus folgt auch, daß unsere heutige Zeitgeschichte nicht einfach, wie ihre Gründer damals wähten, auf die „Epoche der Mitlebenden“ zu beschränken ist, sondern daß die Problemstellungen und Erfahrungsgehalte gerade der *ersten* Kriegs- und Nachkriegszeit

¹ Vgl. Horst Möller, *Europa zwischen den Weltkriegen*, München 1998.

■ 2 Aufsätze

noch immer als Gegenstand und Bestandteil gleichsam „unhistorisiert“ fortexistieren – wie etwa auch der Nationalsozialismus und der Widerstand gegen ihn, die der allzu früh verstorbene Martin Broszat etwas vorschnell und mißverständlich „historisieren“ wollte², was ja auch hieße, sie der Gegenwart zu entrücken, mit der Erwartung einer größeren Objektivität. Vielmehr wirken die Erfahrungen nach wie vor unmittelbar auf umstrittene Ereigniszusammenhänge und Konsequenzen der jüngsten Zeit ein: Man denke dabei auch an die durchaus unvergangenen, seit 1989 erneut aus der Latenz unter der Sowjetdiktatur aufbrechenden Konflikte der Balkan- und Osteuropageschichte, die aus den weit zurückliegenden Verwerfungen vor und nach 1914 resultieren, oder an die bis heute wirkenden Konsequenzen der Totalitarismen im 20. Jahrhundert überhaupt.

Über ihre so einschneidenden Veränderungen im Laufe von 80 Jahren hinweg ist unsere „ältere Zeitgeschichte“ mit den Marksteinen von 1914 und 1917/18, von 1923 und 1933, von 1939 und 1945 tatsächlich höchst präsent, ja grundlegend geliebt. Sie reicht nicht nur weit in wichtigste Bezüge der neueren und neuesten Zeitgeschichte hinein – man denke auch an die schrecklichen Probleme verschleppter Entschädigung für Zwangsarbeit, Verfolgung und Vertreibung –, sondern bestimmt diese noch immer an ganz wesentlichen Punkten, solange und soweit sie etwa als Nationalstaats- oder auch als Täter-Opfergeschichte immer wieder unmittelbar vergegenwärtigt wird. Sie ist durchaus nicht vergangen, so deutlich seit 1989 eine „neueste Zeitgeschichte“³ angebrochen ist, die sowohl europäisch wie global mit dem umstrittenen „clash of civilizations“⁴ erheblich veränderte Fragen stellt.

Solche Beobachtungen gelten nicht nur für unsere hierin besonders ausgeprägten deutschen Erfahrungen: Man denke etwa an die jüngste Erregung über irreführende Formulierungen eines „Deutschen Weges“ aus dem Munde des Bundeskanzlers. Tatsächlich aber ist die Fortdauer oder Verlängerung unserer „älteren“ Zeitgeschichte in die weiteren Jahrzehnte einer zweiten Nachkriegszeit nach 1945, zunächst der Spaltung, dann einer unerwarteten Wiedervereinigung Deutschlands und schrittweise Europas zugleich, im Blick sowohl auf Außen- wie auf Innenpolitik und Ideenwelt geradezu unvermeidlich. Dieser zeitgeschichtliche Zusammenhang gilt ebenso in Hinsicht auf die Erneuerung und Vervielfältigung der Nationalstaaten nach dem Sturz der totalitären Imperien Hitlers und schließlich Stalins wie für die wiederhol-

² Vgl. Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur 39/1 (1985), S. 373–385; Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: VfZ 36 (1988), S. 339–372; Saul Friedländer, Martin Broszat und die Historisierung des Nationalsozialismus, in Klaus-Dietmar Henke/Claudio Natoli (Hrsg.), Mit dem Pathos der Nüchternheit. Martin Broszat, das Institut für Zeitgeschichte und die Erforschung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 155–171.

³ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in diesem Heft, S. 5–28. Daß die Bedeutung der Handelnden (Politiker) nicht zu unterschätzen ist, demonstriert eindrucksvoll das brillante Werk von Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998.

⁴ Vgl. Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations and the remaking of world order, New York 1996; dt. Ausgabe unter dem zugespitzten Titel: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1996.

ten Versuche ihrer europäischen Einigung, die nach dem Ersten Weltkrieg vergeblich waren, dann aber seit 1950 in Westeuropa und endlich seit 1990 auch in ganz Europa Erfolg hatten. Auch dies sind Prozesse, die in den Entscheidungen unserer Epoche der Demokratien und Autokratien politisch wie ideologisch aufs engste zusammenhängen und immer wieder den Blick auf jede Ursachen und Wirkungen aus den „Zeitenbrüchen“⁵ des 20. Jahrhunderts lenken, ohne die sie nicht zu denken wären.

In besonderem Maße bleibt dieser Zusammenhang der Epoche aber auch erkennbar an der Art und Stärke, mit der dabei stets aufs neue und international die Aktualität der Weimar-Diskussion aufbricht, gleichsam als eine Folge von Renaissance der deutschen und europäisch-atlantischen Demokratie-Erfahrung am Musterbeispiel unserer ersten Republik und ihrer Lehren⁶. Hoffentlich wird der besonders tiefe weltgeschichtliche Einschnitt von 1989/90, in dem mit großem Recht die Begründung einer „neuesten Zeitgeschichte“ zu erblicken ist, diese Last des 20. Jahrhunderts mildern und uns weiterführende, zukunftssträchtige Fragestellungen eröffnen. Gespannte Erwartungen erfüllen auch den nach Krieg, Gefangenschaft und althistorischer Dissertation seit 1950 mit der neueren Zeitgeschichte und Politik in Berlin und Bonn (sowie Europa und Amerika) altgewordenen Verfasser. Als ein Adept universalhistorischer Betrachtung mit politikwissenschaftlichem Einschlag, der auch die antiken Einsichten bedenkt, blickt er auf das kaum vergangene 20. Säculum zurück, das ganz zu Unrecht ein „kurzes Jahrhundert“ genannt wird⁷, in Wahrheit vielmehr lange vor 1914 beginnt und 1989 nicht endet.

Ein Streit über historische Abgrenzungen erscheint mir indessen sekundär gegenüber dem Gewinn, den wir wissenschaftlich wie politisch aus dem vollen Erfahrung- und Deutungsgehalt unserer Ära der Demokratien und Diktaturen für eine bessere Bewältigung der Moderne in Staat und Gesellschaft schöpfen können. Aus meiner eigenen Erfahrung als Zeitgenosse und Historiker zwischen Antike und Gegenwart, der versucht hat, Zeitgeschichte sowohl im engeren Sinne einer „Aufarbeitung“ der jüngsten Vergangenheit wie sodann auch im weiteren Rahmen einer möglichen Ver-

⁵ Zum Begriff vgl. Wolfgang Manzl (Hrsg.), *Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt*, Wien u. a. 1991; jetzt auch in: Joseph Marko/Klaus Poier (Hrsg.), *Politik, Staat und Recht im Zeitenbruch*, Wien u. a. 2001, S. 161 ff.

⁶ Vgl. Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik, Politik und Gesellschaft*, München 2000; Heinrich August Winkler, *Weimar 1918–1933*, München 1993; ders., *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000. Ein frühes Beispiel der Inspiration des Falles Weimar sowie anderer europäischer Fälle für die politisch-soziologische Analyse der Demokratieverfälle in Lateinamerika ist das umfassende Werk von Juan J. Linz/Alfred Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe, Baltimore/London 1978*.

⁷ Eric Hobsbawm läßt, mit Blick zumal auf die Lebensdauer der Sowjetunion, „Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ (München/Wien 1995), gut marxistisch nur von 1914 bzw. 1917 (Oktoberrevolution) bis zum Zerfall des Kommunismus in Europa dauern. Aus England dazu objektiver: Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, sowie Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a. M. 2000.

■ 4 Aufsätze

gleichbarkeit mit anderen Zeiten zu verstehen⁸, wünsche ich uns allen und den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte im Besonderen die Kraft zu weiterer fruchtbarer Erforschung und Erklärung unserer Epoche.

⁸ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Schlüsselwörter in der Geschichte. Mit einer Betrachtung zum Totalitarismusproblem*, Düsseldorf 1978; ders., *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1984; ders., *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992*, Stuttgart 1992; ders., *Geschichte als Erfahrung. Betrachtungen zum 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2001.

■ **Was ist Zeitgeschichte? 50 Jahre nach der klassischen Definition von Hans Rothfels trägt Hans-Peter Schwarz der Tatsache Rechnung, daß kein Bereich der Geschichtswissenschaft so starken Veränderungen ausgesetzt ist wie der der Zeitgeschichte. Schwarz plädiert deshalb für eine Erweiterung durch den Begriff „neueste Zeitgeschichte“, die mit der Zäsur der Jahre 1989/91 einsetzt. Am Beispiel des Jugoslawien-Konflikts und der jüngsten deutschen Vergangenheit diskutiert Schwarz schließlich die Frage, wie sich die Erkenntnisbildung über diese gerade vergangene Zeit vollzieht. ■■■**

Hans-Peter Schwarz

Die neueste Zeitgeschichte

„Geschichte schreiben, während sie noch qualmt“

„Sollte – oder vielleicht auch kann – man über Geschichte schon schreiben, während sie noch qualmt?“ Als Barbara Tuchman am 8. März 1964 diese Frage in der New York Times Book Review¹ aufwarf, gab sie auch gleich ein Beispiel für das Gemeinte. Randolph Churchill, der wenig glückliche Sohn eines berühmten Vaters, hatte ein paar Wochen zuvor ein zeitgeschichtliches Buch veröffentlicht. Sein Thema: die erst ein halbes Jahr zurückliegende Krise der britischen Konservativen nach dem Rücktritt von Premierminister Macmillan². Barbara Tuchman ließ es offen, ob es sich dabei um Journalismus handelte, der in Buchform einherkam, oder bereits um eine Vorform der Geschichtsschreibung. Sie machte aber an einigen Beispielen deutlich, was Geschichte ist, „die noch qualmt“. Die allein journalistisch recherchierte Darstellung Theodore Whites über den Präsidentschaftswahlkampf 1960 zwischen Kennedy und Nixon, erschienen 1961 unter dem Titel „The Making of the President 1960“³, so Tuchman, gehöre dazu, doch auch William S. Shirers Erfolgsgeschichte „The Rise and Fall of the Third Reich“⁴, das eigene, als Journalist gewonnene Beobachtungen mit der Auswertung der seither erschienenen Quellen und der zeitgeschichtlichen Forschungsliteratur verband. Zur Zeitgeschichtsschreibung zählten auch, wenngleich „manchmal subtil und kaum merklich, manchmal grob gefärbt“ Winston S. Churchills Memoiren über die beiden Weltkriege⁵. Und natürlich durfte auch bei ihr der Hinweis auf den „Peloponnesischen Krieg“ des Thukydides nicht fehlen. Wie Churchill war auch er ein Akteur, der die Dramen seiner Gegenwart thematisierte und damit zum Erfinder eines ganz neuen Genres wurde, eben der Zeitgeschichte.

¹ Barbara Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte?, in: Dies., In Geschichte denken. Essays, Düsseldorf 1982, S. 31.

² Vgl. Randolph S. Churchill, The Fight for the Tory Leadership, London 1964.

³ Vgl. Theodore H. White, The Making of the President 1960, New York 1961.

⁴ Vgl. William S. Shirer, The Rise and Fall of the Third Reich. A history of Nazi Germany, New York 1960.

⁵ Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte?, S. 34. Vgl. Winston S. Churchill, The World Crisis and the Aftermath, 5 vols, London 1923–1931; ders., The Second World War, 6 vols, London 1948–1954.

■ VfZ 1/2003 © Oldenbourg 2003

6 Aufsätze

Bei aller Unterschiedlichkeit der Qualität weisen die von Barbara Tuchman genannten Autoren verschiedene Gemeinsamkeiten auf. Sie sind insofern Historiker, als sie anhand der Tatsachen diszipliniert zu erzählen verstehen, was sich zugetragen hat. Sie schreiben nicht für andere Experten, sondern für ein breites und sehr neugieriges Publikum, das, wo auch immer und wie auch immer, dieselbe Geschichte erlebt, vielfach auch erlitten hat. Und sie wagen es, die Geschichte ihrer Zeit nur 5, 10, 15 oder 20 Jahre danach kritisch zu behandeln. Abgekürzt heißt das: Die Zeitgeschichtsschreibung, die auf verlässlichen, oft auch neuen Quellen beruht, war stets, und das bis heute, vielfach nicht die Domäne professioneller Historiker, sondern von Journalisten, von Hobby-Historikern aus Politik, Diplomatie oder der Armee, häufig auch von Politologen, und diese untersuchten ihren Gegenstand nicht aus größerer zeitlicher Distanz, sondern ganz aus der Nähe. Soweit die kluge Historikerin Barbara Tuchman, die daran zweifelte, ob sie selbst dazu fähig sei, Zeitgeschichte zu schreiben, dann aber doch wieder und wieder der Versuchung nicht zu widerstehen vermochte.

Begriff und Sache der Zeitgeschichte haben sich in der Bundesrepublik Deutschland bekanntlich erst in den frühen fünfziger Jahren durchgesetzt⁶. Als Hans Rothfels, einer ihrer Pioniere, im Januar 1953 die erste Nummer der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte mit der Grundsatzbetrachtung „Zeitgeschichte als Aufgabe“ einleitete, hatte er das recht ähnlich aufgefaßt wie zehn Jahre später Barbara Tuchman. Dabei läßt sich an beiden Aufsätzen der Unterschied zwischen sehr ernsthafter teutonischer Gelehrsamkeit und brillanter angelsächsischer Essayistik schön studieren.

Lassen wir einmal beiseite, daß es Rothfels vor allem auch darum ging, die Zeitgeschichte im interdisziplinären Kanon professionell betriebener Historiographie fest zu verankern – von den Theodore H. Whites, Shirers oder Churchills war bei ihm nicht die Rede, auch nicht von der Politologenzunft, die in der deutschen Zeitgeschichtsforschung eine bald schon nicht unbeträchtliche Rolle spielen sollte. Erwähnenswert aber ist in unserem Zusammenhang, daß auch er dafür plädierte, die eben erst 5, 10, 15 oder 20 Jahre zurückliegende Geschichte zum Gegenstand historischer Wahrheitsfindung und kritischen Verstehens zu machen. Aus Sicht des Jahres 1953 waren das: der Zweite Weltkrieg, dessen Ende erst kurze acht Jahre zurücklag, die nationalsozialistische Diktatur (seit 1933 waren erst 20 Jahre vergangen) und die unmittelbare Vorgeschichte jener Katastrophen.

Damals brauchte niemand eigens darüber belehrt zu werden, daß man sich inmitten eines revolutionären Jahrhunderts befand. Somit lag es auch nahe, die Jahre 1917/18, in denen die großen kontinentalen Reiche zerbrochen waren, als Epochenzäsur zu betrachten, von der an die Geschichtsforschung als Zeitgeschichte bezeichnet werden sollte. Und da sich die Welt 1953 inmitten des Kalten Krieges befand, der sich in starkem Maß als ideologisches, politökonomisches und globales Duell zwischen den Weltmächten USA und UdSSR begreifen ließ, gewann das Jahr 1917 noch größere Bedeutung. Mit der Oktoberrevolution war ja die weltrevolutionäre Bewegung Lenins

⁶ Zur Begriffsgeschichte siehe Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichtliche Anmerkungen zur „Zeitgeschichte“, in: Victor Conzemius u. a. (Hrsg.), Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte, Göttingen 1988, S. 17–31.

und Trotzki ins grelle Licht der Geschichte getreten. Und von jenseits des Atlantik hatten sich nach ihrem Kriegseintritt am 6. April 1917 die Vereinigten Staaten unter dem Präsidenten Woodrow Wilson auf den Weg begeben, die Welt „safe for democracy“ zu machen⁷. Aber auch 1917 lag aus Sicht des Jahres 1953 erst 36 Jahre zurück – soweit, wie von uns aus gesehen das Jahr 1966.

Inzwischen sind seit der Oktoberrevolution bereits 85 Jahre vergangen. Für die Jahrgänge 1960, 1970 oder 1980 ist das genauso graue Vorgeschichte wie das Jahr 1933. Und ein im Jahr 1965 geborener Deutscher oder Franzose ist von dem Jahr 1945 altersmäßig genauso weit entfernt wie der 1891 geborene Hans Rothfels vom Jahr 1871, als der Deutsch-Französische Krieg beendet war und das Deutsche Reich gegründet wurde.

Doch noch immer werden in Deutschland die Perioden der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Diktatur mit dem Zweiten Weltkrieg, die Besatzungszeit 1945–1949 und die nun immerhin auch schon 53 Jahre umfassende Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sowie die 40 Jahre lang andauernde Geschichte der DDR im Kontext der entsprechenden europäischen und globalen Entwicklungen als Zeitgeschichte bezeichnet. Dafür gibt es bekanntlich gewichtige generationsbedingte, institutionelle und psychologische Gründe, deren Berechtigung hier nicht angezweifelt werden soll. Aber wenn schon das Einverständnis über die Ausdehnung der Zeitgeschichte bis zur Russischen Revolution und zur Weimarer Republik weiter bestehen mag, muß sich die zünftige Zeitgeschichtsforschung doch fragen, wie sie es mit jenen eben erst zurückliegenden Jahren der Geschichte hält, „die noch qualmt“.

Geht man wie seinerzeit Barbara Tuchman oder Hans Rothfels davon aus, daß dabei von 5, 10, 15 oder 20 Jahre zurückliegender Geschichte die Rede ist, so heißt das zum heutigen Zeitpunkt: Gemeint sind hier die dramatischen oder weniger dramatischen Vorgänge vor allem der neunziger, allenfalls noch der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, wobei diese in der jeweiligen nationalen Perspektive natürlich ganz unterschiedlich bewertet werden. Israelis oder Palästinenser, Menschen im zerfallenen Jugoslawien, Indonesier, Deutsche, Russen oder Amerikaner werden jeweils andere Katastrophen, Krisen oder historische Leistungen als relevant betrachten.

Da der Begriff Zeitgeschichte bereits für die lange Periode vom Ersten Weltkrieg an vergeben ist, dürfte es sinnvoll sein, zur Bezeichnung der eben erst abgelaufenen Jahre den Begriff „neueste Zeitgeschichte“ zu verwenden, ohne aber vorerst eine präzise zeitliche Abgrenzung vorzunehmen. Doch wie seinerzeit bei Rothfels, Tuchman oder vielen anderen stellen sich auch aus Sicht des Jahres 2003 die altbekannten Fragen an jene jüngst erst durchlebte Geschichte. Drei dieser gewissermaßen klassischen Fragen der Zeitgeschichte seien im folgenden skizziert: Gibt es eine plausible Epochenäsur für die „neueste Zeitgeschichte“? Wer schreibt die „neueste Zeitgeschichte“ – nur die Historiker? Und schließlich: Wie verhält es sich mit der „neuesten deutschen Zeitgeschichte“?

⁷ Wie stark Wilson seit Herbst 1917 auf die bolschewistische Revolution fixiert war, belegt die Studie von Georg Schild, *Between Ideology and Realpolitik. Woodrow Wilson and the Russian Revolution, 1917–1921*, Westport/Conn. 1995.

Die große Zäsur der frühen neunziger Jahre

Der weltgeschichtliche Konflikt zwischen dem Kommunismus sowjetischer Observanz und den westlichen Demokratien ist definitiv beendet. Somit hat der seinerzeit von Rothfels skizzierte Epochenrahmen ausgedient⁸. Dieser globale Konflikt, mit dem sich die Nationalgeschichten vieler Länder mehr oder weniger unauflöslich verflochten hatten, liegt als abgeschlossene Geschichte hinter uns. Die Epoche zwischen 1917 und 1991 wird zwar auch künftig ein Zentralthema aller Forschungen zur neueren Geschichte darstellen, ihre Fernwirkungen sind noch längst nicht zu Ende und aus dem Erinnerungsvermögen der Mitlebenden nicht so leicht zu tilgen. Auch wird es noch lange dauern, bis eine kritische Geschichtswissenschaft die seit dem Zusammenbruch des Ostblocks zugänglichen oder aber immer noch gesperrten Archive systematisch ausgewertet haben wird. Doch daß die Jahre von 1989 bis 1991 eine tiefe weltgeschichtliche Zäsur darstellen, ist heute schon erkennbar. Viel spricht dafür, die neueste Zeitgeschichte in diesen Jahren beginnen zu lassen.

Unstrittig stehen seither Innen- und Außenpolitik aller Länder, die zuvor dem sogenannten Ostblock angehört haben, das einstige Jugoslawien mit inbegriffen, unter völlig veränderten Vorzeichen. Auch in der Sicherheitslage der westlichen Demokratien ist eine tiefgreifende Veränderung eingetreten. Weil der Ost-West-Konflikt stark auf den Nahen und den Mittleren Osten ausgestrahlt hat, vollzieht sich auch in jenen Regionen die Außenpolitik unter neuen Bedingungen. Zwar mag man argumentieren, daß das Ende des Ost-West-Konflikts die westeuropäischen Demokratien im Innern weniger verändert hat. Immerhin sind aber durch die Diskreditierung der zuvor in Italien und Frankreich recht starken kommunistischen Parteien dort gleichfalls neue Entwicklungen eingetreten.

Wenn aber auch für die Länder der Europäischen Union eine Zäsur zu registrieren ist, die den Terminus „neueste Zeitgeschichte“ rechtfertigt, so vor allem deshalb, weil sich mit dem Vertrag von Maastricht die Integrationsdynamik wesentlich verstärkt hat. Euroland und Schengen-Europa schaffen polit-ökonomische und psychologische Bedingungen, welche sich von den noch in den siebziger oder achtziger Jahren vorherrschenden Gegebenheiten qualitativ unterscheiden. Und durch den zu erwartenden Beitritt der seit 1989 frei gewordenen Länder Ostmitteleuropas und des Balkans dürfte sich die bisherige Europäische Union noch stärker verändern. Hierbei werden die Auswirkungen des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime mit Eigenentwicklungen im EU-System konvergieren.

Wie stark sich diese neuen Gegebenheiten auch auf die weltpolitische Rolle der USA ausgewirkt haben, ist allbekannt. Amerika ist seither die einzige Supermacht. 1999 konnte man im Londoner Economist lesen: „The United States bestrides the globe like a colossus. It dominates business, commerce and communications; its eco-

⁸ Gegen die fortdauernde Berechtigung der von Rothfels vorgeschlagenen Epochenzäsur hatte Eberhard Jäckel bereits Mitte der siebziger Jahre plausible Einwände formuliert. Begriff und Funktion der Zeitgeschichte, in: Eberhard Jäckel/Ernst Weymar (Hrsg.), Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, Stuttgart 1975, S. 171.

nomny is the world's most successful, its military might second to none.“⁹ Der Harvard-Politologe Joseph S. Nye meint dazu kurz und knapp: „Not since Rome has one nation loomed so large above the others.“¹⁰ Hunderte vergleichbarer Feststellungen ließen sich dem an die Seite stellen.

Daß sich die globale Zäsur der frühen neunziger Jahre in jenen Großräumen, die schon zuvor vom Ost-West-Konflikt kaum tangiert waren, nur wenig ausgewirkt hat, liegt nahe. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Entwicklungen in Südamerika, in Schwarzafrika oder im Südpazifik verlaufen nach eigenen Bewegungsgesetzen. Und dort, wo sich der Ost-West-Konflikt mit indigenen Konflikten verbunden hatte, ist die Zäsur gleichfalls weniger stark zu spüren. Das gilt beispielsweise für den Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt ebenso wie für den indisch-pakistanischen Konflikt. Für Europa, für das halb-europäische Rußland, für die neuen kaukasischen und zentralasiatischen Republiken, für die Vereinigten Staaten und schließlich auch für den Nahen und Mittleren Osten ist dagegen zu Beginn des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts eine neue Lage eingetreten. Sie rechtfertigt es, von neuester Zeitgeschichte zu sprechen.

Manche Beobachter vermuten sogar, daß der Anschlag vom 11. September 2001 eine weitere Zäsur darstellt. Die beschleunigte Annäherung der einstmals tief verfeindeten Supermächte der Epoche des Kalten Krieges, die bereits recht weitgehende Einbeziehung Rußlands in das NATO-System und die Konfrontationen im Nahen und Mittleren Osten scheinen zu signalisieren, daß die Staatenwelt zwischen 1989/91 und 2001 eine Übergangsphase durchschritten hat, die jetzt in neue Konflikte und neue Allianzen einmündet. Der amerikanische Außenminister Colin Powell hat für die beginnende Entente zwischen Washington und Moskau eine einprägsame Formulierung gefunden: „This is not just the end of the cold war – it is the end of the post-cold-war era.“ Noch präziser hat der Historiker John Lewis Gaddis die Vermutung einer neuen, tiefen Zäsur formuliert: „We've never had a good name for it, and now it's over. The post-cold war era – let us call it that for want of any better term – began with the collapse of one structure, the Berlin Wall on November 9, 1989, and ended with the collapse of another, the World Trade Center's Twin Towers.“¹¹

Die hier zitierten Versuche zur Epochenbestimmung neuester Zeitgeschichte durch einen Außenminister wie Colin Powell oder einen amerikanischen Historiker wie Gaddis führen zur zweiten Frage.

Wer schreibt eigentlich die neueste Zeitgeschichte?

Die eingangs erwähnte, gewiß recht zufällige Auflistung von Namen durch Barbara Tuchman ist ein Indiz dafür, daß manche der interessantesten, öffentlich wirksamen Arbeiten zur neuesten Zeitgeschichte schon zu ihrer Zeit von recht heterogenen

⁹ „America's World“, in: The Economist, 23.10.1999, S. 15.

¹⁰ Joseph S. Nye, The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, Oxford 2002, S. 1.

¹¹ Zit. nach Strobe Talbott, The Russia Hand. A Memoir of Presidential Diplomacy, New York 2002, S. 420, 457.

10 Aufsätze

Berufsgruppen verfaßt wurden. Dabei ist es bis heute geblieben. Etwas überspitzt könnte man formulieren: In erster Linie ist die neueste Zeitgeschichtsschreibung das Werk historisch gebildeter Journalisten, gefolgt von Diplomaten, Politikern und Politologen. Professionelle Historiker wie Gaddis sind zwar nicht abwesend, aber doch eher selten. Nennen wir statt langatmiger allgemeiner Erörterungen ein Beispiel.

Zweifellos gehörten die Kriege und Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien zu den kompliziertesten Konflikten der neuesten Zeitgeschichte. Eine verwirrend große Zahl von Akteuren war involviert: die Bürgerkriegsparteien in den verfeindeten Republiken Jugoslawiens, die großen Mächte Europas, die USA, muslimische Staaten und Organisationen, die Europäische Union, die West-Europäische Union, die NATO und die UN, Berichterstatter vor Ort oder Zentralredaktionen von E-Medien und Print-Medien, zahlreiche humanitäre Hilfsorganisationen und nicht zu vergessen auch international operierende Mafia-Organisationen, von denen viel zu wenig die Rede war. Das ungeschiedene Ineinander von Innen- und Außenpolitik war dort ebenso maßgeblich wie eine ununterbrochene Abfolge von Greuelthaten, taktischen Manövern, Drohgebärden und Waffenstillständen. Es ging dabei nicht allein um die Zukunft Kroatiens oder Serbiens, um die Zukunft der Muslime in Bosnien-Herzegowina oder der Kosovaren, sondern zugleich um die internationale Position Rußlands, der USA, Deutschlands, der UN und der EU.

Viele Experten waren schon relativ früh der Auffassung, daß sich dort ein typischer Konflikt der „neuesten Zeitgeschichte“ abspielte – absurde Folge religiös und nationalistisch unterfütterter Volkstumskriege, vorangetrieben durch zügellose Grausamkeiten und durch kurzsichtige Strategien einer Vielzahl von Kriegsparteien vor Ort, aber zugleich begleitet und verlängert durch externe Großmächte, die dort nun schon länger als ein Jahrzehnt auf unterschiedlichste Art und Weise agieren. Selbst Truppen aus kleineren Staaten Europas waren beteiligt und machten gelegentlich wenig rühmlich auf sich aufmerksam wie etwa die der Niederlande.

Überblickt man aus heutiger Sicht das einschlägige Schrifttum, so ist es bemerkenswert, wie quellengesättigt, sachgerecht und historiographisch ergiebig darüber berichtet wurde. Die meisten großen Tageszeitungen hatten länderkundige Korrespondenten, sei es mit Sitz in Wien, sei es vor Ort. Bereits die Presseberichterstattung war somit durch eindrucksvollen historischen Tiefgang ausgezeichnet. Vorwiegend politologische sowie länderkundliche Dokumentationen und Fachzeitschriften wie beispielsweise Südosteuropa, Osteuropa, RFE/RL Report, Österreichische Militärische Zeitschrift, Survival, The World Today vermittelten vielfach schon wenige Monate nach den Vorgängen auf der Basis aller verfügbaren Dokumente und Beobachtungen gehaltvolle Analysen, die den Forderungen nach methodensicherer Aufarbeitung makro- und mikrohistorischer Vorgänge durchaus gerecht wurden.

Für die Einordnung der Jugoslawien-Konflikte in die globalen Bezüge kann der deutsche Leser auf die bewährten Jahrbücher Die Internationale Politik¹² zurückgreifen. Sie erscheinen im Abstand von knapp zwei Jahren nach den jeweiligen Vorgängen. Ihre analytische Darstellungsform der neuesten Zeitgeschichte entspricht durch-

¹² Vgl. Die Internationale Politik, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 1991/1992, 1993/1994, 1995/1996, 1997/1998, 1999/2000, München 1994–2001.

aus der einstmals von Rothfels zwar in etwas altertümlicher Terminologie, doch im Prinzip zutreffend formulierten Forderung, es gelte „das Strukturhafte und Wesenhafte einer in vielen Beziehungen auf das Totale angelegten Epoche einzufangen“¹³.

Auch an differenzierter Einordnung mit historischer Langzeitperspektive fehlte es weder im englischen noch im deutschen Sprachbereich. Der in Cambridge zum Balkanspezialisten ausgebildete Noel Malcolm, der sich dann dem Journalismus zugewandt hatte, veröffentlichte zwei gehaltvolle, bis an die Schwelle der Gegenwart geführte Studien zur Geschichte Bosniens¹⁴ und des Kosovo¹⁵. John R. Lampe war bemüht, die nähere Vorgeschichte der gegenwärtigen Konflikte durch eine moderne Darstellung der Geschichte Jugoslawiens faßbar zu machen¹⁶, während Misha Glenny, gleichfalls Balkanexperte und Journalist, eine von 1804 bis 1999 reichende Gesamtdarstellung der wirren Geschichte der gesamten Balkanregion vorlegte¹⁷. In Deutschland entsprachen die Bücher des Jugoslawienkenners und Journalisten Johann Georg Reißmüller¹⁸ ebenso dem Wunsch nach historischer Vertiefung der neuesten Zeitgeschichte wie die durch anschauliche Kombination von Reportage und historischer Deutung ausgezeichneten Bücher und Fernsehfilme Peter Scholl-Latours¹⁹.

Gewiß haben die meisten Verfasser dieser Darstellungen in den aktuellen Konflikten zumeist auch engagiert Partei ergriffen. Wo die Geschichte noch qualmt, fehlt es nicht an Feuer. Das mindert aber nicht den Wert dieser Historiographie. In der Dialektik öffentlicher Kontroversen versteht der verständige Leser schließlich den jeweiligen politischen Bias der Teilnehmer angemessen zu bewerten.

Bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurden dann von deutschen Wissenschaftlern einige umfassende Darstellungen zu den aktuellen Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina veröffentlicht, so Daniel Eisermanns meisterliche Monographie „Der lange Weg nach Dayton“²⁰, eine Schilderung der Rolle externer Großmächte, Carsten Gierschs umfassende Studie zur Konfliktregulierung im ehemaligen Jugoslawien 1991–1995²¹ (beides Studien historisch arbeitender Politologen) sowie eine ähnlich gründliche, systematisch konzipierte Untersuchung von Marie-Janine Calic²². Damit

¹³ Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: VfZ 1 (1953), S. 7.

¹⁴ Vgl. Noel Malcolm, *Bosnia. A Short History*, London 1994.

¹⁵ Vgl. ders., *Kosovo. A Short History*, New York 21999.

¹⁶ Vgl. John R. Lampe, *Yugoslavia as History: Twice there was a Country*, Cambridge 1996.

¹⁷ Vgl. Misha Glenny, *The Balkans, 1804–1999. Nationalism, War and the Great Powers*, London 1999.

¹⁸ Vgl. Johann Georg Reißmüller, *Der Krieg vor unserer Haustür. Hintergründe der kroatischen Tragödie*, Stuttgart 1992.

¹⁹ Entsprechend der Abfolge der Krisen und Kriege sind Peter Scholl-Latours Beobachtungen und Analysen in verschiedenen Büchern erschienen: *Eine Welt in Auflösung. Vor den Trümmern der Neuen Friedensordnung*, Berlin 1993, S. 281–331; *Allahs Schatten über Atatürk. Die Türkei in der Zerreißprobe. Zwischen Kurdistan und Kosovo*, Berlin 1999, S. 345–419; *Der Fluch des neuen Jahrhunderts. Eine Bilanz*, München 2002.

²⁰ Vgl. Daniel Eisermann, *Der lange Weg nach Dayton. Die westliche Politik und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1991 bis 1995*, Baden-Baden 2000.

²¹ Vgl. Carsten Giersch, *Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991–1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO*, Baden-Baden 1998.

²² Vgl. Marie-Janine Calic, *Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina. Erw. Neuausgabe*, Frankfurt a.M. 1996.

vergleichbar sind die 1997 und 1999 erschienenen Bücher des Journalisten James Gow²³ sowie die Darstellungen von Steven L. Burg und Paul S. Shoup²⁴ aus dem Jahr 1999. Auch über die Jugoslawienpolitik der großen Mächte sind bereits im Verlauf der Vorgänge oder kurze Zeit danach solide Arbeiten erschienen: 1995 Thomas Paulsens Untersuchung zur Jugoslawienpolitik der USA bis kurz vor dem entscheidenden Eingreifen²⁵ und Wayne Berts Studie, die auch das Jahr 1995 mit erfaßt²⁶. Zur frühen Jugoslawienpolitik des wiedervereinigten Deutschland verfügen wir über eine präzise Darstellung aus der Feder Michael Libals²⁷, eines Zeithistorikers, der in jenen kritischen Jahren für das Südosteuropa-Referat des Auswärtigen Amts zuständig war.

Sogar zum zeitlich noch näher liegenden Kosovo-Krieg der NATO gegen Jugoslawien liegen nuancierte Gesamtdarstellungen vor, die durchaus schon als Geschichtsschreibung gelten können, so die Brookings-Studie „Winning Ugly“²⁸, David Halberstams „War in a Time of Peace“²⁹, eine auf die Clinton-Administration fokussierte Entscheidungsanalyse, und die primär auf den Luftkrieg bezogene Rand-Studie „The Conflict over Kosovo“³⁰. Von deutscher Seite hat insbesondere der seinerzeitige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Anfänge der Verwicklungen im zerfallenden Jugoslawien geschildert³¹. Auch die Erinnerungen des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Belgrad, Warren Zimmermann³², beschreiben das Vorspiel und den ersten Akt der Tragödie.

Ein gutes Dutzend weiterer Akteure, die sich damals in mehr oder weniger maßgeblichen Schlüsselpositionen befanden, hat nach dem Ende der Kampfhandlungen gleichfalls mehr oder weniger apologetische oder anklagende, zumeist aber recht aufschlußreiche Erinnerungen veröffentlicht. Zeitweilig war ja der Balkan eine Art Elefantengrab für Spitzenpolitiker, die in ihrer Heimat nicht recht reüssiert hatten. Dazu gehören David Owen³³ und Carl Bildt³⁴, die beide Memoiren geschrieben haben. Als Quelle mit am interessantesten sind die einschlägigen Erinnerungen des amerikani-

²³ Vgl. James Gow, *Triumph of the Lack of Will. International Diplomacy and the Yugoslav War*, London 1997.

²⁴ Vgl. Steven L. Burg/Paul S. Shoup, *The War in Bosnia-Herzegovina. Ethnic Conflict and International Intervention*, Armonk/London 1999.

²⁵ Vgl. Thomas Paulsen, *Die Jugoslawienpolitik der USA 1989–1994. Begrenztes Engagement und Konfliktodynamik*, Baden-Baden 1995.

²⁶ Vgl. Wayne Bert, *The Reluctant Superpower. United States Policy in Bosnia 1991–1995*, New York 1997.

²⁷ Vgl. Michael Libal, *Limits of Persuasion. Germany and the Yugoslav Crisis, 1991–1992*, Westport/London 1997.

²⁸ Vgl. Ivo H. Daalder/Michael E. O’Hanlon, *Winning Ugly: NATO’s war to save Kosovo*, Washington 2000.

²⁹ Vgl. David Halberstam, *War in a Time of Peace: Bush, Clinton, and the Generals*, New York 2001.

³⁰ Vgl. Stephen T. Hosmer, *The Conflict over Kosovo: Why Milosevic Decided to Settle When He Did*, Santa Monica/CA 2001.

³¹ Vgl. Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995.

³² Vgl. Warren Zimmermann, *Origins of a Catastrophe. Yugoslavia and its Destroyers. America’s Last Ambassador Tells What Happened and Why*, New York 1996.

³³ Vgl. David Owen, *Balkan Odyssey* (Academic Edition, Version 1.1.), CD ROM, London 1995.

³⁴ Vgl. Carl Bildt, *Peace Journey. The Struggle for Peace in Bosnia*, London 1998.

schen Chef-Unterhändlers Richard Holbrooke³⁵, dessen bedenkenlose Energie letztlich die Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo durch das Abkommen von Dayton erzwungen hat.

Ähnlich aufschlußreich sind die auch auf amtliche Quellen gestützten Memoiren von Strobe Talbott, des sehr einflußreichen Architekten der amerikanisch-russischen Beziehungen in den acht Jahren der Clinton-Administration³⁶. Talbott gehört übrigens gleichfalls zu einem Kreis gelernter Osteuropaexperten, die dann zum Journalismus und zur Diplomatie fanden. Als Journalist hat er die Ost-West-Beziehungen in den letzten Phasen des Kalten Krieges von Washington aus beschrieben³⁷, bis dann dieser hochtalentierete FOB (Friend of Bill), der zeitweilig zusammen mit Clinton in Oxford studiert hatte, im State Department für die Beziehungen zu Rußland und dem weiteren Umfeld zuständig wurde.

Wie stets nach Kriegen und Bürgerkriegen so herrscht auch in diesem Fall kein Mangel an Erinnerungen von Generalen, seien das Offiziere, die vor Ort erlebten und erduldeten, wie ihre Regierungen durch unablässiges Zaudern das Leiden von Hunderttausenden Jahr für Jahr verlängert haben³⁸, seien das die Schilderungen des NATO-Oberkommandierenden Wes Clark über den Kosovo-Krieg³⁹. Letztere gewähren einen sehr aufschlußreichen Einblick in die Praxis multilateraler Militäreinsätze und in die durchgehend spannungsvollen, meist unerfreulichen Beziehungen zwischen politischer Führung und der für die Militäroperationen verantwortlichen Generalität – seit den Anfängen des Ersten Weltkrieges ein Dauerthema der Zeitgeschichte.

Diese und eine große Zahl weiterer Arbeiten berechtigen zur Feststellung, daß die in vielerlei Hinsicht aufschlußreichen Jugoslawien-Konflikte der neunziger Jahre, die zugleich besonders schwierige methodische Probleme für die Geschichtsschreibung aufwerfen, bereits bemerkenswert gut erforscht sind. Gewiß, eine archivgestützte spätere Forschung wird noch vieles Unbekannte eruieren, nicht zuletzt die verworrenen Vorgänge auf Seiten der endogenen Akteure. Und beim Blick auf die neu errichteten Quasi-Protectorate oder die von der EU abhängigen Mini-Republiken dürfte eine vergleichende Regimetheorie in künftigen Jahrzehnten noch weitere Aspekte herausarbeiten, die uns vielleicht momentan noch entgehen. Was wir aber bereits heute wissen, ist in diesem Fall aber doch viel mehr als bloß „eine erste Schicht gesicherten historischen Wissens“, wie das manche Historiker beim Blick auf zeitgenössische

³⁵ Vgl. Richard Holbrooke, *Meine Mission. Vom Krieg zum Frieden in Bosnien*, München 1998.

³⁶ Vgl. Talbott, *The Russia Hand*.

³⁷ Er hat die damals sensationellen Memoiren Chruschtschows übersetzt und im Westen herausgebracht (*Khrushchev Remembers*, Boston 1970; *Khrushchev Remembers: The Last Testament*, Boston 1974) und dann besonders zu den Rüstungskontrollverhandlungen verschiedene vielbeachtete Bücher veröffentlicht, u. a. *Endgame. The Inside Story of SALT II*, New York 1979; *Deadly Gambits. The Reagan Administration and the Stalemate in Nuclear Arms Control*, New York 1984 (*Raketenschach*, München 1984); *The Master of the Game. Paul Nitze and the Nuclear Peace*, New York 1988.

³⁸ Genannt seien Philipp Morillon, *Croire et oser. Chronique de Sarajevo*, Paris 1993, und Lewis MacKenzie, *Peacekeeper: The Road to Sarajevo*, Toronto 1994.

³⁹ Vgl. Wes Clark, *Waging Modern War. Bosnia, Kosovo and the future of combat*, New York 2001.

Bemühungen um die neueste Zeitgeschichte bisweilen etwas herablassend formulierten⁴⁰.

Wie bekannt, wird immer wieder die Frage erörtert, ob allzu große zeitliche Nähe zu bestimmten Ereignissen die Perspektive nicht zwangsläufig verzerrt. Doch auch in Bezug auf den durchaus ernst zu nehmenden Einwand „mangelnder Distanz“ hat Rothfels vor nunmehr bereits 50 Jahren das Wesentliche knapp skizziert: Es ließe sich zeigen, „daß etwa die Aufgabe des historischen Verstehens, also des Sich-Hinein-Versetzens in die Lage der Handelnden wie der Leidenden, durch die Situation des Mitlebens wesentlich erleichtert werden kann. Sie braucht nur mit geistiger Disziplin angeeignet zu werden, um ihre objektivierende Wirkung zu erweisen – mitten im Völker- oder Bürgerkrieg.“⁴¹

1993 ist Hans Günter Hockerts zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt: Die Verlockung zu allzu leidenschaftlich engagierter Historiographie sei schließlich auch in Bezug auf frühere Perioden gegeben, und die zeitliche Nähe zu den Ereignissen bilde geradezu „ein Privileg des Zeithistorikers“⁴². Man könnte das noch durch den Hinweis ergänzen, daß die Besorgnis vor kritischen Einwänden von Seiten anderer sachkundiger Zeitzeugen alle zeitgenössischen Journalisten, Wissenschaftler, Diplomaten, Offiziere oder Politiker, die Beiträge zur „neuesten Zeitgeschichte“ schreiben, zu großer Vorsicht und Genauigkeit zwingt.

Wenn somit die akademische Historikerkunft nach Ablauf der amtlichen Sperrfristen, also in den Jahren nach 2021, Zugang zu den amtlichen Archiven erhält, wird sich die Filigranstruktur der multilateral vernetzten Entscheidungsprozesse gewiß mit noch sehr viel größerer Tiefenschärfe erfassen lassen. Andererseits dürfte aber die Zahl der Historiker, welche die Geduld aufbringen, diese dann längst vergangenen Wirren sachverständig aufzudröseln, vergleichsweise klein sein. Außerdem muß man doch befürchten, daß jene wenigen, die in einer noch fernen Zukunft von ihresgleichen als Spezialisten für die Jugoslawienkriege angesehen werden, diese möglicherweise mit den gerade modischen Paradigmen angehen werden, vielleicht auch mit den politischen Vorurteilen, die in einem Vierteljahrhundert à jour sein werden.

Die Zahl von Sachkennern, die dann dem einen oder anderen Professor oder Doktoranden kenntnisreich widersprechen werden, wird wohl höchstwahrscheinlich kleiner sein als in der zweiten Hälfte der jetzt kurz zurückliegenden neunziger Jahre, da Personen mit intimer Kenntnis dieser Vorgänge jüngster Zeitgeschichte zu Dutzenden unterwegs sind und nur darauf lauern, daß einer ihrer journalistischen oder politischen Kontrahenten eine fehlerhafte Darstellung der Vorgänge auf den Markt bringt. Welche Bücher werden sich somit künftig als verlässlicher und als fruchtbarer erweisen, welche werden größere Authentizität beanspruchen: Diejenigen der heute neuesten Zeitgeschichte oder die der späteren Historiker, die zur Zeit noch in den Windeln liegen oder gerade eben die Grundschule absolviert haben?

⁴⁰ Martin Broszat, *Voreilige Geschichtsschreibung? Zu Arnulf Barings „Machtwechsel“*, in: *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat*, hrsg. von Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke, München 1986, S. 245.

⁴¹ Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, S. 6.

⁴² Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch 113 (1993), Zweiter Halbband*, S. 110–115, Zitat S. 115.

Das Argument, daß erst der größere Abstand die richtigen Perspektiven vermittelt, ist sicherlich ernst zu nehmen und erweist sich in vielen Fällen als berechtigt. Andererseits zeichnen sich die Perspektiven künftiger Forschung bereits heute ab, und man muß fragen, ob künftige Historiker wirklich viel findiger sein werden. Nennen wir in ganz ungeordneter Reihenfolge nur einige wenige der Perspektiven, die den hier beispielhaft erwähnten Autoren (Memoirenschreiber mit inbegriffen) zur neuesten Zeitgeschichte dieses einen großen Konfliktmusters am plausibelsten erscheinen:

- (1) „New War, Old Hatreds“ (Dusko Doder)⁴³: Die Völker des Balkan sind Gefangene von Jahrhunderten unerbittlicher religiöser, tribalistischer, nach sozialdarwinistischen Prinzipien ausgefochtener Kämpfe ums Überleben;
- (2) Schuld an dem Unheil haben viele, aber Milosevic und die serbischen Nationalisten waren die Hauptbösewichte des Dramas;
- (3) Für die externen Mächte war Jugoslawien das große Versuchsfeld: (a) Versuchsfeld für die ehrgeizigen, anfangs verfrühten, doch nach dem militärischen Eingreifen der USA erfolgreicherer Vorhaben gemeinschaftlicher Friedenssicherung durch die EU-Staaten⁴⁴; (b) Versuchsfeld der hyperaktivistischen, doch anfangs desaströsen Friedenssicherung unter den Auspizien der UN⁴⁵; (c) Versuchsfeld erfolgreicher Friedenserzwingung durch die NATO; (d) Versuchsfeld der Konfliktregulierung und der Ingangsetzung demokratischer Ordnung durch Errichtung von Halb-Protectoraten mit autoritär vorgehenden Administratoren⁴⁶; (e) Versuchsfeld der Fortentwicklung des Völkerrechts durch Legitimierung humanitärer Interventionen, durch Errichtung der eben erwähnten Halb-Protectorate oder durch Einrichtung eines UN-Strafgerichtshofs;
- (4) moderne Gleichgewichtspolitik: die Jugoslawienpolitik Frankreichs und Englands als indirektes Containment der – so sahen das manche in Paris und in London – wieder als Vormacht auf dem Balkan auftretenden Deutschen;
- (5) Jugoslawienpolitik als indirekte Rußlandpolitik: Sorge vor einer Marginalisierung des gedemütigten Rußland als Hauptmotiv des westlichen Zögerns zum Eingreifen;
- (6) „The Reluctant Superpower“⁴⁷: Die Schlüsselrolle der USA auf dem Balkan;
- (7) „Triumph of the Lack of Will“ (James Gow)⁴⁸: die europäischen Demokratien und „der Krieg, der nach Europa kam“⁴⁹;

⁴³ Vgl. Dusko Doder, Yugoslavia: New War, Old Hatreds, in: Foreign Policy 91 (Summer 1993), S. 3–24.

⁴⁴ Vgl. Carsten Giersch, Der Jugoslawien-Konflikt als Testfall europäischer Sicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/1997 (11. 7. 1997), S. 26–38.

⁴⁵ Vgl. Wolfgang Biermann/Martin Vadset (Hrsg.), UN Peacekeeping in Trouble: Lessons Learned from the Former Yugoslavia, Aldershot/Brookfield 1998.

⁴⁶ Der Erfolg der Demokratisierung unter dem Protektorat internationaler Organisationen ist umstritten; neben optimistischen offiziellen Berichten (Bildt, Peace Journey) stehen recht kritische Einschätzungen (etwa David Chandler, Faking Democracy After Dayton, London 1999, oder der Erfahrungsbericht des österreichischen Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Wolfgang Petritsch, Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Ein Land mit europäischer Zukunft?, in: Europäische Rundschau, 28 (2000/3), S. 3–11).

⁴⁷ Vgl. Bert, The Reluctant Superpower.

⁴⁸ Vgl. Gow, Triumph of the Lack of Will.

⁴⁹ Vgl. Misha Glenny, Jugoslawien. Der Krieg, der nach Europa kam, München 1993 (The Fall of Yugoslavia, London 1992).

(8) „Bosnia by Television“⁵⁰: Interventionspolitik der Demokratien unter dem Einfluß der Fernsehberichterstattung.

Die Skizze der Perspektiven zur Deutung der Konflikte im zerfallenden Jugoslawien ließe sich unschwer fortsetzen. Den Geschichtsschreibern dieses exemplarischen Konfliktmusters der Epoche nach dem Kalten Krieg ist zumeist wohlbewußt, daß historische Erkenntnis nur aus der Kombination verschiedener Erkenntnisperspektiven erwächst. Strittig ist zumeist nur, welche aus einer Vielzahl von Perspektiven zum Verständnis der Konstellation im jeweiligen Moment oder für die Erklärung der langfristigen Prozesse am aufschlußreichsten sind. Doch dies sind bekanntlich immer die schwierigsten, daher oft umstrittenen Fragen historischer Forschung.

Somit ist auch in dieser Hinsicht zu fragen: Wird sich die Erkenntnisproblematik in 30 oder 40 Jahren nach inzwischen erfolgter Historisierung derjenigen Geschichte, die jetzt noch qualmt, grundsätzlich anders stellen, und werden die künftigen Historiker besser gerüstet sein, sie zu beantworten? Einen Vorteil haben sie allerdings ganz sicher: Sie werden wissen, wie die Sache weitergegangen ist.

Die Konflikte in Jugoslawien sind nur ein Beispiel dafür, ob und wie die neueste Zeitgeschichte quellengestützt, methodensicher und mit überzeugendem historischem Erkenntnissertrag erforscht werden kann. Beim Blick auf andere Regionen, Länder und Problemfelder würde sich derselbe eindeutige Befund ergeben. Er lautet: Neueste Zeitgeschichtsschreibung von hoher Qualität ist möglich. Daß sie nicht in erster Linie an historischen Universitätsseminaren betrieben wird, mindert ihren Wert nicht herab. Kluge Historiker halten dies auch für ganz natürlich. „Die Geschichtswissenschaft hat noch nie das Monopol für die Vermittlung von Geschichte besessen“, schreibt ganz zu Recht Hans Günter Hockerts⁵¹.

Dies gilt erst recht für die neueste Zeitgeschichte. Für so gut wie jede Region auf dem Globus gibt es seit langem schon historisch und landeskundlich gut ausgebildete Fachleute, manche im Journalismus, manche in außeruniversitären wissenschaftlichen Instituten, manche an den Universitäten und nicht wenige in der Diplomatie. Sobald längere Krisen oder gar Kriege ausbrechen, die große öffentliche Aufmerksamkeit finden, bemühen sich zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften und Verlage, sie zur Geschichtsschreibung über die neueste Zeitgeschichte zu animieren, dies in der Regel mit Erfolg und zumeist mit solidem Forschungsertrag. Unter den Wissenschaftlern, die auf diesem Feld tätig sind, dominieren Politologen und interdisziplinär arbeitende Forscher an Regionalinstituten. Dazu treten Experten aus dem Journalismus oder der Diplomatie, die jahrelang über bestimmte Regionen und Problemfelder gearbeitet haben. Die Herablassung, mit der bestimmte Professoren aus der Historikerzunft bisweilen die zeitgeschichtlichen Bücher von Journalisten, Diplomaten oder Offizieren rezensieren, ist ganz unangebracht. Vielfach sind diese Autoren nämlich von der Neigung und Ausbildung her selbst Historiker. Indem sie „Geschichte schreiben, während

⁵⁰ Vgl. James Gow/Richard Paterson/Alison Preston (Hrsg.), *Bosnia by Television*, London 1996, und Mark Thompson, *Forging War: The Media in Serbia, Croatia, Bosnia and Hercegovina*, Luton 1999.

⁵¹ Hans Günter Hockerts, *Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/2001 (6. April 2001), S. 15.

sie noch qualmt“, bezeugen sie den Nutzen und sorgen sie für die weite Verbreitung historischen Verständnisses.

Die neueste Zeitgeschichte Deutschlands

Die eben allgemein diskutierten Fragen seien nun nochmals spezifischer in Bezug auf die neueste deutsche Zeitgeschichte diskutiert, also: Wie tiefgreifend hat die weltpolitische Epochenäsur der Jahre 1989/91 auch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verändert? Wer schreibt heute „die neueste deutsche Zeitgeschichte“? Schließlich: Wo liegen künftig die Forschungsaufgaben?

1990 und in den folgenden Jahren war man im wiedervereinigten Deutschland und im Ausland ganz selbstverständlich davon überzeugt, sich inmitten einer epochalen Wende zu befinden. Der erneuerte deutsche Nationalstaat schien noch größer und potenter als die zuvor schon von Frankreich und Italien häufig als übermächtig empfundene Bundesrepublik⁵², was in Politik und Tagespublizistik vielfach zur Beschwörung der altbekannten Gespenster der Vergangenheit führte⁵³. Die entsprechende Diskussion in den Feuilletons, in den Wochenzeitungen und in den analytischen Fachzeitschriften ging ohne zeitliches Intervall in Buchveröffentlichungen über mit so kennzeichnenden Titeln wie „L'Allemagne. Une nouvelle hégémonie“⁵⁴, „The New Superpowers. Germany, Japan, the U.S. and the New World Order“⁵⁵ oder gar von Nonsense-Titeln wie „Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg“⁵⁶. Ab 1992, als der zunehmend durch Verschuldung der Staatshaushalte finanzierte Wiedervereinigungsboom unversehens umkippte und in eine lähmende Stagnationsphase überging, folgte allerdings auf den kurzzeitigen Wiedervereinigungsrausch der langdauernde psychologische Katzenjammer, der außerhalb Deutschlands da und dort nicht ganz ohne herablassende Schadenfreude registriert wurde⁵⁷.

Verstärkt wurde die im Ausland vielerorts zu beobachtende Skepsis, als es auch in Deutschland, und dies vor allem in den neuen Ländern, erstmals zu beunruhigenden Ausschreitungen gegen Asylbewerber, Türken oder andere als Nicht-Deutsche identifizierbare Personen kam. Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten und Krawalle

⁵² Symptomatisch dafür, wie ein maßgeblicher französischer Historiker die „alte“ Bundesrepublik als Wirtschaftsgigant einschätzte, ist Raymond Poidevins pointierte Langzeitanalyse *L'Allemagne et le monde au XXe siècle*, Paris 1983.

⁵³ Ein Versuch kritischer Aufarbeitung dieses und der im folgenden genannten Themen aus Sicht des Jahres 1994 und unter ausführlicher Bezugnahme auf das jeweilige Schrifttum ist meine Monographie *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994.

⁵⁴ Vgl. Françoise Nicolas/Hans Stark, *L'Allemagne. Une nouvelle hégémonie?*, Paris 1992.

⁵⁵ Vgl. Jeffrey T. Bergner, *The New Superpowers. Germany, Japan, the U.S. and the New World Order*, New York 1991.

⁵⁶ Vgl. Heleno Sana, *Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg*, Hamburg 1990. Ein vergleichbarer Spätzunder dieser Angstmache-Publizistik ist Philipp Delmas, *Über den nächsten Krieg mit Deutschland. Eine Streitschrift aus Frankreich*, Berlin 2000.

⁵⁷ Beispielhaft seien genannt David Marsh, *Der zaudernde Riese. Deutschland in Europa*, München 1994 (*Germany and Europe. The Crisis of Unity*, London 1994), oder David Schoenbaum/Elizabeth Pond, *Annäherung an Deutschland. Die Strapazen der Normalität*, Stuttgart 1997 (*The German Question and Other German Questions*, Oxford 1996).

reaktivierten natürlich unverzüglich überall das kollektive Gedächtnis, nicht zuletzt auch bei an und für sich deutschfreundlichen, jetzt aber doch wieder recht nachdenklich werdenden Beobachtern im Ausland⁵⁸.

Kein Zufall, daß nun auch die ersten Niedergangs-Studien auf den Markt kamen – ein Sachbuch-Genre, das sich von Mitte der sechziger bis in die frühen achtziger Jahre vor allem mit der „englischen Krankheit“ befaßt hatte. Die Kritik liberaler Ökonomen an den Wucherungen und Verkrustungen des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaats ist zwar fast so alt wie dieser selbst. Doch daß man nun im Inland und Ausland ungescheut von der „deutschen Krankheit“ zu schreiben begann, wie Arnulf Baring 1997 in seiner sehr kritischen Studie „Scheitert Deutschland?“⁵⁹ oder Christian Graf von Krockow 1998 in „Der deutsche Niedergang“⁶⁰, war doch etwas Neues. Genau wurde auch registriert und analysiert, wie die europäische Integrationspolitik seit den späten achtziger Jahren eine neue Qualität anzunehmen begann⁶¹. Es bedurfte schließlich keiner besonders vertieften historischen Kenntnisse, um zu begreifen, daß der Vertrag von Maastricht⁶², die Erweiterungsverhandlungen mit den ostmittel- und südosteuropäischen Demokratien⁶³, die Bemühungen um Vertiefung der Europäischen Union⁶⁴ und um eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)⁶⁵ auch die Bundesrepublik in eine völlig neue Dimension hineinführen.

Zweifellos ist somit in den frühen neunziger Jahren auch in der Geschichte der Bundesrepublik eine spürbare Zäsur eingetreten. Sie setzt die neueste deutsche Zeitgeschichte deutlich von den vorhergehenden Phasen ab. Doch wie tiefgreifend ist diese Zäsur? Müssen wir im Rückblick vom Beginn des 21. Jahrhunderts aus nicht doch auch und vor allem ein erhebliches Maß an Kontinuität konstatieren?

⁵⁸ Siehe dazu die durchweg nicht alarmistische, aber doch mit beunruhigten Fragen belastete Monographie des britischen Fernsehjournalisten und Geschäftsmanns Alan Watson, *Die Deutschen. Wer sind sie heute?*, Berlin 1992, S. 363–413, und Andrei S. Markovits/Simon Reich, *Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht*, Berlin 1998.

⁵⁹ Vgl. Arnulf Baring, *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten*, Stuttgart 1997.

⁶⁰ Vgl. Christian Graf von Krockow, *Der deutsche Niedergang. Ein Ausblick ins 21. Jahrhundert*, Stuttgart 1998.

⁶¹ Dazu existiert ein geradezu uferloses Meer an Spezialliteratur, jeweils präsentiert und kommentiert in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 1987 ff.*, hrsg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Bonn 1988 ff.; in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Gütersloh 1999; in der Zeitschrift „Integration“ und in den „Europäischen Schriften“ des Instituts für Europäische Politik.

⁶² Vgl. die jetzt maßgebliche Darstellung der Verhandlungsgeschichte von Kenneth Dyson/Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford 1999. Zu den folgenden Phasen auf dem Weg zur Währungsunion siehe Thilo Sarrazin, *Der Euro. Chance oder Abenteuer?*, Bonn 1998.

⁶³ Vgl. dazu grundsätzlich Jürgen Backhaus/Dieter Cassel (Hrsg.), *Europäische Integration als ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe. Probleme der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union*, Berlin 1998.

⁶⁴ Vgl. dazu Dietmar Herz, *Die Europäische Union*, München 2002, S. 62–132, und Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz (Hrsg.), *Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen*, Berlin 2001.

⁶⁵ Vgl. Uwe Schmalz, *Die europäisierte Macht – Deutschland in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: Ebenda., S. 515–580.

Dem ist in der Tat so, sogar dort, wo die objektiven Bedingungen eigentlich tief einschneidende Neuorientierungen erwarten ließen. Die teils befürchtete, teils postulierte „neue deutsche Außenpolitik“ ist, nimmt man alles in allem, eher durch Kontinuität als durch starken Wandel gekennzeichnet⁶⁶. Elemente einer veränderten Weltpolitik sind zwar erkennbar, von Christian Hacke mit der vorsichtigen Frage akzentuiert: „Weltmacht wider Willen?“⁶⁷ In der Tat signalisiert die 1994 erst sehr zaghaft⁶⁸, unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders viel unbedenklicher wahrgenommene Teilnahme der Bundeswehr an Interventionen in multilateralem Rahmen die deutlich gewachsene Bereitschaft, eine den deutschen Möglichkeiten gemäße globale Verantwortung zu übernehmen. Dennoch wird niemand im Ernst behaupten wollen, daß das Bild „Gulliver in der Mitte Europas“, in dem Helga Haftendorn⁶⁹ die deutschen Möglichkeiten und Verhaltensmuster verdeutlicht, nicht recht wirklichkeitsgetreu ist. Auch diese so hervorragende und produktive Kennerin der mehr als fünfzigjährigen Geschichte bundesdeutscher Außenpolitik kommt in ihrer jüngsten Gesamtdarstellung zum Schluß, daß diese „durch einen hohen Grad an Kontinuität in ihren Zielen und Strategien geprägt ist“⁷⁰.

Weitreichende, von breitem überparteilichem Konsens getragene Kontinuität zur Außen- und Sicherheitspolitik der „alten“ Bundesrepublik also selbst dort, wo sich die internationalen Rahmenbedingungen viel dramatischer gewandelt haben als in anderen Bereichen! Erst recht hat es die Wiedervereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz trotz der wohlbekannten Verwerfungen in den neuen Bundesländern auf vielen wichtigen Feldern der Innenpolitik (Verfassungspolitik, Parteiensystem, föderalistische Grundstruktur, Verwaltungsstruktur usw.) erlaubt, ein bemerkenswertes Maß an Kontinuität zur „alten“ Bundesrepublik fortzuführen. Gewiß kommt dabei nicht zuletzt der Faktor zum Tragen, daß nur rund ein Fünftel der Deutschen in den neuen Ländern lebt. Sie mußten und müssen sich wohl oder übel anpassen.

Die Elitenkontinuität zwischen der alten und neuen Bundesrepublik ist ebenso eine Grundtatsache der „neuesten deutschen Zeitgeschichte“ wie die Dominanz westdeutscher Eliten, die sich erst neuerdings zu relativieren beginnt. Nicht zuletzt bei den politischen Eliten ist somit jenes Ensemble begrüßenswerter Wertpräferenzen, tief verwurzelter Vorurteile und teilweise auch abstruser Überzeugungen verhaltensbestimmend, von dem die öffentliche Meinung nicht allein in der Bundesrepublik gesteuert

⁶⁶ Siehe dazu die aufschlußreichen, im Ansatz vielfach verschiedenen, im Befund aber doch in einen evolutionären „mainstream“ einmündenden Studien in der vierbändigen Untersuchung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*, München 1994–1998.

⁶⁷ Vgl. Christian Hacke, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?*, Berlin 1997.

⁶⁸ Zur Evolution der deutschen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren unter der Regierung Kohl siehe die Darstellung von John S. Duffield, *World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions, and German Security Policy after Unification*, Stanford/CA 1998.

⁶⁹ Vgl. Helga Haftendorn, *Gulliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten*, in: Kaiser/Maull (Hrsg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 1, Grundlagen, S. 129–152.

⁷⁰ Helga Haftendorn, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, Stuttgart 2001, S. 444.

wird. Gewisse Soziologen, Politologen, Historiker, überhaupt die politische Klasse haben dafür, ohne die ambivalente Fragwürdigkeit des Begriffs zu erkennen, den Euphemismus politische Kultur erfunden – einen Begriff, der bei nachdenklicheren Leuten Heiterkeit auslöst.

Besonders in den Sozialwissenschaften haben die ebenso evidenten wie unvermeidlichen Schwierigkeiten der inneren Wiedervereinigung große Beachtung gefunden. Zur wohlfahrtsstaatlichen Verkrustung des deutschen politischen Systems sind ebenso viele politökonomische Studien erschienen wie zur vielbeklagten reformerischen Unlust der Deutschen und zum lähmenden Legalismus ihres Systems. Wer die Mühe scheut, sich dieser Sachverhalte durch Lektüre buchstäblich tausender, oft recht gehaltvoller politologischer, ökonomischer oder soziologischer Monographien und Aufsätze zu vergewissern⁷¹, findet in den für englischsprachige Leser bestimmten Zeitschriften *German Politics* oder *West European Politics* jeweils Kondensate der in Deutschland selbst laufenden Forschungen und kontroversen Diskussionen.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die deutschen Sozialwissenschaftler oder gut recherchierenden Journalisten die während der neunziger Jahre aufgetretenen Kontinuitäten, doch ebenso Bruchstellen und Verwerfungen nicht differenziert beleuchten würden. Dabei finden die meisten Experten, die sich mit der neuesten deutschen Zeitgeschichte befassen, auch in den Bereichen Innenpolitik, Wirtschaft, Soziales und Kultur summa summarum die Kontinuitäten doch bemerkenswerter als die Diskontinuitäten. Die Flut von Sammelbänden, die sich 1999 zum 50jährigen Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland über das Land ergossen hat⁷², bezeugt dies ebenso wie die gängigen Lehrbücher zur deutschen Politik und Gesellschaft⁷³. In der großen Mehrzahl der panoramisch angelegten Würdigungen ist die Neigung ausgeprägt, die Bundesrepublik

⁷¹ Verwiesen sei in diesem Kontext auf die Monographie Hermann Rudolphs, *Das erste Jahrzehnt: die Deutschen zwischen Euphorie und Enttäuschung*, Stuttgart 2000. Nützliche Überblicke vermitteln auch eine Reihe von Sammelbänden, so Andreas Wirsching (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung: eine interdisziplinäre Bilanz*, München 2000, und Roland Czada u. a. (Hrsg.), *Von der Bonner Republik zur Berliner Republik: 10 Jahre deutsche Einheit*, Wiesbaden 2000.

⁷² Genannt seien ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit: BMI (Hrsg.) unter Mitarbeit von Prof. Depenheuer und Prof. Oberreuter: *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung der Zukunft (=Dokumentation zum Verfassungskongreß „50 Jahre Grundgesetz/50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“*, Bonn, 6.–8. Mai 1999); Klaus Dicke (Hrsg.), *Der demokratische Verfassungsstaat in Deutschland. 80 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 50 Jahre Grundgesetz, 10 Jahre Fall der Mauer*, Baden-Baden 2001; Thomas Ellwein (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*, Opladen 1999; Themenheft *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland 1949–1999*, in: *Zeitschrift für Politik* 46 (2/1999); Eckhard Jesse (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1999; Eckart Conze/Gabriele Metzler (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daten und Diskussionen*, Stuttgart 1999; Reinhard Appel (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik, Köln 1999*; Peter März (Koord. f. Bay. Landeszentrale f. politische Bildungsarbeit), *Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven*, München 2001; Peter H. Merkl (Hrsg.), *Germany at Fifty. The End of a Century of Turmoil*, New York 1999; *La République fédérale d'Allemagne cinquante ans après: bilan et perspectives*, in: *Revue d'Allemagne* 31 (1999), S. 197–370.

⁷³ Siehe z. B. „Perspektiven“ bei Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2000, S. 570 ff., oder Geoffrey K. Roberts, *German Politics Today*, Manchester 2000, S. 181–199.

Deutschland als „normale“ Demokratie zu begreifen – natürlich nie ohne den politisch korrekten Hinweis auf die sogenannte „Last der Vergangenheit“, welcher man mit der gehörigen Betroffenheit weiterhin zu gedenken habe.

Somit läßt der Überblick über das einschlägige Schrifttum dreierlei erkennen:

- (1) Die neueste deutsche Zeitgeschichte seit Anfang der neunziger Jahre ist durchaus eine Epoche eigenen Gepräges, wenngleich eingebettet in die langfristigen Entwicklungstendenzen und Strukturen von 50 Jahren Geschichte der Bundesrepublik;
- (2) Zu diesem vergleichsweise kurzen Jahrzehnt der neuesten Zeitgeschichte existiert bereits eine ganze Bibliothek voller Buchveröffentlichungen und Aufsätze, ganz zu schweigen von substantiellen Berichten in Tageszeitungen oder von zeitgenössischen Dokumentensammlungen;
- (3) Alles in allem wird die bundesdeutsche Geschichte, mit inbegriffen die der neunziger Jahre, viel eher als Erfolgsgeschichte denn als Krisengeschichte begriffen.

Letzteres kam auch in einer ganzen Reihe von Monographien zum Ausdruck. Verschiedene Autoren sind damals gleichzeitig „im Westen angekommen“. „Ankunft im Westen: die Neubildung der deutschen Nation“, resümierte Heinrich August Winkler auch die Entwicklungen der frühen neunziger Jahre⁷⁴. „Die Bundesrepublik hat ihren Platz unter den demokratischen Verfassungsstaaten westlicher Tradition gefunden“ – so ließ Peter Graf Kielmansegg seine gedankenreiche Geschichte des geteilten Deutschland ausklingen⁷⁵. „Ankunft im Westen“, lautete auch der Titel eines Essays, den Axel Schildt zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik verfaßt hat⁷⁶. „So ist aus äußerst bescheidenen und schwierigen Anfängen dank ihrer festen Verankerung im Westen aus der Bundesrepublik ein lebendiger demokratischer Staat geworden“, faßte gleichzeitig auch Kurt Sontheimer seine Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik zusammen⁷⁷. Dutzende ähnlich selbstbewußter, bisweilen sogar selbstgefälliger Bewertungen aus dem zeitlichen Umfeld der 50-Jahres-Feiern ließen sich dem hinzufügen. In dem vielstimmigen Lob auf die bundesdeutsche Erfolgsgeschichte wirkte damals von Krockows „Der deutsche Niedergang“⁷⁸ (1998) recht unzeitgemäß – vergleichbar den Warnungen der Seherin Cassandra inmitten ihrer 50 jubelnden Brüder kurz vor dem Untergang Trojas.

Damit sind wir bei der zweiten Frage: Wer schreibt eigentlich die neueste deutsche Zeitgeschichte? In dieser Beziehung wäre jeder Versuch zur Gewannabgrenzung zwischen Historikern und Sozialwissenschaftlern, aber auch zwischen universitär verankerten Wissenschaftlern und Journalisten von den Anfängen der Bundesrepublik an ziemlich sinnlos gewesen. Daran hat sich bis zur jüngsten Gegenwart nicht viel geän-

⁷⁴ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 630–639.

⁷⁵ Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 629.

⁷⁶ Vgl. Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999.

⁷⁷ Kurt Sontheimer, *So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*, München 1999, S. 9.

⁷⁸ Vgl. Krockow, *Der deutsche Niedergang*.

22 Aufsätze

dert. Als Zeitgeschichtsschreiber und als Deuter der jüngsten Zeitgeschichte haben einzelne Fachvertreter der Geschichtswissenschaft zwar des öfteren eine markante Rolle gespielt, einen Alleinvertretungsanspruch für die neueste deutsche Zeitgeschichte konnten und wollten sie aber nicht durchsetzen.

Das zeigt sich schon, wenn man fragt, welche zeitgeschichtlich relevanten Monographien eigentlich seit den Tagen von Rothfels zum Gegenstand intensiverer öffentlicher Aufmerksamkeit geworden sind. Der greise Friedrich Meinecke, der 1946 „Die deutsche Katastrophe“⁷⁹ veröffentlichte, machte den Anfang. Gerhard Ritter (aus dem NS-Kerker gerettet, später von unfeinen Kritikern aus dem Kreis der achtundsechziger Historiker, die am Ende des Dritten Reiches selbst noch in den Reihen der Hitlerjugend mitmarschiert waren, für gut zwei Jahrzehnte als Exponent eines verholzten Neo-Borussentums in Acht und Bann getan) trug trotz seiner Aversion gegen die modernen Sozialwissenschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt gleichfalls viel dazu bei, die Barrieren zwischen traditioneller Historiographie und neuester Zeitgeschichte abzubauen. Als Essay mit dem Ziel einer historischen Verortung zeitgeschichtlicher Erfahrung war seine Besinnungsschrift „Europa und die deutsche Frage“ (1948)⁸⁰ durchaus der Problemstudie Meineckes adäquat. Ritters Goerdeler-Biographie aus dem Jahr 1954⁸¹ war ein geradezu klassisches Werk neuester Zeitgeschichte – nur noch vergleichbar mit „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ (1949)⁸² von Hans Rothfels.

Es waren jedoch nur einige wenige Ordinarien der neueren Geschichte, die nicht allein programmatisch (Programmatik ist immer recht wohlfeil!), sondern vor allem mit gewichtigen, öffentlich stark wahrgenommenen eigenen Forschungen die neueste Zeitgeschichte begründeten. Soll man Karl Dietrich Bracher unter die Historiker oder unter die Politologen rechnen? Er war und ist beides, und seine 1955 erschienene Habilitationsschrift „Die Auflösung der Weimarer Republik“⁸³ mit ihrer Kombination systematischer und narrativer Methodik hat gleichfalls weit über die Fachgrenzen hinaus tiefen Eindruck gemacht. Kein Geringerer als Helmut Schmidt erinnert sich, er habe 1955 Brachers Buch quasi verschlungen⁸⁴: „Gestützt auf eine Fülle gut recherchierter Tatsachen, wurde hier zum allerersten Mal in Deutschland ausführlich und mit großer Sorgfalt vorgetragen, auf welche Weise, durch wessen Handeln, durch wessen Unterlassungen und durch wessen Schwäche es möglich war, daß der erste deutsche Demokratieversuch schon nach einem dutzend Jahren scheiterte“.

Neueste Zeitgeschichte, man sieht das hier, wird stets von Zeitgenossen für ihresgleichen geschrieben. Wie im Fall Brachers haben auch später in starkem Maß historisch

⁷⁹ Vgl. Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946.

⁸⁰ Vgl. Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*, München 1948.

⁸¹ Vgl. Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954 (Neuaufgabe Stuttgart 1984).

⁸² Vgl. Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*, Frankfurt a. M. 1949 (Neuaufgabe Zürich 1994).

⁸³ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1955 (Neuaufgabe Königstein/Düsseldorf 1984).

⁸⁴ Helmut Schmidt, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 129.

orientierte Politikwissenschaftler die neueste Zeitgeschichte betrieben, dies im Verbund mit einer vergleichsweise kleinen Zahl von Fachhistorikern. Zu erwähnen ist beispielsweise die in ihrer Art bisher einzige, die Periode von 1945 bis 1982 monographisch erfassende, auf unerschlossenen Quellen fußende „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁸⁵. Arnulf Barings „Machtwechsel“⁸⁶ gehört gleichfalls zu diesem Genre.

Auf seine Art hat auch der Soziologe Ralf Dahrendorf mit „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“⁸⁷ eine wissenschaftlich anregende, zugleich in die Breite wirkende Interpretation der deutschen Zeitgeschichte unter Einbeziehung der neuesten Entwicklungen beige-steuert. Aus heutiger Sicht werden nur wenige bestreiten, daß auch Helmut Schelsky zu den besonders scharfsinnigen Analytikern der zeitgenössischen Gesellschaft der frühen Bundesrepublik gehörte⁸⁸ und noch heute des Nachdenkens werte Deutungen lieferte. Und von der bereits 1934/35 konzipierten „verspäteten Nation“ Helmuth Plessners hat sich eine bewundernde Gemeinde jüngerer Historiker und Politologen geistig genährt, denen zum kritischen Verständnis der neueren deutschen Geschichte nicht ganz soviel einfiel wie diesem Philosophen und Soziologen⁸⁹.

Erwähnenswert sind aber auch die Publikationen aus dem außeruniversitären Bereich. Die Auswirkung von Eugen Kogons „Der SS-Staat“⁹⁰ auf die Bewußtseinsbildung einer ganzen Generation kann schwerlich überschätzt werden. Desgleichen wäre es verkehrt, publikumswirksame journalistische Beiträge, etwa die von Heinz Höhne⁹¹ dirigierte zeitgeschichtlichen Spiegel-Serien, sowie zahlreiche entsprechende Bücher zum Dritten Reich und zum Zweiten Weltkrieg, die in den fünfziger und in den sechziger Jahren erschienen sind, leichtthin als vorwissenschaftlich abzutun. Auch die nach wie vor beste Hitler-Biographie hatte mit Joachim Fest einen Journalisten und nicht etwa einen jener zahlreichen Universitätshistoriker zum Verfasser⁹², die sich damals schon auf dem Feld der Nationalsozialismusforschung tummelten.

Das sind nur einige wenige Titel, neben und hinter denen sich zahllose weitere Publikationen dehnen. Grosso modo läßt sich aber feststellen, daß sich die Fachhistoriker auf breiter Front erst in dem Moment der Aufarbeitung der Zeitgeschichte zuwenden, sobald die amtlichen Archive zugänglich sind. Hinsichtlich der Weimarer Republik und des Dritten Reiches war das bereits Mitte der fünfziger Jahre der Fall, als die 1945 von den Westalliierten beschlagnahmten deutschen Archive zurückerstat-

⁸⁵ Vgl. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u.a., 6 Bde., Stuttgart 1981–1987.

⁸⁶ Vgl. Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.

⁸⁷ Vgl. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.

⁸⁸ Dazu siehe jetzt Franz-Werner Kersting, Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes, in: VfZ 50 (2002), S. 465–495.

⁸⁹ Vgl. Helmuth Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959.

⁹⁰ Vgl. Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Berlin 1946.

⁹¹ Heinz Höhne ist auch als Verfasser umfassend recherchierter, wenngleich nicht unumstrittener Bücher hervorgetreten, etwa Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976; Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, München 1978.

⁹² Vgl. Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie, Berlin 1973.

tet und auch der deutschen Forschung zugänglich gemacht wurden⁹³. Ohne diesen Glücksfall hätte bei Fortdauer der üblichen Sperrfristen die systematische NS-Forschung erst in den sechziger und siebziger Jahren einsetzen können.

Die historiographische Durchdringung der Geschichte der Bundesrepublik in voller Breite folgt dagegen nach wie vor der gleitenden Dreißig-Jahres-Sperre. Bezeichnenderweise sind es auch durchweg die Fachhistoriker, die die abgewogenen Grundrisse schreiben, an denen sich der akademische Nachwuchs und die Gymnasiallehrer orientieren⁹⁴, während ihnen allerdings die breite Öffentlichkeit oft nicht genau genug zuhört. Nur darf eben nicht übersehen werden, daß den hoch professionellen und zumeist stark spezialisierten Arbeiten der Fachhistorie bereits gut 20 Jahre zuvor eine gleichfalls breite und vielfach verlässliche Publikationswelle politologischer, in Maßen auch wirtschaftswissenschaftlicher und journalistischer Monographien zur neuesten Zeitgeschichte vorangerauscht ist.

In Bezug auf die DDR-Geschichte verhält es sich mit der Zugänglichkeit der Quellen bekanntlich günstiger. Hier ist die professionelle Geschichtswissenschaft von Anfang an zahlreich und mit quantitativ überwältigendem Forschungsertrag eingestiegen. So begrüßenswert der Vorgang ist, daß vierzig Jahre DDR-Geschichte unverzüglich nach der Vereinigung zur Bonanza historiographischer Zeitgeschichtsforschung geworden sind, so paradox ist er gleichzeitig. Denn nun wird die fehlgeschlagene Geschichte der DDR in ihrer ganzen Länge und Breite ins historiographische Bewußtsein gerufen⁹⁵, während die deutlich besser verlaufene Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Dreißig-Jahres-Frist derzeit erst bis in die frühen siebziger Jahre auf der Grundlage amtlicher Archivalien systematisch erforscht werden kann.

Für die neunziger Jahre, unsere derzeitige neueste Zeitgeschichte, läßt sich also Ähnliches konstatieren wie bei den früheren Jahrzehnten. Die meisten Übersichtsdarstellungen ebenso wie viele Einzelstudien haben Politologen zu Verfassern, teilweise aber auch Journalisten. Eine umfassende Gesamtdarstellung der Jahre von 1990 bis zur Gegenwart wird zwar noch auf sich warten lassen. Desgleichen ist trotz vieler Vorarbeiten derzeit noch nicht an eine Gesamtdarstellung zur Geschichte der Bundesrepublik in den Jahren der Kanzlerschaft Helmut Kohls von 1982 bis 1998 zu denken. Nur die Umbruchjahre liegen schon im hellen Licht der Forschung. Wenige Vorgänge der neueren Zeitgeschichte sind quellenmäßig und in Monographien so umfassend erforscht wie die Vereinigung 1989/90⁹⁶. Bisher lassen auch die Autoren gewichtiger

⁹³ Vgl. dazu Roland Thimme, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes. Rückgabeverhandlungen und Akteneditionen 1945–1995, in: VfZ 49 (2001), S. 317–362.

⁹⁴ Genannt seien Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 1998; Horst Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1995; Andreas Hillgruber, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit, 4. Aufl., durchges. und wesentl. ergänzt von Jost Dülffer, München 1993; Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 2000 (alle Oldenbourg Grundriß der Geschichte).

⁹⁵ Siehe dazu die Überblicke von Gerhard A. Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171–200, und Hermann Weber, Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven, in: VfZ 50 (2002), S. 611–633.

⁹⁶ Siehe Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftl. Leitung Klaus

neuerer Monographien zur jüngeren deutschen Geschichte ihre Darstellungen zumeist 1990 enden (wie beispielsweise Peter Graf Kielmansegg⁹⁷) oder in den frühen neunziger Jahren einfach auslaufen (so Manfred Görtemaker und Heinrich August Winkler)⁹⁸. Nun ist allerdings in der Tat noch unsicher, wo man zu unserer Gegenwart hin sinnvollerweise Zäsuren setzen sollte. Doch wer sich mit dem Zeitraum beschäftigt, stellt jedenfalls rasch und nicht ganz ohne Erstaunen fest, wie ausgedehnt und wie fundiert auch hierzulande bereits darüber gearbeitet wurde.

Wohin wird sich die Forschung weiterbewegen? Zwei Tendenzen sind vorhersehbar: zum einen die systematische Zusammenführung der Zeitgeschichte vor 1990 mit der neuesten Zeitgeschichte⁹⁹, zum anderen die Neubewertung der älteren Zeitgeschichte, weil Probleme, die bereits eine längere Vorgeschichte aufweisen, erst beim Blick auf die neueste Zeitgeschichte in ihrer ganzen Tragweite erkannt werden.

Die systematische Verknüpfung der Forschungen und Darstellungen ist dort am elegantesten möglich, wo die Historiker oder Sozialwissenschaftler mit offenen Quellen arbeiten. Ein schönes Beispiel für derart gelungene Zusammenführung ist beispielsweise Gerhard A. Ritters primär sozialgeschichtlich angelegte Untersuchung mit dem Titel „Über Deutschland“¹⁰⁰. Das methodische Vorgehen ist ebenso einfach wie einleuchtend. Ritter untersucht in einem ersten Zugriff die westdeutsche Geschichte, arbeitet alsdann die in die Geschichte der DDR eingegangenen Traditionen bzw. die dort durchgesetzten Brüche heraus und analysiert im abschließenden Kapitel mit der Überschrift „Ein Staat, zwei Gesellschaften“ Deutschland nach der Vereinigung.

Im Prinzip genauso lassen sich auch Kontinuitäten von Weimar bis zur Gegenwart in den heutigen neuen Ländern untersuchen, wie dies Karl Schmitt in Bezug auf das Wahlverhalten in Thüringen exemplarisch gezeigt hat¹⁰¹; ähnlich ist auch die umfassende Potsdamer Eliten-Studie konzipiert¹⁰². Entsprechend aufschlußreiche diachronische Untersuchungen lassen sich auch auf den Feldern der Ideengeschichte vom Kaiserreich bis zum heutigen Tage durchführen. Paul Nolte etwa hat dies neuerdings für die in den

Hildebrand und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, sowie die umfassende Bibliographie in der ebenso umfassenden Monographie von Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000.

⁹⁷ Vgl. Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*.

⁹⁸ Vgl. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 767–788; Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2, S. 606–639.

⁹⁹ Karl Dietrich Bracher hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, die Perioden vor 1945 als „ältere“, die nach 1945 als „neuere“ Zeitgeschichte zu bezeichnen (*Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen*, in: Bernd Hey/Peter Steinbach (Hrsg.), *Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein*, Köln 1986, S. 53–71). Entwickelt man das weiter, so würden sich in Bezug auf Deutschland drei Epochen unterscheiden lassen: die „ältere“ Zeitgeschichte von 1914–1945, die „neuere“ Zeitgeschichte von 1945–1990 und die „neueste“ Zeitgeschichte seit 1990.

¹⁰⁰ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 1998.

¹⁰¹ Vgl. Karl Schmitt, *Wahlergebnisse: Kontinuität und Umbruch*, in: Karl Schmitt (Hrsg.), *Thüringen. Eine politische Landeskunde*, Weimar 1996, S. 68–84.

¹⁰² Vgl. Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u.a., *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen 1997.

Sozialwissenschaften und in der Geschichtswissenschaft vorherrschenden Konzepte gesellschaftlicher Ordnung unternommen¹⁰³. So lassen und ließen sich Dutzende diachronischer Stränge unter voller Einbeziehung der neuesten Zeitgeschichte analysieren.

Daneben waren und sind es die vielfältigen Erfahrungen der neuesten Zeitgeschichte (Überraschungen, Schockerlebnisse, Hoffnungen), aus denen sich veränderte Fragen an die ältere Zeitgeschichte ergeben. Erst seit dem Vertrag von Maastricht und der Einführung des Euro beginnt es einer breiteren Öffentlichkeit, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften mit inbegriffen, ganz langsam zu dämmern, daß sich der europäische Staat der Neuzeit in einer Phase der Auflösung befinden könnte.

Nimmt man diese Möglichkeit so ernst, wie das geboten ist, dann führt dies zur Frage, ob die Geschichte der Bundesrepublik nicht doch einmal mit einem neuen Paradigma aufgeschlüsselt werden müßte, nämlich als die Geschichte eines Staates, der sich nicht zum „post-klassischen Nationalstaat“ weiterentwickelt, wie dies Heinrich August Winkler postuliert¹⁰⁴, sondern der die tragenden Elemente seiner Staatlichkeit planmäßig und unüberlegt zugleich auflöst – planmäßig wegen des unablässigen Drängens seiner politischen Eliten auf gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der EU, unüberlegt deshalb, weil damit die Selbstbestimmung des deutschen Volkes und somit die Voraussetzung zur demokratischen Gestaltung der eigenen Geschichte preisgegeben wird.

Unnötig zu betonen, daß derselbe Vorgang mit einem ganz gegenläufigen Paradigma erfaßbar ist und ansatzweise auch bereits erfaßt wird – mit dem Paradigma des Aufbaus und Ausbaus eines vereinten Europa. Neben zahlreichen Einzelstudien oder Überblicksdarstellungen politologischer, völkerrechtlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Verfasser existieren auch hierzu schon verschiedenste historisch angelegte Verlaufsskizzen aus Sicht der neunziger Jahre¹⁰⁵ sowie einige anregende, zugleich diachronisch und multilateral konzipierte Sammelbände¹⁰⁶.

¹⁰³ Vgl. Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000.

¹⁰⁴ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2, S. 639.

¹⁰⁵ Pars pro toto genannt seien Wilfried Loth, *Die Deutschen und das Projekt der europäischen Einigung*, in: Wolfgang Mommsen (Hrsg.), *Der lange Weg nach Europa. Historische Betrachtungen aus gegenwärtiger Sicht*, Berlin 1992, S. 39–69; Werner Link, *Deutschland als europäische Macht*, in: Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, S. 552–564; Patrick Meyer, *Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ebenda, S. 565–582; Simon Bulmer u. a., *Germany's European Diplomacy. Shaping the regional milieu*, Manchester 2000, und Josef Janning, *Die Europapolitik der Mitgliedstaaten der EU: Bundesrepublik Deutschland*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration, 2000/2001*, Berlin 2001, S. 317–324.

¹⁰⁶ Vgl. Gottfried Niedhart u. a. (Hrsg.), *Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert*, Mannheim 1997, und Mommsen (Hrsg.), *Der lange Weg nach Europa. Eine Gesamtdarstellung bundesdeutscher Europapolitik auf breiter archivalischer Basis* dürfte noch auf längere Zeit hinaus ein Desiderat bleiben. Die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) liegen erst für die Jahre 1949–1953 und 1963–1972 vor, (München 1994 ff.), entsprechend eingeschränkt ist die Zugänglichkeit der durch die AAPD noch nicht erschlossenen Jahre; die Gegenakten der großen EU-Länder sind gleichfalls nur partiell zugänglich, und bei den Akten der europäischen Institutionen sieht es noch weniger zufriedenstellend aus.

Im großen und ganzen ist der Ansatz zum Verständnis der neuesten deutschen Zeitgeschichte als Entwurf eines europäischen Bundesstaats oder Staatenbundes, wie eben erwähnt, in erster Linie eine Domäne von Politologen, Ökonomen und Europarechtlern¹⁰⁷. Damit verbindet sich zudem die interessante Frage, wann eigentlich dieser makrohistorische Prozeß der Erosion des Staates in der Bundesrepublik voll eingesetzt hat. Folgt man Martin van Creveld, so ist „der Untergang des Staates“ als universalhistorisches Phänomen eine vergleichsweise neue Entwicklung, die erst um die Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts an Tempo gewinnt¹⁰⁸. Wolfgang Reinhard, der denselben Vorgang gleichfalls diskutiert¹⁰⁹, neigt demgegenüber eher zu der in Deutschland weit verbreiteten und von der offiziellen Politik propagierten Annahme, daß eine schubweise Souveränitätsabgabe mit der Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik integral verknüpft sei.

Ein weiteres Paradigma ist die Annahme, daß es mit Deutschland nicht aufwärts geht, sondern abwärts – wirtschaftlich, demographisch, im Bildungswesen und auch kulturell. Daß die meisten der insgeheim immer noch von der Fortschrittsidee inspirierten Sozialwissenschaftler und Historiker vor einem derartigen Paradigma zurückschrecken, versteht sich. Wie die 50-Jahres-Feiern erst vor kurzem wieder gezeigt haben, wird die bundesdeutsche Zeitgeschichte von dem Pathos beflügelt, die Deutschen seien nach Durchschreiten der vielberufenen „Sonderwege“ („Sonderwege“ ad libitum der jeweiligen Interpretationen von 1848/49 bis 1945, auch: kommunistischer „Sonderweg“ in der einstmaligen Ostzone/DDR) schließlich zur Vernunft gekommen und hätten für immer und ewig zur Demokratie gefunden – „Westernisierung“ lautet neuerdings der präzise definierte, doch sprachlich wenig schöne Neologismus zur Bezeichnung dieses Vorgangs¹¹⁰.

Nun weiß zwar jeder Student der modernen vergleichenden Verfassungsgeschichte, daß auch Demokratien mit den Reformproblemen des Wohlfahrtsstaats, mit Etatismus und lähmendem Legalismus, mit der trägen Gewerkschaftsmacht und mit der flinken Macht des scheuen Kapitals, mit den Belastungen der Globalisierung, mit öffentlicher und privatwirtschaftlicher Korruption oder mit der Integration ethnisch-kultureller Minderheiten häufig ihre Probleme haben und nicht damit fertig werden. Doch da nicht zuletzt mancher deutsche Historiker lange und affirmativ an die Überlegenheit des sozialdemokratischen bzw. christlich-demokratischen „Modells Deutschland“ geglaubt hat, fällt es solchen Interpreten besonders schwer, das Paradigma der doch recht ephemeren Erfolgsgeschichte des vielberufenen „rheinischen Kapitalismus“ mit dem in Zukunft möglicherweise aufschlußreicheren Paradigma des Niedergangs zu vertauschen.

Vielleicht wird sich künftig auch das freilich ziemlich substanzlose Paradigma der „Normalisierung“ von Staat und Gesellschaft Deutschlands noch größerer Sympathie

¹⁰⁷ Siehe Schneider/Jopp/Schmalz (Hrsg.), *Eine neue deutsche Europapolitik?*

¹⁰⁸ Martin van Creveld, *Aufstieg und Untergang des Staates*, München 1999, S. 458 ff.

¹⁰⁹ Vgl. Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 525–536.

¹¹⁰ „Westernisierung“, so Anselm Doering-Manteuffel, bezeichne „die Herausbildung einer gemeinsamen Wertordnung diesseits und jenseits des Nordatlantik“ – ein Vorgang, der sich weit über die Epoche seit 1945 zurückverfolgen lasse (*Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999).

erfreuen als heute schon. Es hebt darauf ab, daß Deutschland den anderen demokratischen Wohlfahrtsstaaten West-, Mittel-, Nord- und Südeuropas immer ähnlicher wird – kein besonders nachahmenswertes Vorbild mehr, kein alarmierend rückständiger politischer Nachzügler, auch keine kulturelle, politische oder wirtschaftliche Führungsmacht, vielmehr ein Land von selbstgefälliger Normalität. Gute, nachweislich kritische Kenner Deutschlands nach Art David Schoenbaums und Elizabeth Ponds haben vor noch nicht allzu langer Zeit ihre Beobachtungen in einem knappen Satz zusammengefaßt, der das Gemeinte verdeutlicht: „Nachdem wir jahrelang mit Deutschen zusammengelebt haben, fällt uns am ehesten die Normalität auf.“¹¹¹ Und der Thriller-Autor John Le Carré, der den Helden seines letzten Romans das grüne Milieu (nicht etwa das historische Department) im ostwestfälischen Bielefeld aufsuchen läßt, formuliert die traurige Frage: „Wie lange dauert es noch, bis euer Deutschland nur ein langweiliges Land von vielen in Europa ist?“¹¹²

Doch die Bemühung zur umfassenden Deutung der Entwicklungen ist immer nur ein Teil der wissenschaftlichen Arbeit an der neuesten Zeitgeschichte. Vielfach ist sie in erster Linie Dokumentation, Aufzeichnung, Verlaufsskizze, Fortschreibung, erste Systematisierung und Analyse der Jahr für Jahr anfallenden Vorgänge. Ohne diese nicht besonders glanzvolle, aber ganz unerläßliche zeitgeschichtliche Kärnerarbeit der Journalisten, der Sozialwissenschaftler, der Staats- und Völkerrechtler, der Ökonomen und der Experten für Länderkunde wäre indessen jedes vertiefte Verständnis der aktuellen Gestaltungsaufgaben unmöglich.

Zugleich aber und immer wieder fasziniert in der neuesten Zeitgeschichte doch auch der Einbruch des Unerwarteten in die scheinbar sicher prognostizierbaren Abläufe – Reagan, Gorbatschow und der Umbruch 1989/91, die Wiederentdeckung des Krisenherds Balkan, die Asienkrise von 1987, der hauchdünne Wahlsieg eines hochkonservativen Präsidenten in den USA oder der 11. September 2001. Die unerwartet hereinbrechende Zeitgeschichte macht immer wieder einmal jede Bemühung um Periodisierung oder gar den Versuch, die Geschichte als Prozeß zu mehr Vernunft, größerer Friedlichkeit und besserer Steuerbarkeit zu begreifen, zur Makulatur.

Man mag das bedauern, und die Sozialwissenschaften mitsamt den Wirtschaftswissenschaften werden sich dadurch vom weiteren Bemühen um wenigstens ein Minimum an Steuerbarkeit der Entwicklung nicht abbringen lassen. Aber möchte man den periodischen Einbruch der geschichtlichen Unkalkulierbarkeit in die scheinbar determinierten Abläufe einer allseits vermessenen, scheinbar durchrationalisierbaren und moralisch perfektionierbaren Welt wirklich missen? Und könnte man das wegschieben, selbst wenn man es wollte? „Die ganz normale Anarchie“¹¹³ und der Versuch zur Analyse der Gegenwart, während ground zero noch raucht – das, und das vor allem, macht den großen intellektuellen Reiz der neuesten Zeitgeschichte aus.

¹¹¹ Schoenbaum/Pond, *Annäherung an Deutschland*, S. 9.

¹¹² John Le Carré, *The Constant Gardener*, London 2001, S. 323.

¹¹³ So der Buchtitel von Jürgen von Alten, *Die ganz normale Anarchie. Jetzt erst beginnt die Nachkriegszeit*, Berlin 1994, der geistvollsten Studie, die in den Umbruchjahren in Deutschland erschienen ist.

■■■ Diktatur und Demokratie sind die beiden großen politischen Entwürfe des 20. Jahrhunderts, deren Konfrontation die Welt mehrmals an den Rand des Abgrunds brachte. Ihre Erforschung ist von unveränderter Aktualität. Doch wo liegen neue methodische Zugänge? Horst Möller skizziert zunächst den Stand der Forschung und plädiert dann – immer wieder das Beispiel der Zwischenkriegszeit aufgreifend – für einen komparatistischen Ansatz in der Zeitgeschichtsschreibung und für eine Intensivierung der Demokratieforschung, die in seinen Augen auch eine politische Notwendigkeit ist. ■■■■

Horst Möller

Diktatur- und Demokratieforschung im 20. Jahrhundert

Über den Sinn des Vergleichs

Jeder Historiker vergleicht, nur gibt es nicht jeder zu. Jeder Mensch vergleicht, nur ist es ihm nicht immer bewußt. Komparatistische Geschichtsschreibung hat eine lange Tradition, in der Zeitgeschichte ist sie gleichwohl rar. Dafür gibt es zahlreiche Gründe – wissenschaftliche, pragmatische, politische, mentale. Zwar sollte sich die Geschichtswissenschaft von solchen Motiven nicht vom Vergleich abhalten lassen, doch fällt es oft auch Historikern schwer, gegenüber gesellschaftlichen Ansprüchen oder Vorurteilen ihre Autonomie zu bewahren. Dabei sind Abneigungen gegen bestimmte Fragestellungen häufig irrational motiviert: So sperrt sich ein nicht unerheblicher Teil der Öffentlichkeit vor allem gegen eine komparatistische Interpretation der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Massenverbrechen. Das Grundmuster dieser Verweigerung ist seit Jahrzehnten unverändert: Vergleichen heiße gleichsetzen, gleichsetzen heiße relativieren, relativieren heiße entschuldigen, eine solche Geschichtsschreibung sei apologetisch und „entsorge“ die deutsche Geschichte von der nationalsozialistischen Diktatur.

Solche schlichten Denkmodelle begegnen zuweilen sogar in der Wissenschaft. Da hilft auch kein Hinweis auf die ebenso fundamentale wie banale Feststellung, daß vergleichen nicht gleichsetzen, nicht entschuldigen und schon gar nicht verteidigen bedeutet. Tatsächlich geht jeder sinnvolle Vergleich gerade davon aus, daß die fraglichen Phänomene nicht identisch sind, daß die Bezeichnung der Ähnlichkeiten ebenso wesentlich ist wie die Analyse der Unterschiede. Überhaupt ist die Annahme, ein Zeithistoriker könne eine für die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts entscheidende Epoche aus ihr eskamotieren – „entsorgen“! – wollen, ausgesprochen albern: Ein Historiker, der dies wollte, müßte konsequenterweise seinen Beruf aufgeben. Doch nach aller Erfahrung ist es aussichtslos, Irrationalismen mit rationalen Argumenten entkräften zu wollen.

Schon die Verwendung von Begriffen impliziert den Vergleich: Dies gilt insbesondere für das Schlüsselpaar der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Demokratie und Diktatur, Rechtsstaat und Unrechtsstaat. Diese Begriffe treffen auf keinerlei Scheu, wenn beispielsweise von „europäischen Demokratien der Zwischenkriegszeit“

■ VfZ 1/2003 © Oldenbourg 2003

die Rede ist. Aber gerade diejenigen, die den westlichen „Normalweg“ gegen einen tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen „Sonderweg“ setzen, vergleichen ganz offensichtlich: Wo es „Sonderwege“ gibt, muß es „Normalwege“ geben, sie zu erkennen, ist nur durch Vergleich möglich. Ganz offenbar werden hier auch differierende Phänomene mit dem Begriff Demokratie belegt, weil es gemeinsame Charakteristika gibt, deren Bündelung mit diesem Terminus gefaßt wird. Und ebenso selbstverständlich werden zusätzliche – ebenfalls begriffliche – Kriterien eingeführt, um ein historisches Phänomen zu bezeichnen, beispielsweise „parlamentarische“ Demokratie. Trotz ihrer Strukturähnlichkeit käme aber niemand auf die Idee, die schweizerische, britische, französische Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg mit der Weimarer Republik gleichzusetzen. Und trotz der Identität des Begriffs würde kein Historiker die attische Demokratie mit ihren modernen Spielarten im 19. und 20. Jahrhundert identifizieren, obwohl Begriff und Phänomen im antiken Athen ihren Ursprung haben. In jedem Fall spielt für die historische Einordnung, also auch für den Vergleich, die Epochendifferenz eine entscheidende Rolle.

Was für den Begriff Demokratie gilt, gilt analog für den Begriff Diktatur: Auch ihre vergangenen und zeitgenössischen Formen werden durch zusätzliche Kriterien spezifiziert, zum Beispiel Militärdiktatur, Parteidiktatur, totalitäre Diktatur. Wie bei all diesen Begriffen geht es zunächst um strukturelle, durch formale Kriterien zu fassende Ähnlichkeiten, die trotz inhaltlicher Unterschiede, beispielsweise der Ideologie, und epochaler oder nationaler Differenzen bestehen können. Wie groß diese auch immer sein mögen, ohne übergreifende Begriffe gibt es kein Begreifen der Geschichte, sie bliebe eine unüberschaubare Ansammlung von Details. Es ist deshalb kein Zufall, daß andere Disziplinen, beispielsweise die Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft, dabei keine so großen Hemmungen haben wie die Geschichtswissenschaft, weil sie mit normativen Modellen und deduktiven Methoden arbeiten, es in ihnen also eher auf die generalisierende als die individualisierende Erfassung von Phänomenen ankommt.

Die Diskussion, wie weit typologische oder historische, epochenspezifisch individualisierende Methoden angemessen sind, besitzt ebenfalls Tradition; von Otto Hintze bis zu Theodor Schieder ist sie immer wieder geführt worden, ohne spezifische Auswirkungen auf die Zeitgeschichtsforschung zu erlangen. Bezeichnend ist etwa, daß Protagonisten einer komparativen Geschichtsforschung wie Otto Hintze sich auf eine vergleichende Verfassungsgeschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit oder wie Max Weber auf eine vergleichende, historisch orientierte Herrschaftssoziologie oder auf den Vergleich von Formen des Wirtschaftens konzentrierten. Die Sozial-, Wirtschafts- und Herrschaftsstrukturen des mittelalterlichen Feudalsystems zu erfassen, ist ebenso ein klassisches Thema der internationalen historischen Komparatistik wie die Untersuchung des Absolutismus in Europa: In ihm korrespondierten Herrschaft, Gesellschaft und Kultur. In vielen europäischen Staaten entwickelten sich trotz aller spezifischen Formen doch analoge, also vergleichbare Strukturen, die es erlauben, auf in vielerlei Hinsicht unterschiedliche historische Gebilde doch den Begriff des Absolutismus anzuwenden, der indes kein originärer Quellenbegriff, sondern ein aus den Quellen deduzierter historiographischer Begriff ist. Die Herrschaftsordnung wird von einer identischen ideellen Grundlage abgeleitet, die sich dann aber durchaus in verschiedenen Formen realisierte. Eine entscheidende Komponente aller Komparatistik

liegt im übrigen darin, daß sie auch die grenzüberschreitenden politischen Wechselwirkungen in den Blick nimmt, Kulturtransfer etwa oder transnationale Prozesse, wie man heute sagt: Wenn die deutschen Fürsten im späten 17. und im 18. Jahrhundert Versailles als Form der Herrschaftsrepräsentation nachahmten, wenn sich die nach Ausdehnung ihrer Herrschaft auf Kosten ständischer Mitbestimmung strebenden Könige überall in Europa auf die ideelle Begründung des Absolutismus durch Jean Bodin beriefen, dann konstituierte auch diese Art der Herrschaftslegitimation vergleichbare Phänomene, konstituierte auch sie europäische Geschichte. Warum also gilt es heute in Deutschland (und vor allem hier) häufig als Sakrileg, die epochenspezifische Bezüglichkeit der totalitären Ideologien von Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus zu thematisieren? Die Epochenspezifität resultiert nicht aus der Unveränderlichkeit zeitgenössischer Phänomene, sondern aus ihrer Dialektik.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch daran, daß die Forschung zum Absolutismus ursprünglich mit einer Rekonstruktion der Herrschaftslehre begann; das war ein wesentlicher Schritt, der sich aber rasch als einseitig ideengeschichtlich orientiert erwies: Aus dem Vergleich der absolutistischen Doktrin mit der Realität einer durch Herrschaft und Landschaft charakterisierten Mischverfassung ergab sich dann ein angemesseneres historisches Bild. Später stand die Dialektik von Herrschaftsstruktur und Sozialstruktur im Mittelpunkt, heute sind es Repräsentationsformen absoluter Herrschaft und die sich aus ihnen entwickelnden Formen sozialer Mentalität oder des Kunststils. Solche thematischen und methodischen Wandlungen, die ihrerseits generations- und zeitspezifisch bedingt sind, resultieren aus wissenschaftlicher Neugier und fachimmanenten Innovationsprozessen, die zugleich den Wandel des Zeitgeistes und seine Wirkung auf wissenschaftliche Fragestellungen zeigen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Zeitgeschichte, doch verbinden sich hier Wandlungen der Forschung immer wieder mit aufgeregten Reaktionen. Der Vorwurf, dies oder jenes sei bisher verdrängt worden, ist wohlfeil und zeugt zugleich von wissenschaftsgeschichtlicher Ahnungslosigkeit: Stärker als jede andere historische Disziplin hat es die Zeitgeschichte nicht allein mit Fachleuten, sondern mit Quacksalbern zu tun: Ihre Öffentlichkeitswirksamkeit läßt bedauerlicherweise auch die Fachwissenschaft nicht unbeeindruckt. Die Zeitgeschichte sollte sich aber am Beispiel der Erforschung früherer Epochen orientieren, die beweist, wie unverzichtbar komparatistische Verfahren sind; die problemorientierte Verwendung vergleichender Termini besitzt aufschließende Kraft und bildet keineswegs ein Korsett, das die Entwicklung der Forschung behindern würde.

Ein Fülle weiterer Themen historischer Komparatistik außerhalb der Zeitgeschichte ließe sich nennen, die diese Einschätzung belegt, sei es nun die auf Altertum, Mittelalter und Frühe Neuzeit konzentrierte vergleichende Städteforschung oder die Nationalismus- und die Revolutionsforschung, die stärker das spätere 18. und 19. als das 20. Jahrhundert betreffen: Es ist auffällig, daß beispielsweise die Revolutionsforschung kaum das Interesse der Zeithistoriker geweckt hat, obwohl gerade dieses Säkulum ein Jahrhundert der Revolutionen war. Auch hier fehlt es im übrigen oft an der genauen Bestimmung der verwendeten Begrifflichkeit, denn tatsächlich bezeichnet „Revolution“ keinen zu „höheren“ historischen Formationen führenden ethischen Wertbegriff – wie in marxistischer Tradition immer wieder unterstellt wurde –, sondern eine formale, also wertfreie historisch-soziologische Kategorie: Es gibt eben in der Weltge-

32 Aufsätze

schichte nicht bloß linke, „fortschrittliche“ Revolutionen, sondern auch faschistische oder die nationalsozialistische von 1933¹.

Für die angemessene Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts, gerade auch der Zwischenkriegszeit, ist der Begriff Revolution unentbehrlich, worauf noch einzugehen ist. Und ähnliches gilt für die komparative Migrationsforschung, die ebenfalls ein Charakteristikum unserer Zeit analysiert und die erst im letzten Jahrzehnt Fortschritte gemacht hat². Woher also diese Zurückhaltung? Die Scheu vor dem Vergleich hat in der Regel politische Gründe, in bezug auf den Revolutionsbegriff zählt vor allem die Nachwirkung der Werteskala der „1968er“ in Wissenschaft und öffentlicher Meinung dazu, in bezug auf die Migration unter anderem der zeitweilige Unwille, sich mit den massenhaften Vertreibungen und Fluchtwellen, beginnend mit derjenigen, die der russischen Oktoberrevolution folgte, aber auch der Vertreibung der Deutschen nach 1945, zu befassen, die zwar durch die vorherige nationalsozialistische Besatzungsherrschaft in Ost- bzw. Ostmitteleuropa zu erklären, aber deswegen noch nicht zu entschuldigen ist.

Die Geschichte der Zwischenkriegszeit als europäische Geschichte

Historiker von Rang haben nach 1945 Werke zur Geschichte Europas im 20. Jahrhundert vorgelegt, für die exemplarisch Hans Herzfeld, Jean Rudolf von Salis, Maurice Baumont, Herbert Albert Laurens Fisher, George Lichtheim, R. A. C. Parker, Karl Dietrich Bracher, Gordon Craig, Hermann Graml, Theodor Schieder, Eric Hobsbawm, Mark Mazower und Dan Diner stehen. All diesen Werken ist gemeinsam, daß die integrierende Darstellung der europäischen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg auf einer Periodisierung beruht: Sie definiert und deduziert die Signaturen der Epoche, mit deren Hilfe überhaupt erst eine „europäische“ (oder gar Welt-) Geschichte geschrieben werden kann. Ohne Zweifel brachte die mit den Montanverträgen seit Beginn der 1950er Jahre beginnende und in den Römischen Verträgen von 1957 auf einen ersten Höhepunkt gelangende westeuropäische Integration einen doppelten Anstoß, auch für die Geschichtswissenschaft: Zum einen stellt Europa seitdem mehr als einen geographischen Begriff dar, es wurde als abendländisch-westlich geprägte Wertegemeinschaft definiert, die normgebend wirkt und insofern einen integrativen historischen Vergleich erfordert; zum anderen wirkte die auf einem gemeinsamen Europabewußtsein basierende Fragestellung nicht allein identifizierend, sondern auch abgrenzend, unterscheidend, ja innerhalb des geographischen Europa sogar ausgrenzend: Die Wertorientierung der freien, humanen, menschen- und bürgerrechtlich fundierten Demokratie herrschte nur in einem Teil Europas, der andere war durch kommunistische Diktaturen charakterisiert: Hierin lag ein Erbe des Kampfes zwischen

¹ Vgl. Horst Möller, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution?, in: VfZ 31 (1983), S. 25–51; in bezug auf den Faschismus vgl. Leo Valiani, Il fascismo: controrivoluzioni e rivoluzioni, in: Karl Dietrich Bracher/Leo Valiani (Hrsg.), Fascismo e nazional-socialismo, Bologna 1986, S. 11–30.

² Vgl. etwa stellvertretend Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000.

liberalen Demokratien und totalitären Diktaturen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Zwar gab es mit Salazars Portugal (bis 1970) und Francos Spanien (bis 1975) auch in Westeuropa noch jahrzehntelang autoritär-diktatorische „Überreste“ aus der Zwischenkriegszeit – doch änderte dies nichts am politischen Wertbegriff Westeuropa und ließ im Falle Portugals wegen seiner strategischen Bedeutung sogar eine NATO-Mitgliedschaft zu. Gegen die Begrenzung der europäischen Idee auf den Westen standen aber auch schon damals, dem weltrevolutionären, also zukunftsorientierten Anspruch des Kommunismus entgegengesetzt, ebenfalls die Gegenwart transzendierende Postulate: Sie wurzelten in der christlich-abendländischen Tradition wie bei Konrad Adenauer, die sich in europäischer Politik bei Charles de Gaulle zur Vision eines Europa vom Atlantik bis zum Ural konkretisierte. Daneben bestanden aber nationale Spezifika, beispielsweise im fortdauernden, wenngleich zeitweise eingeschlaferten, deutschen Anspruch auf künftige Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Das bedeutete: Das westliche Modell sollte auch im Osten herrschen. Eine solche Lösung war in geographischer Beschränkung allein auf die DDR ausgeschlossen, insofern erforderte sie eine Aufhebung des politischen Ost-West-Gegensatzes.

Die Periodisierung der Zeitgeschichte und zugleich ihre klassifizierende Wertorientierung erlauben also die integrierende Geschichtsschreibung über Europa in der Zwischenkriegszeit; Mediävistik und Frühneuzeitforschung hatten in dieser Hinsicht keinen Nachholbedarf, waren sie doch immer schon europäischer orientiert. Deutlich wird der in der Zeitgeschichte neue Zugang beispielsweise in Hans Herzfelds Werk „Die moderne Welt 1789–1945“: „Staaten- und Völkerwelt der Zwischenkriegszeit haben die tiefe Krise, in die sie die Erschütterung des ersten Weltkrieges gestürzt hatte, von 1919 bis 1939 nie recht zu überwinden vermocht. [...] Die Epoche war zur Krisenstunde der modernen Demokratie im Augenblick ihres scheinbaren Endsieges geworden.“ Und Herzfeld leitet daraus Programm und Warnung ab: Es hänge mit der nach 1918 fortbestehenden „bedenklichen Tendenz zu nationaler Isolierung eng zusammen, daß im ganzen zwischen 1919 und 1939 aus den Lehren des ersten Weltkrieges so wenig gelernt worden ist. Dem Versuch, die Betrachtung der Zwischenkriegszeit von einer erneuten national beengten Fragestellung fernzuhalten, ist daher unerläßlich geboten, den Ausgangspunkt von der Krisis der modernen Welt als Gesamterscheinung zu nehmen.“³

Die Geschichte der Zwischenkriegszeit kann folglich nur als europäische Geschichte geschrieben werden. Dies schließt „Nationalgeschichten“ nicht aus, fordert aber ihre Einbettung in den europäischen Kontext, wie stark dieser im einzelnen auch betont wird. Wenn man etwa die Weimarer Republik unter dem Rubrum „Krisenjahre der klassischen Moderne“ erfaßt⁴, dann ist offensichtlich nicht bloß die „deutsche“ Moderne gemeint. Das wird deutlich, wenn das vergleichende Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte über Stabilität und Instabilität der europäischen Demokra-

³ Hans Herzfeld, Die Moderne Welt 1789–1945, Bd. 2, Braunschweig 1970, S. 217.

⁴ Vgl. Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987.

tien zwischen den Kriegen am Beispiel Deutschlands und Frankreichs unter die Leitfrage „Krisenzeit der Klassischen Moderne“ oder deutscher „Sonderweg“ gestellt wird⁵.

Die Zwischenkriegszeit ist auch deshalb nur europäisch zu definieren, weil die Nationalgeschichten zum Teil andere Einteilungen nahelegen: Kann im Hinblick auf das politische System für Frankreich und Großbritannien von einer Einheit gesprochen werden, so nicht für Italien und Deutschland, wo die tief einschneidenden Zäsuren von 1922 und 1933 eine andere Periodisierung erzwingen; ähnliche Einschränkungen sind für Spanien und Portugal zu machen. Andererseits bildete das Jahr 1918 zwar für all diese Länder einen tiefen Einschnitt, nicht aber im Hinblick auf das politische System: Nur in Deutschland fielen 1918 Kriegsende, Revolution, Wechsel der Staatsform und der Verfassungsordnung zusammen. Für Rußland galt dies nur annäherungsweise, weder fiel die Revolution mit dem Kriegsende zusammen, noch aufgrund des Vertrags von Brest-Litowsk vom Frühjahr 1918 das Kriegsende mit demjenigen der anderen europäischen Länder. Trotzdem gilt mit guten Gründen seit Hans Rothfels das Jahr 1917 wegen des Epochencharakters der russischen Oktoberrevolution sowie des Kriegeintritts der Vereinigten Staaten von Amerika als Konstituens der Zeitgeschichte⁶. Auch diese Definition verbindet den chronologischen mit dem systematischen Aspekt.

Für andere Staaten, die nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen haben, beispielsweise die Schweiz und die Niederlande, ist die Markierung der Epoche durch Kriegsende 1918 und Kriegsbeginn 1939 allerdings nur durch indirekte Wirkungen dieser Ereignisse zu begründen. In diesen und vergleichbaren Fällen besaß der europäische, der Weltkrieg, durchaus Konsequenzen für die eigene Lage, beispielsweise ökonomische. Die Periodisierung der Zwischenkriegszeit bündelt also eine Reihe von Faktoren, die für alle Länder mehr oder weniger stark Zäsurcharakter besaßen, im nationalen Einzelfall aber nicht zwingend eine solche Periodisierung begründen müssen. Hinzu kommt, daß die meisten europäischen Staaten an beiden Kriegen beteiligt waren, in erster Linie alle Großmächte: Die europäische Staatenordnung war also entscheidend betroffen, sie ist aber nicht aus einzelstaatlicher, sondern nur aus europäischer Perspektive zu erfassen. Wenn man von dem unschwer zu erhärtenden Befund ausgeht, daß die Instabilität der europäischen Ordnung zwischen den Kriegen und die Instabilität der großen Demokratien in einem dialektischen Verhältnis standen⁷, dann wird die vergleichende Perspektive unabweisbar.

Allerdings gilt es auch, die zeitgenössische Perspektive zu bedenken. So antwortete René Rémond auf die Frage „Gab es eine Zwischenkriegszeit?“, „Das Ende des Ersten und den Beginn des Zweiten Weltkriegs in der Weise miteinander zu verknüpfen, wie es der fragliche Begriff tut, bedeutet, daß dem Erleben der Zeitgenossen die Sichtweise der späteren Generationen übergestülpt wird – diese Periode konnte logischer-

⁵ So Andreas Wirsching, Krisenzeit der „klassischen Moderne“ oder deutscher „Sonderweg“? Überlegungen zum Projekt Faktoren der Stabilität und Instabilität in der Demokratie der Zwischenkriegszeit: Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 365–381.

⁶ Vgl. Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1–8.

⁷ Vgl. Horst Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998.

weise erst seit 1939 als Zwischenkriegszeit angesehen werden. Deshalb mißdeutet man mit diesem Begriff die Denkweise der französischen Bevölkerung im Jahr 1918 und in den Folgejahren: Sie betrachteten den soeben beendeten Völkermord als den letzten aller Kriege [...].⁸ Auch der in Frankreich übliche Begriff „la Grande Guerre“ weist schon auf die damals gängige Vorstellung von der Einmaligkeit des Weltkrieges – tatsächlich kann erst nach Ende einer Epoche (und oft sehr viel später) ein historisches Ereignis angemessen eingeordnet werden, weil man seine Konsequenzen erst dann überblicken kann. Insofern handelt es sich beim Begriff Zwischenkriegszeit wie beim Absolutismus um einen historiographischen und keinen Quellenbegriff.

Doch ist auch daran zu erinnern, daß viele Zeitgenossen die Krisenhaftigkeit der Epoche sehr klar erkannt haben. Nicht nur ein Buch wie Francesco Nittis Werk „Das friedlose Europa“ von 1921 zeigt das, sondern etwa auch Churchills Einschätzung von der Unvermeidbarkeit des Krieges. Das Bewußtsein, daß die „Nachkriegszeit [...] ebenso sehr eine Vorkriegszeit“ war⁹, war weit verbreitet: Der historiographische Kunstbegriff korrespondiert also dem zeitgenössischen Epochengefühl, die nachträgliche historiographische Analyse erhärtet diese Einschätzung.

Genese und Bedeutung des Totalitarismus-Modells

Die Krise des 20. Jahrhunderts und der unaufhebbare Gegensatz von Demokratie und Diktatur wirkten, wenngleich in veränderter Form, über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus weiter: nun nicht mehr als Antagonismus liberaler Demokratien gegen mehrere totalitäre Ideologien – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus –, sondern nur noch gegen eine, den Kommunismus. Die Gegensätze belebten die vergleichende Forschung mit Hilfe des Totalitarismus-Modells: Am Beginn zeitgeschichtlicher Komparatistik stand also die Diktaturforschung, die von der beherrschenden Erfahrung der Zwischenkriegszeit ausging und sich schon in den 1930er Jahren entwickelte. Dies zeigt: Bevor eine empirisch fundierte Historiographie überhaupt einsetzen konnte, führte die aus der konkreten politischen Anschauung schöpfende Politikwissenschaft ein komparatistisch orientiertes Modell ein, das man besser nicht als „Theorie“ bezeichnen sollte, weil es lediglich aus der Addition phänomenologisch deduzierter Kriterien besteht, die totalitären Diktaturen eignen. Diese Typologie, die Carl J. Friedrich, Zbigniew Brzezinski, Hans Kohn und andere entwickelten, nennt formale Kriterien der Herrschaftsstruktur – und nur diese: Die Existenz dieser Kriterien reicht aus, um von einer totalitären Diktatur sprechen zu können, was immer sonst die Unterschiede sein mögen. Diese Kriterien (Ziel totaler Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und ihr untergeordnete Massenorganisationen; Nachrichtenmonopol; rechtlicher oder faktischer Einparteiensstaat mit Entscheidungs- und (politischem) Elitemonopol; Geheimpolizei mit Einsatz terroristischer Machttechniken; allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschaftsideologie) sind unschwer durch weitere zu ergänzen, beispielsweise den Personenkult, der sich bei Lenin und Stalin ebenso findet wie bei Mussolini und Hitler oder bei Mao und Fidel

⁸ René Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: 1918–1958, Stuttgart 1994, S. 47 f.

⁹ Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, S. XI.

Castro, oder ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken – wie es Carl Schmitt formuliert hat – gleich, ob der Feind eine „Klasse“ oder eine „Rasse“ ist. Minderheiten werden ausgegrenzt, terrorisiert oder ermordet – die Entscheidung darüber ist nicht moralischer, sondern ideologischer oder instrumenteller Art. Politische, auch rechtspolitische Entscheidungen sind prinzipiell von unbegrenzter Reichweite und unterliegen keinerlei Überprüfung durch die Betroffenen oder andere Instanzen; schließlich verbindet sich Gewalt mit Verführung.

All diese Kriterien lassen die Inhalte offen, sind doch Begriffe wie Diktatur, Totalitarismus oder Revolution herrschaftssoziologische Begriffe, die formale Kriterien bezeichnen; allein schon deshalb trifft der Einwand nicht, man könne Kommunismus und Nationalsozialismus nicht vergleichen, weil die Ideologien gegensätzlich seien: Ein inhaltlicher oder wertender Vergleich der Ideologien ist gar nicht der Gegenstand des Totalitarismus-Modells, in ihm geht es lediglich um die funktionale Bedeutung von Ideologien im Herrschaftssystem. Der formale Charakter aber sagt auch: All diese Kriterien sind nicht zwangsläufig epochenspezifisch. Obwohl das Modell aus der Zwischenkriegszeit stammt, ist es nicht auf sie beschränkt, weswegen die Anwendung auf kommunistische Diktaturen nach 1945 weiterhin möglich war. Hierin liegt allerdings ein gravierendes Problem: Das klassische Totalitarismus-Modell erfaßt weder die Epochenspezifität, noch den dynamischen, also historischen Charakter von Diktaturen in ihrer zeitlichen Entwicklungsperspektive. Auch in diesem Fall geht es um eine formale Charakterisierung, Entwicklung meint also nur Veränderung, nicht zwangsläufig Höherentwicklung. Um dieses dynamische Moment einzufangen, hat Andreas Wirsching den Begriff „totalitäre Bewegung“ eingeführt, der zudem den Vorteil hat, den zeitgenössischen Kontext in den 1920er und 1930er Jahren einzuschließen¹⁰.

Wie in der Forschungsgeschichte zum Absolutismus erfolgte auch in der Interpretation des Totalitarismus ein bezeichnender Wandel, wenngleich beide historischen Phänomene keinerlei Ähnlichkeit aufweisen, wie in Verkennung moderner Diktaturen zeitweise behauptet worden ist. Auch beim Totalitarismus zeigte nämlich die vertiefte Analyse, daß Doktrin und Realität zwei Paar Schuhe sind: Zwar streben alle totalitären Ideologien die völlige Gleichschaltung der Gesellschaft an, sie erreichen sie jedoch nicht. Wenn generell gilt, daß jede Herrschaftsideologie zu ihrer Umsetzung in praktische Politik Zeit benötigt und deshalb die Dauer der Diktatur für den Realisierungsgrad der Ideologie eine wesentliche Rolle spielt, so existieren für dieses Maß doch noch weitere Gründe, beispielsweise die Radikalität einer Ideologie oder ihr revolutionärer Charakter. Zwar reichte die zwölfjährige Herrschaft der nationalsozialistischen Diktatur nicht aus, eine völlige ideologische Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft zu bewirken; da die Ideologie indessen von extremer Radikalität war, aufgrund ihres revolutionären Charakters eine Beschleunigung historischer Prozesse bewirkte und der Zweite Weltkrieg den permanenten Ausnahmezustand bedeutete, konnte der Nationalsozialismus seine Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungsstrategie doch in einem unvorstellbaren Ausmaß realisieren. Im Falle der nahezu siebzugjährigen Herrschaft des bolschewistisch geprägten Kommunismus in Rußland bzw. der Sowjet-

¹⁰ Vgl. u.a. Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

union ist die innere Gleichschaltung der Gesellschaft und die Realisierung monokratischer Herrschaft in noch weitaus größerem Maße gelungen: Das Zerstörungspotential war, wenngleich inhaltlich different, ebenfalls nicht geringer. Doch konnten all diese Diktaturen bisher George Orwells schreckliche negative Utopie „1984“ trotz perfektionierter Überwachungs- und Repressionsmethoden nicht erreichen. In jeder dieser Gesellschaften gab es, wenn auch quantitativ sehr begrenzt, Opposition, Widerstand, Resistenz, Nicht-Anpassung, es gab Nischen¹¹. Darüber hinaus war das NS-Regime stärker als die stalinistische Sowjetunion durch eine polykratische Herrschaftsstruktur charakterisiert, zu der eine Vielzahl konkurrierender, sich überlagernder Institutionen, Machtgruppen, persönlicher Konkurrenzen der Machträger gehörten, so daß man auch von einem Führungchaos sprechen kann¹².

Totalitarismus bezeichnet also in dieser Hinsicht Intention und Funktion für die diktaatorische Herrschaft, nicht aber zwingend die Realität. Umstritten ist weniger diese Einschätzung als die Antwort auf die Frage, wie weit der Aufbau der Diktatur einem Plan folgte (Karl Dietrich Bracher) oder ob die polykratische Struktur auf der Unfähigkeit des Diktators beruhte, klare Führungsstrukturen zu schaffen, und deshalb zwangsläufig einen „improvisatorischen“ Charakter trug: Diese differierende Sicht hat Konsequenzen für die Analyse einzelner Aspekte und Sektoren der Diktatur, beispielsweise für die Interpretation der Entscheidungsbildung zur Ermordung der europäischen Juden, aber auch für die Deutung des Reichstagsbrands vom 27. Februar 1933 oder des Widerstands gegen Hitler.

Der zeitgenössische Erfahrungshorizont des Totalitarismusmodells wird deutlich, wenn man die Reflexion über totalitäre Bewegungen in den 1920er und 1930er Jahren in den Blick nimmt: Ganz offenbar wurden die ideologisch aufgeladenen Diktaturen als ein neuartiges Phänomen betrachtet, die sich als Herrschaftstypus sowohl von den Diktaturen der Antike, modernen Militärdiktaturen als auch von den cäsaristischen Herrschaftsformen unterschieden¹³. Die Herkunft aus der politisch reflektierten Erfahrung moderner Diktaturen in den 1920er und 1930er Jahren belegt: Das Totalitarismus-Modell war keineswegs ein Produkt des Kalten Krieges, wie

¹¹ Vgl. zum NS-Regime wegweisend: Bayern in der NS-Zeit, hrsg. von Martin Broszat u. a., 6 Bde., München 1977 ff., zur DDR: Hans-Joachim Veen u. a. (Hrsg.), Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Lexikon, München 2000.

¹² Vgl. zur polykratischen Struktur stellvertretend Karl Dietrich Bracher, Stufen totalitärer Gleichschaltung. Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: VfZ 4 (1956), S. 30–42; Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969; Hans Mommsen, Nationalsozialismus, in: Klaus D. Kernig (Hrsg.), Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. IV: Lenin bis Periodisierung, Freiburg u. a. 1971, S. 695–713; ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek b. Hamburg 1991; Dieter Rebenitsch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989. Einen Höhepunkt der Debatte bildeten seinerzeit die von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker publizierten Beiträge eines Kolloquiums des DHI London: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.

¹³ Vgl. Hans Maier (Hrsg.), „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn u. a. 1996; ders., Deutungen totalitärer Herrschaft 1919–1989, in: VfZ 50 (2002), S. 349–366.

es im Gefolge neomarxistischer Strömungen seit den 1960er Jahren behauptet wurde. Der Totalitarismusbegriff entstand bereits während der 1920er Jahre in Italien unter dem Eindruck der faschistischen Diktatur¹⁴. In Deutschland argumentierte als einer der ersten Friedrich Meinecke in ideologievergleichender Perspektive. In seinem Aufsatz „Nationalsozialismus und Bürgertum“¹⁵ sprach er von einer gemeinsamen soziologischen Ursache für den Aufstieg von Kommunismus und Nationalsozialismus. Aber auch außerhalb Deutschlands fanden sich in den 1930er Jahren entsprechende Interpretationen, in Frankreich in dem Essay von Elie Halévy „L'ère des tyrannies. Etudes sur le socialisme et la guerre“¹⁶, in den USA in dem grundlegenden, von Guy Stanton Ford herausgegebenen Sammelband „Dictatorship in the Modern World“¹⁷. 1939 folgte in den USA schließlich das wegweisende Symposium „The Totalitarian State“.

Hannah Arendts berühmtes Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von 1951 erschien zwar tatsächlich zur Zeit des Kalten Krieges¹⁸, hat aber zu diesem zeitgenössischen Hintergrund schon aufgrund seiner Fragestellung, die weit ins 19. Jahrhundert zurückgreifend unter anderem die Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus untersucht, keinen unmittelbaren Bezug. Neben den Analogien totalitärer Strukturen betont Arendt durchaus inhaltliche Unterschiede, so etwa wenn sie den Rassenmord des Nationalsozialismus dem Klassenmord des Kommunismus entgegensetzt¹⁹. Die Korrespondenz zum Kalten Krieg entstand erst ein bis zwei Jahrzehnte nach der Entwicklung des Modells einer totalitären Herrschaftstypologie und ergab sich in Deutschland aus dem antitotalitären Grundkonsens, aus dem die westdeutsche Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg entstand. Und folglich lag in der nach dem Zusammenbruch der DDR erneut aktualisierten doppelten Diktaturerfahrung der Deutschen einer der Gründe für die Revitalisierung der Totalitarismus-Debatte nach 1989. Die politischen Umstände nach 1945 betreffen also die Wirkung des Totalitarismus-Modells, nicht aber seine historische Adäquanz oder seine Entstehung.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der von ihr gestützten kommunistischen Diktaturen, also nach dem Ende des Kalten Krieges, lebte der Diktaturvergleich auch außerhalb Deutschlands wieder auf, und auch dort gewann das Totalitarismusmodell, trotz mancher Einwände, zumindest als heuristisches Modell historischer

¹⁴ Vgl. Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, 2., erw. Aufl., Bonn 1999, S. 95–117.

¹⁵ Vgl. Nationalsozialismus und Bürgertum, in: Friedrich Meinecke, Werke. Politische Schriften und Reden, Bd. II, hrsg. und eingeleitet von Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 441–445.

¹⁶ Vgl. Elie Halévy, L'ère des tyrannies. Etudes sur le socialisme et la guerre, Paris 1936.

¹⁷ Vgl. Guy Stanton Ford (Hrsg.), Dictatorship in the Modern World, Minneapolis 1935.

¹⁸ Vgl. Hannah Arendt, The origins of totalitarianism, New York 1951. Die deutsche Fassung erschien 1955.

¹⁹ Vgl. im übrigen zur Entwicklung des Totalitarismusmodells die Publikation klassischer Beiträge in: Wege der Totalitarismus-Forschung, hrsg. von Bruno Seidel und Siegfried Jenkner, Darmstadt 1968. Der erwähnte Sammelband von Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, enthält die neueren bzw. neuesten grundlegenden Beiträge, darunter etwa Klaus Hildebrand, Stufen der Totalitarismus-Forschung, S. 70–94.

Komparatistik seinen Platz zurück²⁰. Das gilt selbst in Ländern wie Frankreich, in denen das Totalitarismus-Paradigma jahrzehntelang für die Forschung keine nennenswerte Bedeutung besaß²¹. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die klarsichtige Darstellung von François Furet „Le passé d'une illusion“²². Von einer zeitlich und sachlich begrenzten Reichweite des Vergleichs geht beispielsweise Ian Kershaw aus²³. So oder so zeigt allein die Zahl der neueren und neuesten Debattenbeiträge die Aktualität dieses Paradigmas und die Herausforderung, die es selbst für jene darstellt, die ihm prinzipiell skeptisch gegenüberstehen.

In den ostmitteleuropäischen Ländern mit kommunistischer Diktaturerfahrung wird der Begriff „totalitäre Diktatur“ seit 1989 übrigens mit Selbstverständlichkeit gebraucht²⁴. Dafür maßgeblich ist auch, daß dort nun die archivgestützte empirische Erforschung kommunistischer Diktaturen möglich ist und endlich auch die Massenverbrechen kommunistischer Regime untersucht werden können²⁵. Der Vergleich ist hier von größtem Interesse, wenngleich er sich in diesem Fall auf die Zeit nach 1945 bezieht: In welchem Maße gelang es der in sich konzisen marxistischen Gesellschaftstheorie, ihre Prinzipien einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu realisieren – in Ländern wie Polen und der Tschechoslowakei etwa, wo die Kommunisten in der Minderheit waren, sich aber auf die Macht der Sowjetunion stützen konnten. Es geht also um die Dialektik von Herrschaft und Gesellschaft in kommunistischen Diktaturen auf ungünstigem gesellschaftlichem Gelände, aber von langer Dauer. Ein erster Befund ist deutlich: Die jeweiligen spezifischen Traditionen und nationalen Voraussetzungen führten zu unterschiedlichen Gesellschaftsformationen, aber auch zu nahezu identischen Herrschaftsstrukturen, die durchaus dem Totalitarismus-Modell entsprachen, so

²⁰ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IX: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit beiden Diktaturen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1995, darin u. a. die Beiträge von Horst Möller, S. 576–587, und Jürgen Kocka, S. 588–596, sowie die anschließende Podiumsdiskussion S. 597–642. Die neueste Zusammenfassung der Probleme und der Literatur bietet Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2002.

²¹ Eine Ausnahme bildet Pierre Hassner (Hrsg.), *Totalitarismes*, Paris 1984.

²² Vgl. François Furet, *Le passé d'une illusion. Essai sur l'idée communiste au XX^e siècle*, Paris 1995, dt.: *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996. Zu den Unterschieden innerhalb eines Vergleichs siehe die kontroverse Diskussion François Furet/Ernst Nolte, *Fascisme et Communisme*, Paris 1998, sowie die Beiträge in Henry Rousso (Hrsg.), *Stalinisme et nazisme. Histoire et mémoire comparée*, Brüssel 1999; Alain de Benoist, *Communisme et nazisme. Vingt-cinq réflexions sur le totalitarisme au XX^e siècle (1917–1989)*, Paris 1998; Bernard Bruneteau, *Les Totalitarismes*, Paris 1999.

²³ Vgl. Ian Kershaw/Moshe Lewin (Hrsg.), *Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison*, New York 1997.

²⁴ Vgl. zuletzt Stéphane Courtois (Hrsg.), *Du passé faisons table rase! Histoire et mémoire du communisme en Europe*, Paris 2002.

²⁵ Vgl. trotz der unterschiedlichen Qualität der Beiträge Stéphane Courtois (Hrsg.) *Le livre noir du communisme*, Paris 1997; Helmut Altrichter, „Offene Großbaustelle Rußland“. Reflexionen über das „Schwarzbuch des Kommunismus“, in: VfZ 47 (1999), S. 321–361; Horst Möller (Hrsg.), *Der „rote Holocaust“ und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“*, München 1999.

40 Aufsätze

daß auch in Ostmitteleuropa nach 1945 dem Anspruch nach totalitäre Diktaturen bestanden²⁶.

Faschismusforschung als komparatistische Geschichtsschreibung – Grenzen und Möglichkeiten

Aus der Zwischenkriegszeit stammend, trifft dieses erste in der Zeitgeschichte angewandte vergleichende Modell aber tatsächlich nur einen Grundzug der Epoche, und eben nicht allein der Zwischenkriegszeit. Hinzu trat ein weiteres komparatives Instrument, die sog. Faschismus-Theorie, die in Italien in den 1920er Jahren entstanden, dann aber durch die zeitgenössischen marxistischen Faschismus-Theorien bis hin zur Faschismus-Definition der Komintern zum politischen Kampfbegriff geworden ist. Auch dieser Begriff fand in den 1960er und 1970er Jahren erneut Eingang in die politische Debatte und gewann dabei nicht selten vulgarisierte Formen: So formulierte Max Horkheimer den bekannten Satz, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle auch über den Faschismus schweigen. Der Schönheitsfehler an diesem Diktum, daß die kapitalistischsten Gesellschaften dieser Epoche, die amerikanische und die britische, keine nennenswerten faschistischen Bewegungen kannten, war wohl zu empirisch für den Philosophen. Hinzu kam der nach 1945 in der SBZ bzw. der DDR politisch instrumentalisierte plakative Antifaschismus-Begriff, der ebenfalls auf die Zwischenkriegszeit zurückgeht und für diese auch vergleichend erforscht worden ist²⁷.

Entscheidend für eine komparatistische Verwendung des Faschismusbegriffs in der Geschichtswissenschaft war es während der 1960er Jahre zunächst, ihn aus dem Kontext eines politischen Kampfbegriffs zu lösen und epochenspezifisch zu definieren. Dies ist seinerzeit das Verdienst Ernst Noltes gewesen, dessen große Werke bereits im Titel die Zielrichtung zeigen: „Der Faschismus in seiner Epoche“, „Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen“, „Theorien über den Faschismus“²⁸ wurden wegweisend und waren allesamt europäisch angelegt. Doch muß betont werden, daß auch im Ausland der Faschismus schon früh epochenspezifisch und meist vergleichend interpretiert worden ist, so beispielsweise durch den amerikanischen Historiker Eugen Weber in seinem Werk „Varieties of Fascism“, der keine Scheu hatte, die Begriffe Faschismus und Revolution zu konnotieren, oder in einem Sonderband des „Journal of Contemporary History“ über „Internationaler Faschismus 1920-1945“; später kam Stanley G. Payne mit seiner grundlegenden Studie „A History of Fascism 1914-1945“ hinzu²⁹.

²⁶ Das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin hat zu diesem Thema ein vergleichendes Forschungsprojekt konzipiert.

²⁷ Vgl. Jacques Droz, *Histoire de l'antifascisme en Europe, 1923-1939*, Paris 1985.

²⁸ Vgl. Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus*, München 1963; *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968; *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967.

²⁹ Vgl. Eugen Weber, *Varieties of Fascism. Doctrines of Revolution in the Twentieth Century*, New York 1964; Stanley G. Payne, *A History of Fascism 1914-1945*, Madison/Wisc. 1995, dt.: *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, München 2001; Sonderband des *Journal of Contemporary History*, „Internationaler Faschismus 1920-1945“, München 1966. Vgl.

Selbstverständlich existiert auch in Italien eine originäre Faschismus-Forschung, faßbar nicht allein in der großen Mussolini-Biographie von Renzo De Felice, den Arbeiten von Emilio Gentile oder Roberto Vivarelli, sondern in zahlreichen weiteren Werken: Allerdings fehlt in der Regel, wie auch in den meisten Arbeiten zu faschistischen Bewegungen in Frankreich, der europäische Vergleich, der nur vereinzelt in bezug auf Deutschland und Italien durchgeführt wurde, beispielsweise in dem von Wolfgang Schieder herausgegebenen Band „Faschismus als soziale Bewegung“³⁰. Zu den Ausnahmen gehört auch der vergleichende Essay von Philippe Burrin über „Fascisme, nazisme, autoritarisme“, der, anders als der Titel vermuten läßt, auch ein Kapitel über Hitler und Stalin enthält („Certains contemporains refusèrent pourtant de choisir entre la peste et la choléra.“)³¹, über die schon Alan Bullock eine Doppelbiographie geschrieben hatte³².

Die an der klassischen Faschismusforschung geübte Kritik von Karl Dietrich Bracher, der seinerseits große Werke und zahlreiche Essays vorgelegt hat³³, welche die europäische Geschichte unter der doppelten Perspektive des flexibel angewandten Totalitarismus-Modells und des unaufhebbaren Gegensatzes von Demokratie und Diktatur in den Blick nehmen, betont vor allem die Singularität des Nationalsozialismus: Sie ist seines Erachtens auch nicht mit Noltes differenzierender Bezeichnung des Nationalsozialismus als „Radikalfaschismus“ zu fassen. Die Einbeziehung der Action française als Vorform des Faschismus ist ebenfalls bestritten worden. Nolte seinerseits hat sich später zu einem „genetischen“ Totalitarismus-Modell bekannt³⁴, dessen Vorzug darin bestehe, Entstehung und Entwicklung beider Totalitarismen epochenspezifisch aufeinander zu beziehen, was er in seinem heftige Kontroversen auslösenden Werk „Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945“³⁵ in eine weitgespannte Darstellung umgesetzt hat.

Eine Gemeinsamkeit von Faschismustheorie und Totalitarismusmodell besteht darin, daß der liberale Rechtsstaat als Feind sowohl des Kommunismus als auch des Faschismus und des Nationalsozialismus analysiert wird. Von hier aus läßt sich tatsächlich die Geschichte Europas zwischen den Kriegen in den Blick nehmen. Diesem Weg folgt auch das letzte umfassende Werk zum Faschismus, das von Payne, wenn auch

auch Wolfgang Schieder, Faschismus, in: Klaus D. Kernig (Hrsg.) Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. II: Diplomatie bis Identität, Freiburg u. a. 1968, S. 438–477.

³⁰ Vgl. Wolfgang Schieder, Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976. Weitere Literatur in: Möller, Europa zwischen den Weltkriegen; Payne, Geschichte des Faschismus.

³¹ Vgl. Philippe Burrin, Fascisme, nazisme, autoritarisme, Paris 2000, S. 73 ff.

³² Vgl. Alan Bullock, Hitler und Stalin. Parallele Leben, Berlin 1991.

³³ Vgl. Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955, Düsseldorf 1989; Die Krise Europas seit 1917, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt a.M./Berlin 1993; Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 1981; Die totalitäre Erfahrung, München/Zürich 1987; Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976.

³⁴ Vgl. Ernst Nolte, Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie. Ärgernis oder Einsicht?, in: Zeitschrift für Politik 43 (1996), S. 111–122.

³⁵ Vgl. ders., Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Berlin 1987.

nicht so dezidiert wie Nolte, obwohl auch der amerikanische Historiker den Faschismus als europäische Bewegung beschreibt und ebenfalls seinen Antiliberalismus unterstreicht.

Betonten die Kritiker der Subsumierung des Nationalsozialismus unter die Faschismen bisher, der italienische Faschismus habe anders als der Nationalsozialismus keinen Rassismus und Antisemitismus gekannt und deshalb auch keinen ideologischen Vernichtungskrieg geführt, so wird diese bis vor einigen Jahren nahezu allgemein akzeptierte Einschätzung heute von nicht wenigen italienischen Forschern zunehmend in Frage gestellt³⁶. Offenbar existierte auch im italienischen Faschismus sowie in den faschistischen Bewegungen anderer Länder wie Ungarn und Rumänien ein beträchtliches Maß an Rassismus und sogar an rassistischem Antisemitismus; man denke nur an die brutale Kriegführung und Besatzungsherrschaft der italienischen Streitkräfte und Milizen in Abessinien, an den antisemitischen Furor der ungarischen Pfeilkreuzler oder an das Wüten der Rumänen in Bessarabien, der Bukowina und in Transnistrien, dem neueren Forschungen nach hunderttausende Juden zum Opfer fielen. Zwar ist die Forschung noch im Fluß, doch ist schon jetzt eine Revitalisierung der Faschismustheorie erkennbar. Sie bezieht sich nicht zuletzt auf die Ideologisierung und Brutalisierung der Kriegführung, da inzwischen auch Kriegsverbrechen großen Ausmaßes auf dem Balkan erforscht werden, die durch die Armeen der mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbündeten faschistischen Staaten begangen wurden³⁷. Die in den letzten Jahren starke Aufmerksamkeit erlangende Täterforschung wird nach der notwendigen Detailforschung auch vergleichende Fragestellungen provozieren, denn nur so wird es möglich sein, die Bedeutung der Ideologie und situativer Faktoren sowie die Abstumpfung in einem von beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführten Krieg zu gewichten und als ausschlaggebend für die beispiellose Radikalität der Kriegführung und Gegnerbekämpfung zu bestimmen.

Es muß einstweilen noch offen bleiben, ob am Ende nicht doch die derzeitige Einschätzung bekräftigt wird, daß angesichts der Radikalität und Massenhaftigkeit der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes eine Subsumierung unter die faschistischen Regime fragwürdig ist, und ob sich eine historische Analogie nicht doch vor allem zwischen den Diktaturen Stalins und Hitlers finden läßt. Keinem Zweifel unterliegt jedenfalls, daß im letzten Jahrzehnt der Diktaturvergleich insgesamt, aber auch die Debatte über Totalitarismus und Faschismus erneut Aktualität erlangt hat und dies sowohl die Zwischenkriegszeit als auch den Zweiten Weltkrieg und partiell sogar die Nachkriegszeit betrifft.

³⁶ Vgl. vor allem Michele Sarfatti, *Mussolini contro gli ebrei. Cronaca dell'elaborazione delle leggi del 1938*, Turin 1994; ders., *Gli ebrei negli anni del fascismo: vicende, identità, persecuzione*, in: *Storia d'Italia*, hrsg. von Corrado Vivanti, Bd. II: *Dall'emancipazione a oggi*, Turin 1997, S. 1624–1764; Enzo Collotti, *Die Historiker und die Rassengesetze in Italien*, in: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.), *Faschismus und Faschismen im Vergleich*. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 59–77; Katharina Weber, *Die Judenpolitik unter Mussolini*, in: *Zeitgeschichte*, Nr. 1–2, 24 (1997), S. 7.

³⁷ Vgl. vor allem Brunello Mantelli, *Die Italiener auf dem Balkan 1941–1943*, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Europäische Sozialgeschichte*. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 57–74.

Plädoyer für eine historische Demokratieforschung

Die vergleichende Erforschung der Zwischenkriegszeit sollte sich aber stärker als bisher um eine historische Demokratieforschung bemühen. Dafür sind neben der Forderung, die Zwischenkriegszeit als Epoche angemessen zu erfassen, vor allem folgende Gründe maßgeblich:

- die essentielle Feindschaft der wesentlichen totalitären Ideologien – Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus – gegen liberalen Rechtsstaat und Demokratie erfordert ebenso deren Erforschung im europäischen Maßstab wie die der Diktaturen, erst beide zusammen bilden die Signatur der Epoche;
- erst die Krise der liberalen Demokratien hat den zeitweiligen Sieg der Totalitarismen über große Teile Europas ermöglicht; die Totalitarismen entwickelten sich zwar überall gegen die Demokratien, außer in Rußland zugleich aber auf ihrem Boden;
- bis zum Ende des 20. Jahrhunderts setzten sich die liberalen Demokratien in Europa in mehreren Schüben (1945, 1989, 1991) gegen die Totalitarismen endgültig durch. Der Kampf zwischen Diktatur und Demokratie ist erst am Ende des Jahrhunderts entschieden worden. Die historische Demokratieforschung muß also die Gründe dieses Siegeszugs ebenso untersuchen wie Krisen und Gefährdungspotentiale für die Demokratie in der Zwischenkriegszeit;
- für die Entwicklung der einzelnen Staaten, aber auch Europas insgesamt, erwies sich die Frage, ob sich die Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg festigen konnte oder nicht, als schicksalhaft;
- die einzelstaatliche Entwicklung nach 1918 kann nicht allein aus dem historischen Längsschnitt nationaler Trends und Spezifika beurteilt werden, vielmehr müssen die vertikalen europäischen Komponenten in die Analyse einbezogen werden, es muß also der Schnittpunkt beider erfaßt werden;
- auch die deutsche Geschichte – und damit der Fluchtpunkt des Jahres 1933 – ist nicht allein aus ihrer Kontinuität und ihrer Diskontinuität zu erfassen³⁸. Die Konstruktion eines „Sonderweges“ reicht also nicht aus und impliziert im übrigen den Vergleich.

So notwendig die vergleichende europäische Perspektive jedoch ist, so schwierig ist ihre Realisierung³⁹. Selbst für einen relativ kurzen Zeitraum, wie ihn die Jahre 1918 bis 1939 darstellen, sieht sich der vergleichend arbeitende Historiker vor erhebliche Probleme gestellt, zumal wenn er mehrere europäische Staaten in den Blick zu nehmen versucht. Wenngleich nicht die einzelnen Nationalgeschichten, sondern erst – wie gesagt – die europäische Geschichte diese Epocheneinheit konstituiert, müssen doch die Einwände reflektiert werden. Schon der im Institut für Zeitgeschichte durchgeführte bilaterale Vergleich Deutschlands und Frankreichs kann nicht für beide Länder von einer in sich geschlossenen Epoche ausgehen: In Hinblick auf das politische System, die Staatsform, die gesellschaftliche und rechtliche Struktur bedeutete die nationalsozialistische Revolution von 1933/34 eine so massive Zäsur, daß dadurch die

³⁸ Vgl. Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 1986, S. 186–205.

³⁹ Vgl. Horst Möller in: Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München/Wien 1982, S. 9–15.

deutsche Geschichte dieses Zeitraums trotz mancher Kontinuitäten in zwei höchst unterschiedliche Teile zerfällt.

Auf der anderen Seite kannte Frankreich in diesem Zeitraum keine Diktatur, nicht einmal der 1940 konstituierte *Etat Français* des Marschalls Pétain ist mit der Hitler-Diktatur sinnvoll zu vergleichen. Hinzu kommt, daß weder Frankreich, noch Großbritannien, noch Italien – um nur diese Staaten zu nennen – 1918/19 einen revolutionären Wechsel der Staatsform, der Verfassungsordnung, der politischen Eliten erlebten, wie das in Deutschland der Fall gewesen ist. Periodisierung und epochale historische Initialzündungen sind also für die genannten Exempel keineswegs analog. Ein Vergleichsprojekt wie das des Instituts für Zeitgeschichte mußte also in gewisser Weise zeitversetzt arbeiten, also die zwölf- bis vierzehnjährige demokratisch-rechtsstaatliche Phase der deutschen Geschichte mit der zwanzigjährigen der französischen Geschichte vergleichen, was sich in den bereits vorliegenden Werken von Andreas Wirsching, Manfred Kittel und Thomas Raitzel⁴⁰ als außerordentlich fruchtbar erwiesen hat. Dabei sind jedoch immer die Wechselwirkungen in Rechnung zu stellen, die zwischen den benachbarten, trotz aller Aversionen vielfältig miteinander verbundenen Ländern bestanden⁴¹.

In stärkerem Maße als die historische Diktaturforschung sieht sich die historische Demokratieforschung komplexen Strukturen gegenüber, die nicht ohne weiteres durch Typologien zu erfassen sind, weil sie Gesamtsysteme betreffen. Dies wird deutlich, wenn beispielsweise vergleichende politikwissenschaftliche oder juristische Studien herangezogen werden: Diese gehen in der Regel typologisch oder normativ vor; ein solches Verfahren ist auch für die historische Komparatistik durchaus eine heuristische Hilfe, aber eben nur eine Hilfe und nicht der Vergleich selbst. So liefert etwa eine vergleichende Regierungslehre an Hand der Rechtsnormen und Ordnungsprinzipien – beispielsweise Rechtsstaatlichkeit, Demokratieprinzip, Sozialstaatlichkeit – oder der Kompetenzverteilung der obersten Verfassungsorgane eine Funktionsanalyse der Institutionen⁴². Eine vergleichende Darstellung kann sich auch auf einzelne Regierungssysteme, etwa parlamentarische oder präsidentiale, beziehen⁴³, sie kann eine verglei-

⁴⁰ Vgl. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg*; Manfred Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36*, München 2000; Thomas Raitzel, *Reichstag und Chambre des députés in der Krise der Inflationszeit. Eine Studie zum deutschen und französischen Parlamentarismus zwischen den Weltkriegen* (Arbeitstitel), erscheint 2003.

⁴¹ An einem anderen Beispiel zeigt die Wechselwirkung Wolfgang Schieder, *Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik*, in: *HZ* 262 (1996), S. 73–125.

⁴² Vgl. etwa Georg Brunner, *Vergleichende Regierungslehre*, Bd. 1, Paderborn 1979.

⁴³ Vgl. Klaus von Beyme, *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München³1973; Winfried Steffani, *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*, Opladen 1979; historisch ansetzend und mit weitem Blick: Kurt Kluxen, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, Frankfurt a. M. 1983; Gerhard A. Ritter, *Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich*, Tübingen 1962; Werner J. Patzelt, *Vergleichende Parlamentarismusforschung als Schlüssel zum Systemvergleich*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen. Sonderband zum 25jährigen Bestehen. Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente*, hrsg. von Winfried Steffani und Uwe Thyssen, Opladen 1995.

chende Verfassungsgeschichte Europas anvisieren⁴⁴ oder spezieller das Wahlrecht, die Wahlsysteme und die Wahlergebnisse in den Blick nehmen⁴⁵. Und selbstverständlich ist der Vergleich der Sozialstaatlichkeit für die Entwicklung der modernen Gesellschaften und Staaten unerlässlich⁴⁶.

Immer handelt es sich jedoch um einzelne Sektoren oder Phänomene aus einem komplexen Zusammenhang, der erst durch die funktionale Interdependenz der Sektoren, ihre dynamische Hierarchie und ihre wechselnde Dominanz zu erklären ist. So weist beispielsweise die Verfassungsordnung der Weimarer Republik und die der V. Republik in Frankreich seit 1958 erhebliche Ähnlichkeiten auf. Während aber die Mischung präsidialer und parlamentarischer Komponenten die Weimarer Republik erheblich belastete, ist eine ähnliche Konstruktion in Frankreich seit 44 Jahren funktionsstüchtig. Warum? Hätte ein anderes Wahlrecht, nämlich das Mehrheitswahlrecht, wie in Großbritannien, ausgereicht, die Weimarer Republik vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung zu bewahren, wie seinerzeit Ferdinand A. Hermens meinte⁴⁷? Waren es die „historischen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus“, die laut Ernst Fraenkel den Untergang von Weimar verursachten⁴⁸, oder „Versailles und Moskau“, wie der ins Exil gezwungene langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens Otto Braun (und nicht erst Martin Walser) urteilte?

Die Historiographie hat längst gezeigt, daß all diese Komponenten wesentliche Belastungsfaktoren für die Weimarer Republik darstellten, jedoch (gemeinsam mit weiteren) nur in ihrer Wechselwirkung das Scheitern der Demokratie bewirkten. Der sektorale Vergleich zwar ähnlicher, aber aus ihrem jeweiligen Kontext isolierter Strukturmerkmale reicht also keineswegs aus, so wesentlich er ist. Selbst für instruktive Analogien innerhalb mehrerer Verfassungsordnungen, die klar benannt werden können, müssen die funktionale Bedeutung und ihre jeweiligen praktischen Anwendungen kontextualisiert werden. Andernfalls würde beispielsweise ein Vergleich der Notverordnungspraxis in der Weimarer Republik und der *Décrets lois* im Verfassungsrecht der Dritten Französischen Republik im Bereich der Normen stecken bleiben⁴⁹.

⁴⁴ So Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt*, München 2000.

⁴⁵ Vgl. schon Karl Braunias, *Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung gesetzgebender Körperschaften in Europa*, 2 Bde., Berlin 1932; Otto Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte*, Berlin 1980; Otto Büsch/Peter Steinbach (Hrsg.), *Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Eine Anthologie. Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich in West- und Nordeuropa*, Berlin 1983; Dolf Sternberger/Bernhard Vogel (Hrsg.), *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane*, Bd. 1: Europa, 2 Halbbände, Berlin 1969.

⁴⁶ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1989; ders., *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich*, München 1983.

⁴⁷ Vgl. Ferdinand A. Hermens, *Demokratie oder Anarchie? Untersuchung über die Verhältniswahl*, Frankfurt a. M. 1968.

⁴⁸ Vgl. Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, erw. Aufl. Frankfurt a. M. 1991.

⁴⁹ Vgl. Horst Möller, *Lassen sich die deutsche und die französische Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg vergleichen?*, in: Ders./Manfred Kittel (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*, München 2002, S. 1 f.

Soll man sich also resigniert zurücklehnen und von vornherein auf einen Vergleich verzichten? Dies ist aus den genannten Gründen nicht möglich, wenn man ein angemessenes Bild der Zwischenkriegszeit erhalten will, das angesichts zahlreicher gemeinsamer Komponenten der europäischen Nachkriegsgeschichte seit 1918 bereits in Umrissen zu erkennen ist, selbst wenn diese Komponenten nicht allen Staaten gemeinsam oder nur partiell gemeinsam sind. Diese Gemeinsamkeiten und damit die Vergleichbarkeit werden durch eine Reihe fundamentaler Voraussetzungen konstituiert. Dabei spielen allerdings die Größe und die soziale und ökonomische Struktur der Staaten eine wesentliche Rolle. So sind etwa in bezug auf die krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklungen große Industriestaaten wie Großbritannien oder Deutschland mit der Schweiz oder den skandinavischen Staaten, die eine weitaus geringere Bevölkerungszahl besaßen und noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt waren, nur eingeschränkt vergleichbar – ganz abgesehen davon, daß diese Staaten am Ersten Weltkrieg nicht beteiligt waren. Der Kreis der zu vergleichenden Staaten muß also durch bestimmte konstituierende Faktoren genau definiert werden, auch wenn eine solche Einschränkung weitere Vergleichsebenen nicht ausschließt. So können die europäischen Staaten in unterschiedlicher Weise in Vergleichsgruppen gegliedert werden:

- in Großmächte, die am Krieg teilnahmen;
- Staaten, die vor und nach dem Krieg bewährte demokratische Strukturen besaßen, und neue Demokratien;
- Staaten, die wie Rußland oder Deutschland kurz vor bzw. bei Kriegsende eine Revolution erlebten, und Staaten, die stabil blieben;
- 1918/19 neu gegründete und alte Staaten;
- Staaten mit und ohne Nationalitätenproblemen;
- Kriegssieger und Kriegsverlierer;
- Staaten, die den Kern der europäischen Nachkriegsordnung des Versailler Systems bildeten, und solche, die an ihrer Peripherie lagen und zunächst oder gar nicht Mitglieder des Völkerbunds wurden;
- Staaten, die Mitglieder von Militärbündnissen waren, und Bündnisfreie;
- revisionistische Staaten und Anhänger des Status quo der Versailler Ordnung.

Ganz offensichtlich existiert für einzelne Staaten eine Kumulation dieser Merkmale, was den Vergleich erleichtert.

Für die internationale Ordnung, aber auch für die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten, bildeten Kriegsende, Kriegsfolgen und Pariser Vorortverträge konstitutive Elemente. Dies gilt für Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich. Dies besagt zunächst, daß erhebliche materielle Kriegsfolgen zu bewältigen waren: Eine hohe, wenngleich unterschiedliche Zahl von Menschenverlusten, soziale, berufliche und mentale Eingliederungsprobleme der Soldaten mit ihren oft traumatischen Erfahrungen, Versorgungsprobleme der Hinterbliebenen und Kriegsverwehrten, extreme materielle Schäden, hohe Staatsverschuldung infolge der Kriegsfinanzierung auf Kredit, Verlängerung der Kriegsinflation in die Nachkriegsinflation. Wenngleich diese Lasten für die genannten Staaten ein unterschiedliches Ausmaß besaßen, bildeten einige oder alle doch eine wesentliche Hypothek: Die Nachkriegsgesellschaften und die nationalen Volkswirtschaften waren davon nachhaltig und längerfristig geprägt, zugleich aber wurden sie nach dem Krieg, ob sie woll-

ten oder nicht, immer stärker miteinander verflochten und partiell einander auch ähnlicher⁵⁰.

Die (über Europa hinausgehende) internationale Verflechtung zeigte sich nicht allein in der insbesondere Deutschland und Frankreich zwischen 1919 und 1932 zugleich trennenden wie verbindenden Reparationsproblematik, sondern vor allem in den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise seit 1929, die Deutschland und Großbritannien am härtesten, Frankreich weniger stark und etwas später traf; aufgrund des späteren Zeitpunkts und der noch ausgeprägteren agrarischen Gesamtstruktur außerhalb der metropolitanen Ballungsräume wie Paris schwächte sich hier die Wirkung deutlich ab. In jedem Fall konstituierte die Weltwirtschaftskrise aber, wie schon zuvor die Inflation, zusammen mit der sprunghaft, wenngleich wiederum unterschiedlich stark ansteigenden Arbeitslosigkeit, ein gemeineuropäisches Problem, zumindest in den schon durch den Krieg vorgeschädigten großen Industriestaaten.

Diese krisenhaften Zuspitzungen verschärften einen Trend, der schon länger zu beobachten war: Der Wandel des Parlamentarismus von ursprünglich ständischen Vorformen über klassenspezifisch-bürgerliche Zwischenphasen zu massendemokratischen Formen, deren Ausdruck das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist, führte überall zu einer Krise des Parlamentarismus, die durch den säkularen wirtschaftlichen und sozialen Wandel verursacht wurde: So lautete der Befund der Interparlamentarischen Union auf ihrer Genfer Tagung 1924. Eine zentrale Aufgabe des Parlaments war es im Unterschied zum 19. Jahrhundert geworden, „das politische Gleichgewicht wieder herzustellen, das einer umgestalteten Wirtschaftsordnung entspricht“. Die „Integration“ der gesellschaftlichen Antagonismen (Rudolf Smend), die sich in den seit dem 19. Jahrhundert immer heterogener werdenden Parlamenten widerspiegeln, drohte den Parlamentarismus zu überfordern, zumal er weder auf die Bewältigung der Kriegsfolgenlasten, noch auf die zunehmende außenwirtschaftliche Verflechtung Einfluß besaß, wie schon damals Moritz Julius Bonn feststellte. Diese Entwicklung war eine gemeineuropäische, sie glich den Parlamentarismus in den einzelnen Staaten, aber auch die Parteiensysteme einander an. Zugleich wuchsen die Staatsaufgaben, der Staat wurde immer stärker zum Interventionistaat, der gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Probleme entschärfen bzw. lösen sollte, sich dabei aber nur allzu oft einseitig festlegte, beispielsweise in dem er regelrecht zur „Partei“ in Tarifauseinandersetzungen wurde. Auch diese Entwicklung verlief in den einzelnen Staaten unterschiedlich, gelegentlich

⁵⁰ Vgl. Hartmut Kaelble, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987, insbes. S. 99 ff.; Christophe Charle, *La crise des sociétés impériales. Allemagne, France, Grande-Bretagne 1900–1940*, Paris 2001; zu Deutschland und Frankreich in dieser Beziehung Hartmut Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991, S. 139 ff.; Horst Möller/Gérard Raulet/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland*, Sigmaringen 1993; Andreas Wilkens, *Das ausgebliebene Wachstum. Zur demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Frankreich 1918–1939*, in: Möller/Kittel (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich*, S. 11–30. Am Beispiel eines multilateralen französischen Konzerns vgl. Horst Möller unter Mitwirkung von Hildegard Möller, *Saint-Gobain in Deutschland. Von 1853 bis zur Gegenwart. Geschichte eines europäischen Unternehmens*, München 2001.

48 Aufsätze

selbst innerhalb eines Landes gegensätzlich, wie das Weimarer Beispiel zeigt. Doch der Problemhorizont ist zugleich europäisch. Ganz ohne Zweifel durchliefen die europäischen Staaten zwischen den Kriegen eine Periode extremer Instabilität. Unterschiedlich war aber die Krisenlösungskapazität, die in einem Fall zur Überwindung der Krise führte, während im anderen die Selbstheilungskräfte nicht ausreichten, so daß es zum Scheitern der Demokratie kam⁵¹.

Die Modernisierungskrise war gemeineuropäisch, so wie seit dem *Fin de siècle* das Krisenbewußtsein in Kunst, Kultur und politischem Denken gemeineuropäisch war. Ähnliches gilt für den wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel mit seiner nachhaltigen Veränderung der Arbeitswelt und für den ungeheuren technischen Fortschritt: Gerade die Revolution des Kommunikations- und Verkehrswesens seit Ende des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in allen größeren Industriestaaten verband diese stärker, als sie es je zuvor gewesen waren. Der Erste Weltkrieg, der alle Probleme extrem verschärft und den Wandel extrem beschleunigt hatte, war selbst Ausdruck der Revolution der Waffentechnik wie des Eintritts der Massen in die Politik, ihre Kriegsbegeisterung kann man angesichts der Euphorie und Massenhysterie des Sommers 1914 nicht als erzwungen bezeichnen⁵².

Hat man für das Ende des 18. Jahrhunderts ein „Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft“ (Erich Angermann) konstatiert, so ist nach dem Ersten Weltkrieg nicht allein der demokratische Parlamentarismus der bloß verfassungsgeschichtlichen Interpretation entwichen, erforderlich ist nun auch eine soziologische. Auch Staat und Gesellschaft stehen wieder in einer unaufhebbaren Interdependenz, so daß man von einer Soziologisierung des Staates sprechen muß. Dafür sind nicht allein die modernen ideologisch aufgeladenen Diktaturen ein Beispiel, die den Staat und dessen Entscheidungen einer Partei unterordneten oder zu einer permanenten Überlagerung und Interferenz von Staat und Partei führten, sondern auch die modernen parlamentarischen Demokratien der Zwischenkriegszeit.

Es ist kein Zufall, daß zahlreiche europäische Demokratien der Zwischenkriegszeit früher oder später zusammenbrachen. Neben Großbritannien und Frankreich blieben vor allem die skandinavischen Staaten, die Schweiz und die Benelux-Staaten von solchen Katastrophen verschont. Doch auch Frankreich und – noch stärker – Großbritannien erlebten heftige Eruptionen, die das jeweilige politische System gefährdeten. Besonders krisenanfällig erwiesen sich aber mit einer Ausnahme alle 1918/19 neu gegründeten und all jene Staaten, die wie Deutschland 1918/19 einen Wechsel von Staatsform und Verfassungsordnung erlebt hatten. Anders ausgedrückt: Die Krisenlösungskapazität von Staaten, die in die Krise mit einem in Jahrzehnten bewährten politischen System und einer unveränderten Staatsform eintraten, die zu den Siegern des Ersten Weltkriegs gehörten und im Zentrum der von ihnen selbst mitgestalteten Versailler Nachkriegsordnung standen, erwies sich als größer als in Ländern wie dem Deutschen Reich, das die schwerwiegendsten Veränderungen erlebt hatte und in der

⁵¹ Vgl. dazu Möller, *Europa zwischen den Weltkriegen*.

⁵² Vergleichend und differenzierend dazu Thomas Raithel, *Das „Wunder“ der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges*, Bonn 1996.

Krise keinen Halt mehr fand. Weniger gefährdet waren überdies kleinere Länder mit unverändertem System und stark agrarischer oder Dienstleistungsstruktur.

Von den seit 1918/19 neu gegründeten Demokratien wurde nur eine nicht von innen, sondern von außen zerstört, die Tschechoslowakei. Unterschiedlich waren die Systeme, die dem Scheitern der Demokratie folgten, faschistische wie in Italien, autoritär-diktatorische wie in Portugal und Spanien – letzteres eines der zahlreichen Beispiele für Militärdiktaturen. Eine große Zahl weiterer Staaten erlebte entweder Militärdiktaturen oder autoritär-ständestaatliche Systeme: Militärs regierten mit General Franco in Spanien, in Polen mit Marschall Pilsudski, in Ungarn mit Admiral Horthy, in Litauen mit General Smetona, in Estland mit General Laidoner, in Griechenland mit General Metaxas. In Jugoslawien errichtete König Alexander eine Art Militärdiktatur, in Rumänien König Carol ein persönliches Regiment. Ein autoritäres Regime gab es auch in Österreich, seit 1932 mit Engelbert Dollfuß an der Spitze und nach dessen Ermordung 1934 mit Kurt von Schuschnigg. Die Präsidentschaftsregierungen in Deutschland wiesen, bei aller Unterschiedlichkeit des noch rechtsstaatlich agierenden Heinrich Brüning zu seinen Nachfolgern, ebenfalls in diese Richtung. Bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 waren also auch in Deutschland autoritäre Lösungen möglich, bis 1932 auch noch demokratische, wenngleich die schiefe Ebene, die zum Scheitern der Demokratie führte, bereits im März 1930 beschritten wurde⁵³.

Diese Krise, die sich im Rückblick als Zeitalter revolutionärer Erschütterungen erweist, das 1917/1918 begann und 1945 zu einem vorläufigen, 1989/1991 zu einem auf absehbare Zeit definitiven Abschluß kam, ist nur als europäische Krise begreifbar und kann folglich nur als solche erforscht werden. Revolutionär ist die Zwischenkriegszeit nicht allein wegen zahlreicher Einzelphänomene zu nennen, sondern auch deshalb, weil nach 1918/19 in vielen Staaten die Demokratien scheiterten und weil es zumal den 1918/19 neu geschaffenen Staaten nicht gelang, ihre neue Legalität in einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens zu verwandeln. Die innenpolitische Instabilität destabilisierte auch die europäische Staatenordnung, wie diese ihrerseits Deutschland, Sowjetrußland und sogar das 1919 als Siegermacht geltende Italien beeinflusste. Im mittelosteuropäischen Raum wirkten schließlich die nationalitätenpolitischen Maßnahmen der Versailler Ordnung nicht problemlösend, sondern zum Teil verschärfend.

Zur Aktualität der vergleichenden Demokratieforschung

Die Urteilkriterien und der Bewertungsmaßstab der historischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts beruhen auf ethischen und politischen Postulaten, die auf christlich-abendländisches und aufgeklärt-naturrechtliches Denken zurückgehen, das aus dem 17. und 18. Jahrhundert stammt. Sie konkretisierten sich in den Reformforderungen der Aufklärung, den Menschen- und Bürgerrechtserklärungen der amerikanischen und der Französischen Revolution seit 1776 und 1789. Sie verbanden sich mit aufgeklärtem konstitutionellem Denken, beispielsweise bei Locke, Montesquieu und der

⁵³ Unverändert gültig Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik.

50 Aufsätze

deutschen Aufklärung, sie legten damit die Fundamente des modernen Verfassungsstaats. Mit anderen Worten: Der Bewertungsmaßstab des heutigen Historikers ist seinerseits historisch bedingt und euro-atlantisch geprägt: Wir gehen von der Überzeugung aus, daß der rechtsstaatlich-demokratische Verfassungsstaat die Norm und das Ziel der Geschichte bildet. Diese Implikation allen Redens und Forschens über Demokratie und Diktatur, Sonderwege und Normalwege, westliche Wertegemeinschaft und Menschenrechtspolitik ist legitim, ja politisch notwendig. Sie entspricht indes nicht dem wissenschaftlichen Prinzip, „sine ira et studio“ zu forschen, und enthält zudem eine teleologische Komponente, die kaum reflektiert wird. Dieser Mangel an Reflexion ist geschichtswissenschaftlich und politisch nicht so unbedenklich wie es scheint, da damit die problematische Annahme der Dauerhaftigkeit des gewonnenen Fortschritts verbunden ist: Nach aller historischen Erfahrung mit dem Aufstieg und Niedergang von Staaten, Herrschaftssystemen, politischen und gesellschaftlichen Ordnungen und Wertsystemen ist es jedoch zweifelhaft, ob der in den modernen Demokratien erreichte Stand erhalten bleibt oder perfektioniert werden kann: Schon jetzt zeigen sich allerorten die Grenzen der Reformfähigkeit, ohne daß aber erkennbar würde, worin die Alternativen zu den dringend gebotenen Reformen bestehen könnten. Die historische Demokratieforschung ist deswegen nicht allein eine wissenschaftliche Aufgabe, sondern eine politische Notwendigkeit: Wie die Weimarer Republik im besonderen, so ist die europäische Zwischenkriegszeit im ganzen ein Laboratorium für Funktionsweisen, Gefährdungspotentiale und das Maß an Krisenlösungskapazität moderner Demokratien.

■ Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte gehören zu den bedeutendsten historischen Zeitschriften Europas. 1953 von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg gegründet, haben sie sich schnell als Forum der internationalen Forschung etabliert und entscheidend zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beigetragen, ehe sie sich in den siebziger Jahren auch für die Geschichte nach 1945 zu öffnen begannen. Mit Hermann Graml, lange Jahre Chefredakteur der Zeitschrift, und dessen Nachfolger Hans Woller beschreiben zwei Insider die Geschichte der Vierteljahrshefte – ihrer Protagonisten, ihrer Autoren, ihrer internen Konflikte und ihrer öffentlichen Resonanz, die bis heute ungebrochen ist. ■

Hermann Graml und Hans Woller

Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003

Die Resonanz war groß und überwiegend freundlich, als Hans Rothfels und Theodor Eschenburg am 8. November 1952 das erste Heft der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ auf einer Pressekonferenz in München vorstellten. Zahlreiche Zeitungen berichteten über das Ereignis, das auch im Rundfunk Beachtung fand und mit vielen Vorschußlorbeeren bedacht wurde. RIAS Berlin gab der Hoffnung Ausdruck, „daß diese neue Zeitschrift von all jenen aufmerksam gelesen werden wird, die sich für eine wissenschaftliche Behandlung der letzten Jahrzehnte deutscher, europäischer – und Weltgeschichte interessieren“. Die Rheinische Post griff nicht weniger hoch: Die Zeitschrift verfolge den Zweck, den „deutschen ‚Notstand auf dem Gebiet der neuesten Geschichte‘ zu überbrücken“. Und die in Stuttgart erscheinende Deutsche Zeitung sprach sogar von einer Art Zäsur in der deutschen Geschichtswissenschaft: Die neue Zeitschrift „will wissenschaftlich einwandfreie Unterlagen und Maßstäbe zur gerechten Beurteilung unserer Zeit liefern. Die alten Historiker hätten eine solche Aufgabe rundweg abgelehnt. Sie kamen nie bis an die Gegenwart heran. Geschichte hörte für sie dort auf, wo wir sie miterlebt haben. Schon das erste Heft der Zeitschrift beweist jedoch überzeugend, daß Zeitgeschichte als ‚Epoche der Mitlebenden‘ ein wissenschaftlich ernst zu nehmendes Unternehmen sein kann.“¹

¹ RIAS Berlin, 26. 11. 1952; Rheinische Post, 22. 11. 1952; Deutsche Zeitung, Stuttgart, 15. 11. 1952, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), Bestand Hausarchiv, ID 33/3. Der vorliegende Aufsatz muß in vieler Hinsicht vor allem deshalb vorläufigen Charakter haben, weil die Unterlagen des Instituts für Zeitgeschichte noch nicht zur Gänze verzeichnet sind (daraus ergibt sich auch eine gewisse Uneinheitlichkeit der Signaturen) und weil nur die Nachlässe von Rothfels, Eschenburg und Erdmann ausgewertet wurden, während andere Nachlässe ebenso unberücksichtigt blieben wie die Akten des bayerischen Kultusministeriums und die Überlieferungen der Bonner Ministerien, die mit dem Institut für Zeitgeschichte zu tun hatten. Auch muß betont werden, daß sich die Verfasser auf die Ära Rothfels/Eschenburg/Krausnick konzentriert und die zweiten 25 Jahre, an denen sie aktiv beteiligt waren, mit der von Zurückhaltung diktierten Knappheit behandelt haben. Bei den Recherchen haben Michael Schmiedel und Barbara Grimm sehr geholfen; dafür sei ihnen herzlich gedankt.

■ VfZ 1/2003 © Oldenbourg 2003

1. Die Gründung

Die Idee, eine eigene Zeitschrift herauszugeben, lag seit der Errichtung des Instituts für Zeitgeschichte in der Luft. Schon der Gründungsauftrag des Instituts, die nationalsozialistische Schreckensherrschaft zu erforschen und die Öffentlichkeit über die Schandtaten und Funktionsweisen des Dritten Reiches aufzuklären², wies in diese Richtung. Das Risiko, das mit einer eigenen Zeitschrift verbunden war, erschien aber wohl doch nicht wenigen als zu groß. Stoff gab es wahrlich genug für ein Periodikum – ob aber auch die nötige Zahl von Autoren, die den Mut und die innere Freiheit hatten, sich der heißen Eisen der Vergangenheit anzunehmen? Fraglich war außerdem, ob die Handvoll Mitarbeiter des Instituts nicht ohnehin heillos überfordert waren mit der Sichtung und Ordnung der Archivalien, der Erarbeitung von Gutachten und dem Aufbau einer Bibliothek. Schließlich war auch längst nicht absehbar, ob man tatsächlich auf eine breite Leserschaft rechnen konnte, die es auf sich nehmen wollte, der Wahrheit über den Nationalsozialismus und die schuldhafte Verstrickung der deutschen Gesellschaft ins Gesicht zu blicken.

Hermann Mau, nach Gerhard Kroll der zweite Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, scheute dieses Risiko nicht, obwohl auch ihm nicht verborgen geblieben sein konnte, daß der zunächst blühende Zeitschriftenmarkt nach der Währungsreform von 1948 in eine tiefe Krise geraten war. Mau scheint überhaupt nicht der Mann gewesen zu sein, den Schwierigkeiten geschreckt hätten. 1913 im niederschlesischen Hoyerswerda geboren, studierte er in den dreißiger Jahren mittelalterliche Geschichte bei Hermann Heimpel in Leipzig, der ihn nach der Promotion zu seinem Assistenten berief. Mau bekleidete dieses Amt zunächst in Leipzig, seit 1941 dann aber an der Reichsuniversität Straßburg, wo er sich 1944 mit einer Studie über „Das Reich und Cluny“ habilitierte. Trotz dieser ungebrochenen Laufbahn scheint Mau politisch nicht belastet gewesen zu sein; der einzige Fleck auf seiner ansonsten weißen Weste war, wie er selbst schrieb, „eine einjährige einfache Mitgliedschaft vom 1. April 1943 bis zum 31. März 1944 beim NSD-Dozentenbund, die in statu habilitandi eine Zwangsmitgliedschaft war“. Politisch aktiv wurde Mau erst nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone, wo er seit 1946 ein Ordinariat für mittelalterliche Geschichte an der Universität Jena vertrat. Mau schloß sich hier der CDU an, geriet freilich schon bald in ernste Konflikte mit dem NKWD, weshalb er im Januar 1948 nach München übersiedelte. In der bayerischen Hauptstadt arbeitete er zunächst für den Rundfunk, ehe er 1950 eine Dozentur für neuere Geschichte erhielt. Parallel dazu baute er ein Wohnheim für Arbeiter und Studenten auf, das als Modellversuch für einen sozialen Brückenschlag weit über München hinaus Beachtung fand³.

² Vgl. Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554; Horst Möller, Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: Ders./Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 1–68.

³ Zur Biographie von Hermann Mau vgl. IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 101/3; Hermann Graml, Zur Frage der Demokratiebereitschaft des deutschen Bürgertums nach dem Ende der NS-Herrschaft. Hermann Maus Bericht über eine Reise nach München im März 1946, in: Miscellanea.

Schon diese ungewöhnliche Initiative zeigte, daß Mau die „Rolle des unpolitischen Individualisten“⁴, in die er nach eigenen Aussagen 1933 geschlüpft war, längst abgelegt hatte. Er wollte etwas bewirken, in der Jugendarbeit ebenso wie in der Forschung und in der Lehre, wobei es ihm hier wie dort vor allem darum ging, die bitteren Lehren der Geschichte für eine Reform der politischen Tradition Deutschlands zu nutzen. So war es zumal nach der zweiten Diktaturerfahrung, die Mau in der SBZ machen mußte, nur folgerichtig, daß er der Mediävistik den Rücken kehrte und sich ganz auf den Nationalsozialismus und seine Vorgeschichte konzentrierte; wie einem inneren Auftrag zur Gewissenserforschung folgend erkannte er hierin seine Lebensaufgabe.

Viel Zeit blieb ihm nicht, sie zu bewältigen. Als er im Oktober 1952 tödlich verunglückte, konnte er dem von ihm nur rund zwanzig Monate geleiteten Institut aber doch ein reiches Erbe hinterlassen, von dem die Mitarbeiter noch lange zehrten: Er hatte den Verhandlungen um die Rückgabe der deutschen Akten im alliierten Gewahrsam einen kräftigen Impuls verliehen. Er hatte ein auf „saubere Klärung der Sachverhalte“ bedachtes Forschungsprogramm entworfen, das durchaus als erster Versuch zur Historisierung des Nationalsozialismus gedeutet werden kann, und gegen die Stimmen derer als verbindlich etabliert, die Aufklärung sagten, aber Propaganda meinten und nur allzu leicht bereit waren, die Wissenschaft für tagespolitische Ziele einzuspannen. Und Mau hatte ein publizistisches Organ ins Leben gerufen, dessen erste Ausgabe vom November 1952 er nicht mehr in Händen halten konnte.

Daß das Institut eine eigene Zeitschrift brauchte, hatte Mau bereits im Oktober 1950 betont, als er sich um den Posten des Generalsekretärs bewarb⁵. Nach seiner Berufung Anfang 1951 setzte er diese Absicht mit großer Umsicht ins Werk, wobei er sich – deutet man seine verstreuten Äußerungen über das Zeitschriftenprojekt richtig – vor allem von folgenden Gesichtspunkten leiten ließ: Das personell äußerst dürftig ausgestattete Institut würde noch Jahre brauchen, ehe es grundlegende wissenschaftliche Studien über das Dritte Reich vorlegen konnte, durfte aber in der Zwischenzeit keinesfalls schweigen, wenn es nicht die politische Unterstützung gefährden wollte, die es in fast allen Lagern genoß. Eine Zeitschrift, die mit seinem Namen verbunden war, schloß diese bedrohliche Legitimationslücke und verschaffte dem Institut den zeitlichen Freiraum, der für profunde Forschung nötig ist. Ähnliches galt in Maus Augen für die junge Disziplin Zeitgeschichte, die in ihrer neuen kritisch-aufklärerischen Variante wie ein Fremdkörper in der nach 1945 reetablierten Geschichtswissenschaft wirkte und dementsprechend mißtrauisch betrachtet wurde. Auch sie mußte rasch präsent sein und Erfolge vorweisen, wenn sie die Ressentiments in der Zunft

Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 149–168; Hans Buchheim, Hermann Mau zum Gedächtnis, in: VfZ 10 (1962), S. 427–429.

⁴ Lebenslauf von Hermann Mau, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 101/3.

⁵ Vgl. Hellmut Becker, Das Arbeitsprogramm vor 25 Jahren, in: 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Statt einer Festschrift, Stuttgart 1976, S. 27. Vgl. dazu auch Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Kuratoriums und des Beirats des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, 5. 1. 1951, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/1. Zu Maus Plänen vgl. auch Mau an Rothfels, 22. 7. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90]. Bei den in Klammern gesetzten ID-Signaturen handelt es sich um die zukünftigen Bestandsbezeichnungen.

abbauen⁶ und – ihrem eigenen Anspruch und den öffentlichen Erwartungen entsprechend – die Deutungshoheit über die jüngste Vergangenheit gewinnen wollte, die ihr vor allem von der apologetischen Memoirenliteratur und von der bunten Kioskpresse streitig gemacht wurde, deren Organe in Hitler und im Nationalsozialismus nur ein unerschöpfliches Reservoir für sensationelle Enthüllungen zu erblicken schienen. Schließlich dachte Mau wohl auch an die positive Wirkung im Ausland, wenn in der Bundesrepublik eine seriöse Zeitschrift ins Leben gerufen wurde, die sich dem Prinzip der schonungslosen Aufklärung verschrieb und nicht den Fehler wiederholte, den die Geschichtswissenschaft in der Weimarer Republik begangen hatte, als sie sich in der Kriegsschuldfrage ganz in den Dienst der Verteidigung des wilhelminischen Deutschland stellte und damit ihren zuvor so guten Ruf in der Welt sehr schädigte.

Am einfachsten gestaltete sich für Mau die Suche nach einem Verlag. Die Deutsche Verlags-Anstalt mit Sitz in Stuttgart war hier insofern der natürliche Partner, als sie bereits die ersten Publikationen des Instituts herausgebracht hatte; hinzu kam, daß Mau mit einem führenden Mann der DVA seit längerem persönlich gut bekannt war, weshalb Angebote anderer Verlage wohl gar nicht ernsthaft geprüft wurden⁷. Auch die Namensgebung warf keine größeren Probleme auf. Zur Debatte standen Vierteljahrschrift, Archiv für Zeitgeschichte und eben Vierteljahrshefte, ohne daß sich sagen ließe, wer das Copyright an dem schließlich gewählten Namen beanspruchen kann⁸. Wesentlich schwieriger war es hingegen, die Frage der personellen Verantwortung für die neue Zeitschrift zu klären. Zunächst dachte man im Institut daran, die Zeitschrift in eigener Regie herauszugeben oder den wissenschaftlichen Beirat als verantwortliches Gremium zeichnen zu lassen, ehe Mau vorschlug, unabhängige Gelehrte als Herausgeber zu bestellen; er wollte damit „die Zeitschrift näher an die Geschichtswissenschaft an den Universitäten heranbringen, wo man [...] der Zeitgeschichte im allgemeinen noch recht reserviert gegenüberstand“⁹. Dieser Vorschlag fand wohl nicht zuletzt deshalb breite Zustimmung, weil er mit dem Namen von Hans Rothfels verbunden war, der bereits im Februar 1951 als Hauptherausgeber ins Gespräch gebracht worden war¹⁰ – und zwar, so scheint es, von Hellmut Becker, dem Sohn des früheren

⁶ Zur Skepsis gegenüber der Zeitgeschichte vgl. Hans Maier, Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, in: Möller/Wengst, 50 Jahre IfZ, S. 170–172. Zur Lage der Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989.

⁷ Vgl. Athenäum-Verlag an Mau, 13. 3. 1951, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 101/2; Verlagskorrespondenz sowie die anderen diesbezüglichen Unterlagen, in: Ebenda. Vgl. auch die Dokumente in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90].

⁸ Vgl. Kurzer Bericht über die Tätigkeit im Haushaltsjahr 1951, April 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/2; Marquardt (DVA) an Mau, 14. 12. 1951, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90]. Der heutige Titel wurde am 16. 5. 1952 auf einer Besprechung zwischen Rothfels, Eschenburg, Dehio, Speidel, Conze und Mau festgelegt. Protokoll, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁹ Rechts- und Kompetenzverhältnisse in bezug auf die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, von Rothfels, Eschenburg, Krausnick und Broszat unterzeichnete Notiz vom 8. 7. 1975, in der Broszat die Intentionen Maus zusammenfaßte, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

¹⁰ Vgl. Becker an Mau, 24. 2. 1951, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 101/1.

preußischen Kultusministers, der im wissenschaftlichen Beirat des Instituts saß und aufgrund seiner guten Beziehungen zum Kuratorium – dem aus Vertretern des Bundes und einiger Länder zusammengesetzten administrativen Aufsichtsgremium des Instituts – und zur Institutsspitze – er war ein Duzfreund von Mau – eine wichtige Rolle in der Frühgeschichte des Instituts spielte. Becker überzeugte zunächst den Staatssekretär im Bundesjustizministerium Walter Strauß, den Vorsitzenden des Kuratoriums, davon, daß „Rothfels der Mann für das Institut sei“¹¹ – und dann mit Strauß zusammen die Mehrheit in Beirat und Kuratorium, wo offensichtlich niemand einen anderen Personalvorschlag präsentierte.

Welche Gründe Becker ins Feld führte, um für Rothfels zu werben, ist nicht bekannt. Sie dürften aber auf der Hand liegen: Rothfels galt als einer der Großen des Faches, der seinen Rang gerade eben durch die erste umfassende Darstellung des



Hans Rothfels (1891–1976)

Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und einen fulminanten Bismarck-Vortrag auf dem ersten Historikertag nach 1945 unterstrichen hatte. Rothfels stand außerdem mit seinem prononcierten Nationalismus und seiner zeitweiligen Nähe zu Zielen der NS-Bewegung für das alte Deutschland und mit seiner Emigration und demokratischen Läuterung in den USA zugleich für das neue Deutschland, das er besser als jeder andere deutsche Historiker auch im Ausland vertreten konnte. Und Rothfels bohrte zwar in der Vergangenheit der Nation, nicht aber in der Vergangenheit von einzelnen Individuen, weder in der eigenen, noch in der seiner Kollegen, denen er nach 1945 mit bemerkenswerter Unbefangenheit begegnete¹².

Rothfels zögerte zunächst, die Leitung der neuen Zeitschrift zu übernehmen, schob dann aber Bedenken, die aus der Doppelbelastung seiner Lehrtätigkeit in Chicago und Tübingen resultierten, energisch beiseite, als ihm klar wurde, daß es zu ihm eigentlich keine Alternative gab und er deshalb bei der Gestaltung der Zeitschrift völlig freie Hand haben würde. Schon im Frühjahr 1952 entschied er alle wesentlichen Fragen, die mit der neuen Zeitschrift zu tun hatten, fast allein. Er war es, der seinen Tübinger Kollegen Theodor Eschenburg als gleichberechtigten Hauptherausgeber vorschlug, er war es, der das Verhältnis zwischen Institut und Zeitschrift definierte, und er war es auch, der die Namen der Mitherausgeber bestimmte; es handelte sich um Ludwig Dehio, Hans Speidel, Karl Dietrich Erdmann und Werner Conze, die Rothfels schon im Februar 1952 als seine Wunschkandidaten genannt

¹¹ Ebenda. Vgl. auch Mau an Becker, 2. 3. 1951, in: Ebenda.

¹² Vgl. Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 236 f., und Siegfried A. Kaehler, Briefe 1900–1963, hrsg. von Walter Bußmann und Günther Grünthal, Boppard am Rhein 1993, S. 336.

hatte¹³. Franz Schnabel kam erst im März hinzu, als Hermann Mau aufgefallen war, daß der Herausgeberkreis ausschließlich aus Protestanten zusammengesetzt war. Mau wollte eine „katholische und bayerische Persönlichkeit“ hinzunehmen und hatte dabei an Karl Schwend von der bayerischen Staatskanzlei gedacht, was Rothfels und Eschenburg aber ablehnten, weil ihnen diese Lösung als „eine ans Politische streifende Nominierung“ erschien, wie Mau die Argumente Rothfels' zusammenfaßte¹⁴.

Wie stark Rothfels' Stellung als Hauptherausgeber war, zeigte sich in der gemeinsamen Sitzung von Beirat und Kuratorium des Instituts am 17. Mai 1952, als die mit der neuen Zeitschrift verbundenen Fragen erstmals in großer Runde diskutiert wurden. Das Kuratorium hatte am Tag zuvor die Herausgabe einer Zeitschrift offiziell beschlossen und dabei die von Rothfels längst getroffenen Entscheidungen in allen Punkten bestätigt, ohne daß sich Widerspruch erhoben hätte. Lediglich der Kreis der Mitherausgeber sollte nach Auffassung des Kuratoriums so ergänzt werden, „daß im Urteil der Öffentlichkeit möglichst alle wichtigen Strömungen des geistigen und politischen Lebens vertreten sind“¹⁵. Konkret hieß das, wie in der Sitzung am 17. Mai sofort deutlich wurde, daß zumal der Vorsitzende des Kuratoriums Walter Strauß mit Hermann Brill einen Exponenten der Sozialdemokratie unter den Mitherausgebern vertreten sehen wollte. „Die Öffentlichkeit“, so Strauß, „wird den Herausgeberkreis politisch werten, denn heute gibt es niemand mehr, der nicht politisch ist.“¹⁶

Für Brill sprach in der Tat viel: Er saß im Beirat, er hatte sich in der Gründungsgeschichte des Instituts enorme Verdienste erworben, und er gehörte einer Partei an, die in den zurückliegenden Jahren schon mehrmals Kritik am Institut geübt hatte – und die mit einem solchen Schachzug vielleicht besänftigt werden konnte. Rothfels blieb dennoch hart, obwohl er sich im Falle Schnabel Proporzgesichtspunkten gegenüber keineswegs so kategorisch verschlossen hatte, wie er es jetzt tat. „Ich würde mich absolut gegen eine Spektrumstheorie stellen“, hob er hervor, „bis zu dem Grade, daß ich sagen müßte: dabei kann ich nicht mitmachen. [...] Ich habe größtes Bedenken gegen ein solches Koalitionsverfahren. Das mag vielleicht Weltfremdheit genannt werden, die Zeitschrift kann aber nicht ohne einen Zuschuß von Weltfremdheit gemacht

¹³ Vgl. Aktennotiz von Mau über eine Besprechung mit Rothfels, Eschenburg und Becker am 1. 2. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90]. Die Aktennotiz selbst datiert vom 4. 2. 1952. Dehio und Erdmann waren nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle als Herausgeber der Historischen Zeitschrift bzw. von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht ausgewählt worden, wobei signalisiert werden sollte, daß sich die Vierteljahrshefte nicht als Konkurrenzorgan verstanden. Speidel sollte – als General a. D. – für militärhistorische Kompetenz bürgen und Conze – ein Schüler von Rothfels – das Feld der Wirtschafts- und Sozialgeschichte vertreten.

¹⁴ Mau an Rothfels, 5. 2. und 8. 2. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90]. Das Zitat stammt aus dem zweiten Brief. Vgl. auch das Schreiben von Eschenburg an Mau vom 8. 2. 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 103/17.

¹⁵ Ergebnisprotokoll über die gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Beirat des Instituts für Zeitgeschichte München am 17. 5. 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/3. Vgl. auch Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Instituts für Zeitgeschichte München am 16. 5. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

¹⁶ Protokoll über die gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Beirat des Instituts für Zeitgeschichte München, 17. 5. 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/3.

werden.¹⁷ Was Rothfels dazu bewog, ist schwer zu sagen. Vermutlich spürte er aber, daß es sich hier um eine verdeckte Machtprobe zwischen Kuratorium und Herausgebern handelte, in der über die Grenzen seiner Autonomie als Hauptverantwortlicher und über den Kurs der Zeitschrift befunden wurde. Hätte er nachgegeben, so wären weitere politisch motivierte Vorstöße vermutlich nicht ausgeblieben, und Rothfels hätte wohl kaum die unangefochtene Stellung in der Zeitschrift erlangt, die er bis zu seinem Tod 1976 behauptete. „Die Grundlage der Zeitschrift“, so formulierte Rothfels am 4. Dezember 1953 vor Beirat und Kuratorium die Maximen seines Kurses, an denen er bis zum Schluß nicht rühren ließ, „ist unabhängig vom Institut. Die Verantwortung liegt in den Händen der Herausgeber. So sehr dankbar wir sind für Kritik und Anregung aus dem Kreis des Kuratoriums und Beirats, so möchte ich doch diese Linie innehalten. Gegenstand der Tagesordnung bei der Beiratssitzung kann die Zeitschrift nicht sein. [...] der Erfolg der Zeitschrift hängt ganz wesentlich von dieser Unabhängigkeit ab, daß wir sagen können: wir sind nicht offiziell gebunden. Der Kredit und die Möglichkeiten ihrer Wirkung beruhen darauf, daß sie von privater Verantwortung getragen ist.“¹⁸

Als die wesentlichen Personalentscheidungen im Frühjahr 1952 fielen, gab es niemanden, der Anstoß an ihnen genommen und als Begründung dafür auf die politische Vergangenheit des einen oder anderen Herausgebers verwiesen hätte. Belastungen schwerer Art gab es zwar nicht, Dehio und Schnabel waren sogar gänzlich unbelastet und hatten im Dritten Reich Nachteile hinnehmen müssen, und Speidel hatte zu den Widerstandsgruppen um den 20. Juli 1944 gehört; aber immerhin: Eschenburg¹⁹ war kurze Zeit in der SS gewesen, Conze hatte der SA und der Partei²⁰ angehört und anstößige Artikel geschrieben, Erdmann²¹ ein Schulbuch verfaßt, das ganz den Geist der NS-Zeit atmete, und Rothfels selbst war in seiner Königsberger Zeit auch nicht – um das mindeste zu sagen – ohne Anfechtungen geblieben²². Vieles davon war aber

¹⁷ Vgl. ebenda. Dort findet sich auch das folgende Zitat. Vgl. dazu auch einen Brief von Rothfels an Conze vom 26. 7. 1952, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, NL Rothfels, Nr. 47, dem sich entnehmen läßt, daß die Debatte um Brill auch nach der Kuratoriumssitzung nicht zur Ruhe kam. Einige Mitglieder des Kuratoriums hätten, so Rothfels, aus begreiflichen Gründen „der Etatberatung gern einen Sozialdemokraten unter den Mitwirkenden“ gehabt.

¹⁸ Protokoll über die gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Beirat des Instituts für Zeitgeschichte München am 4. 12. 1953, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/5.

¹⁹ Vgl. Theodor Eschenburg, *Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999*, Berlin 2000, S. 21–29.

²⁰ Zu Conze vgl. Eitzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte*, S. 26–29; Hans-Ulrich Wehler, *Nationalsozialismus und Historiker*, in: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, hrsg. von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle unter Mitarbeit von Gerd Helm und Thomas Ott, Frankfurt am Main 1999, S. 322–324; Götz Aly, *Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Vernichtung*, in: Ebenda, S. 172 f.

²¹ Zu Erdmann vgl. Martin Kröger/Roland Thimme, *Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Winfried Schulze*, München 1996.

²² Zu Rothfels vgl. u. a. Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000, S. 70–105; Werner Conze, Hans Rothfels, in: *HZ* 237 (1983), S. 311–360; Wolfgang Neugebauer, *Hans Rothfels als politischer Historiker der Zwischenkriegszeit*, in: Peter Drewke u. a. (Hrsg.), *Ambivalenzen der Pädagogik. Zur Bildungsgeschichte*

58 Aufsätze

damals nicht bekannt. Man fragte freilich auch nicht genauer nach, wobei diese spezielle Form der Vergangenheitsscheu, die auch in anderen gesellschaftlichen Gruppen grassierte, hier wohl noch durch die Tatsache befördert wurde, daß Rothfels Jude und Emigrant und Eschenburg als Mitarbeiter Stresemanns hervorgetreten war; dieser Status verlieh den Herausgebern und der neuen Zeitschrift insgesamt die Aura der Unbedenklichkeit, die forschende Blicke überflüssig erscheinen ließ²³.

2. Die Ära Rothfels – Eschenburg – Krausnick 1953 bis 1976/77

Programm und Zielsetzung

Allerdings bot der programmatische Aufsatz, mit dem Hans Rothfels Heft 1 des ersten Jahrgangs einleitete, auch nicht den geringsten Anlaß zu einem irgendwie politisch begründeten Verdacht. Unter dem Titel „Zeitgeschichte als Aufgabe“ umriß der Herausgeber der neuen Zeitschrift zunächst den Zeitraum, dem sich die Vierteljahrshefte zu widmen hätten. Wenn er dabei sagte, unter Zeitgeschichte sei die „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“ zu verstehen, so präziserte er jedoch, daß er das wilhelminische Deutschland, in dem er und seine Generation immerhin aufgewachsen waren, gleichwohl nicht zum Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung machen wolle. Vielmehr müsse die Aufmerksamkeit jener Zeit der Krisen – der Krise des Nationalstaats, der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, der Krise des europazentrischen Staatensystems – gelten, die 1917/18 mit dem Eintritt der USA in den Krieg und mit der Oktoberrevolution in Rußland begonnen habe, dann über den Sturz von Faschismus und Nationalsozialismus in den Kalter Krieg genannten globalen Konflikt zwischen den nun um Moskau und Washington gruppierten Machtblöcken eingemündet sei; er entwickelte damit eine Anregung weiter, die ihm Werner Conze schon im März 1952 gegeben hatte²⁴.

Im Zentrum hatte dabei die Klärung von Ursachen, Ablauf und Konsequenzen der im Nationalsozialismus und Dritten Reich historisches Ereignis gewordenen geistigen, moralischen, politischen und militärischen Katastrophe des Deutschen Reiches zu stehen. Es galt ja, den Schleier wegzufegen, mit dem das NS-Regime, im Besitz des Informationsmonopols und eines zur permanenten Desinformation bestimmten Propagandaapparats, Wirklichkeit und Wahrheit nicht nur der Geschehnisse zwischen 1933 und

schichte der Aufklärung und des 20. Jahrhunderts. Harald Scholtz zum 65. Geburtstag, Weinheim 1995, S. 169–183; Heinrich August Winkler, Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus“, in: VfZ 49 (2001), S. 643–652.

²³ Mitte der fünfziger Jahre tauchte für kurze Zeit die Idee auf, neben Rothfels und Eschenburg einen dritten Herausgeber zu installieren. Der Hintergrund war, daß Rothfels sich damals häufig auf Vortragsreisen befand, Eschenburg die Verantwortung für die Zeitschrift alleine nicht tragen wollte und Krausnick gesundheitlich angeschlagen war. Der dritte Herausgeber sollte der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Paul Kluge, sein (vgl. Paul Egon Hübinger an Rothfels, 18. 4. 1955, in: BA Koblenz, NL Rothfels, Nr. 46). Rothfels tat diese Idee mit der lapidaren Bemerkung ab, mit Kluge als Herausgeber erhalte die Zeitschrift „einen mindestens halboffiziellen Charakter.“ (Rothfels an Hübinger, 2. 5. 1955, in: Ebenda, Nr. 47).

²⁴ Conze an Rothfels, 6. 3. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90].

1945, sondern fast in gleichem Maße der Jahre zwischen 1918 und 1933 vor den Deutschen verborgen hatte. Bereits in den Vorbesprechungen zwischen den künftigen Herausgebern und der künftigen Schriftleitung war betont worden, daß diese Aufgabe ohne „Selbsterniedrigung und Apologetik“ bewältigt werden müsse²⁵. Rothfels wiederholte das in seinem wegweisenden Aufsatz und fügte hinzu, daß er für die Zeitschrift nicht zuletzt auch die Mission sehe, denjenigen entschieden entgegenzutreten, „die am liebsten den Mantel des Verdeckens ausbreiten und sich in die Wolke des Vergessens hüllen möchten. Es muß demgegenüber mit aller Klarheit ausgesprochen werden“, daß die Zeitgeschichte „an keinerlei heißen Eisen, weder internationalen noch nationalen, sich vorbeidrückt und nicht leere Räume offenläßt, in die Legenden sich einzumisten neigen“²⁶. Die Würde, die in Gedankenführung und Sprache Rothfels' Proklamation auszeichnete und die Leser noch heute zu beeindrucken vermag, schlug jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Absichtserklärung aus dem Feld. Im übrigen zeigte diese Ankündigung, daß Herausgeber und Schriftleitung der neuen Zeitschrift als Adressaten der Beiträge von Anfang an nicht allein die Fachkollegen, sondern eine breitere Öffentlichkeit im Auge hatten und sowohl mit Aufsätzen wie mit Dokumentationen alle Institutionen der politischen Bildung zu unterstützen gedachten, die der Nation ein unverfälschtes Bild von Weimarer Republik und NS-Regime vermitteln sollten.

Jedoch verfolgte Rothfels mit den Vierteljahrsheften noch ehrgeizigere Ziele. Neben der deutschen Geschichte und der dabei zu leistenden Aufklärungsarbeit gehe es, so hatte er bereits im Mai 1952 gesagt, um „Universalgeschichte und Geschichte der Epoche“²⁷. In seinem programmatischen Aufsatz sprach er sogar davon, daß „Ereignisgeschichte wesentlich politischer und wirtschaftlich-sozialer Art, insbesondere aus dem Bereich der deutschen Geschichte“, zwar das „Rückgrat“ der Zeitschrift sein werde, diese aber darüber hinaus zur Deutung, ja zu einer „ganzheitlichen Sicht“²⁸ der Epoche beitragen müsse. Daher sei auch die außerdeutsche und die außereuropäische Geschichte in den Blick zu nehmen. Es ist mithin kein Zufall, vielmehr Ergebnis bewußter Forschungs- und Publikationsstrategie gewesen, daß sich bereits in den ersten Jahrgängen Essays über „Stufen der chinesischen Revolution“ (Wolfgang Franke) oder „Japan und die westliche Ideenwelt“ (Paul Ostwald) finden und Eduard Spranger in seinem Aufsatz „Wesen und Wert politischer Ideologien“ eines der für das 20. Jahrhundert zentralen Phänomene zu bestimmen suchte.

Für Hans Rothfels, der als Wissenschaftler sozusagen ein Sohn Friedrich Meineckes und ein Enkel Leopold v. Ranke und Heinrich v. Treitschkes war²⁹, verstand es sich von selbst, daß beim Dienst an beiden Zielen in seine Zeitschrift nur solche Beiträge Eingang finden durften, die den vom Historismus postulierten Anforderungen an

²⁵ Konferenz Herausgeber und Schriftleitung, 16. 5. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

²⁶ Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: VfZ 1 (1953), S. 8.

²⁷ Ergebnisprotokoll über die gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Beirat des Instituts für Zeitgeschichte München am 17. 5. 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/3.

²⁸ Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, S. 8.

²⁹ Klemens v. Klemperer, *Hans Rothfels (1891–1976)*, in: Hartmut Lehmann/James van Horn Melton (Hrsg.), *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, German Historical Institute, Washington, D.C., 1994.

historisches Arbeiten genügten, die also vom Streben nach Verstehen geleitet waren und die Natur der Dinge aus ihrer Genese zu erschließen suchten, die außerdem das Bemühen um größtmögliche Objektivität und um die Ausschaltung gegenwartsbedingter Vorurteile mit strengster handwerklicher Genauigkeit und Redlichkeit verbanden; dabei hielt er Kritikern, die der Zeitgeschichte mangelnde Distanz zu ihren Forschungsgegenständen vorwarfen, mit Recht entgegen, daß die „Aufgabe des historischen Verstehens, also des Sich-Hineinversetzens in die Lage der Handelnden wie der Leidenden“, durch die „Situation des Mitlebens erheblich erleichtert“ werde³⁰. Jedoch fühlte sich Rothfels, für sich selbst und damit auch – wie er ohne weiteres annahm – für die potentiellen Autoren der Vierteljahrshefte, zu einer gewissen Reformierung historistischer Prinzipien gedrängt. Friedrich Meinecke hatte geschrieben: „Der Kern des Historismus besteht in der Ersetzung einer generalisierenden Betrachtung geschichtlich-menschlicher Kräfte durch eine individualisierende Betrachtung.“ Mit dem Anspruch, zu einer „ganzheitlichen Sicht“ der Epoche vorstoßen zu wollen, wich Rothfels, jedenfalls für die Periode der großen Krisen, davon etwas ab. Die Erfahrung mit Nationalsozialismus und NS-Regime machte, davon war er nun zutiefst überzeugt, eine Modifizierung der Formel Meineckes unausweichlich. So konstatierte er in Heft 1 des ersten Jahrgangs unmißverständlich, daß Objektivität auf dem Felde historischer Erkenntnis keineswegs „Neutralität in Fragen, die uns wesentlich betreffen“, bedeuten könne. Für die Zeitgeschichte gehe es immer „um Wahrheit im Sinne sowohl der ‚richtigen‘ wie der ‚werthaft gültigen‘ Aussage“³¹. Hier wird deutlich, in welchem Maße der anfänglich – in borussischer Färbung – deutschnationale Hans Rothfels während seiner Emigrationsjahre Elemente angelsächsischen Gesellschafts-, Politik- und Geschichtsverständnisses aufgenommen hatte und daß er förmlich darauf brannte, die eigene Bereicherung mit Hilfe der neuen Zeitschrift an die deutschen Historiker und an die ganze deutsche Nation weiterzugeben³².

In praktischer Hinsicht verstand Rothfels die Vierteljahrshefte folgerichtig als Forum für einen doppelten Zweck. Sie sollten deutschen Wissenschaftlern eine Gelegenheit bieten, Arbeiten zu publizieren, mit denen sie den Anschluß an den internationalen Standard der Disziplin Zeitgeschichte zu finden vermochten. Er pendelte damals noch zwischen den Universitäten Chicago und Tübingen, hatte einen besseren Überblick über die zeitgeschichtlichen Aktivitäten in der westlichen Welt, namentlich in den USA, als die meisten deutschen Kollegen und daher in „Zeitgeschichte als Aufgabe“ die „Notwendigkeit des Nachholens auf einem Gebiet“ betont, „auf dem die Forschung in vielen Ländern weit vorwärtsgetrieben worden ist“³³. Da er aber, wie Mau, sowohl die „saubere Klärung der Sachverhalte“ wie die Deutung der Epoche als eine Aufgabe der internationalen Wissenschaftlergemeinschaft ansah, zog er für die Zeitschrift mit Selbstverständlich-

³⁰ Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, S. 6.

³¹ Ebenda, S. 5.

³² Vgl. dazu die Äußerungen von Wolfram Fischer, in: Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart/München 2000, S. 101.

³³ Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, S. 3.

keit auch den umgekehrten Schluß: Zeitgeschichte nur in internationalem Rahmen heiße auch ausländische Autoren in den Vierteljahrsheften zu Wort kommen zu lassen.

Die Praxis der ersten Dekaden

Hans Rothfels gab den Vierteljahrsheften jedoch nicht nur ihr Programm. Selten in der Geschichte wissenschaftlicher Zeitschriften hat ein Herausgeber seinem Organ in solchem Maße den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt. Das lag nicht nur an seinem Rang als Gelehrter, nicht nur an der im damaligen Deutschland einzigartigen Weise, in der er einen im Kern unerschüttert patriotischen Konservatismus mit der frischen Weltoffenheit des jüdischen Emigranten verband und die Verbindung in Autorität ummnzte, auch nicht an der Vornehmheit des Menschen Rothfels, obwohl dies alles Mitarbeiter, Kollegen und Autoren tief genug beeindruckte. Soweit das ein in zwei Kontinenten viel beschäftigter Ordinarius überhaupt kann, hat Rothfels die Vierteljahrshefte in der Tat selber „gemacht“. Er warb Autoren, er suchte für die Rubrik Dokumentation geeignete Quellenstcke, und – das vor allem – er unterwarf die Aufsätze und Miscellen wie die Einleitungen zu den Dokumentationen einem gnadenlosen „editing“³⁴. Ob Titel, ob die Formulierung einzelner Sätze und ganzer Abschnitte, ob Interpunktionsfragen – der Herausgeber griff ein, änderte rücksichtslos nach seinen Vorstellungen und setzte die Resultate seiner Interventionen bei den Autoren und Kommentatoren, stets freundlich berredend, auch durch, meist tatsächlich zum Nutzen des jeweiligen Manuskripts. Kein Detail war Rothfels zu geringfügig, keine redaktionelle Anstrengung zu groß. Noch in den sogenannten Umbruchkonferenzen, die mehrmals im Jahr in Tübingen stattfanden, hat er sich mit unermüdlicher Beharrlichkeit darum bemüht, der Überschrift und der Sprache einzelner Beiträge den letzten Schliff zu geben. Daß er der Zeitschrift auch durch ein derartiges Engagement in der praktischen Arbeit seinen Geist einhauchte, war aber nicht einfach seiner Lust an der Sache zu danken, vielmehr gleichfalls Ausdruck einer der konzeptionellen Überlegungen, mit denen er an die Tätigkeit als Herausgeber heranging. Vor Kuratorium und Beirat des Instituts hatte er im Mai 1952 unwidersprochen postuliert, daß die Vierteljahrshefte nicht nur kein „Sprechsaal der allerverschiedensten Dinge“ sein dürften, sondern sogar eine „gewisse Einheit des Stils und der Haltung“ aufweisen mten³⁵.

Nicht zuletzt prägte er das Gesicht der Zeitschrift durch eigene Vorbemerkungen zu vielen Aufsätzen und Dokumentationen. Diese Gepflogenheit ist später von den in München sitzenden Redakteuren mehr und mehr als Unsitte empfunden und kriti-

³⁴ Rothfels orientierte sich dabei an amerikanischen Vorbildern. Am 10. 6. 1952 schrieb er an Eric Kollmann: „Aber da Sie ja die rauhen amerikanischen Sitten kennen, die ich in etwa einführen mchte, damit die Zeitschrift ein gewisses Gesicht bekommt ...“ (in: BA Koblenz, NL Rothfels, Nr. 47), und am 4. 8. 1956 betonte er diese Absicht noch einmal in einem Brief an Edgar R. Rosen: „Selbstverständlich wird sinngemäß nichts geändert werden, aber da Sie ja in Amerika leben, werden Sie ‚editing‘ nicht so ungewöhnlich finden wie manche meiner deutschen Kollegen.“ (In: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 103/41).

³⁵ Ergebnisprotokoll über die gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Beirat des Instituts für Zeitgeschichte München am 17. 5. 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/3.

siert worden. Jedoch hatte sie in den ersten fünfzehn Jahren der Vierteljahrshefte ihren guten Sinn. In Anbetracht seiner größeren Übersicht war Rothfels sehr wohl in der Lage, Ort und Bedeutung eines Beitrags in der Forschungslandschaft genauer zu bestimmen, Quellenlage und Stand der Literatur besser zu skizzieren als damals mancher Autor. Für das Gros der Leser war das durchaus hilfreich. Außerdem hat er dabei unversehens – ohne anspruchsvolles Theoretisieren – Maßstäbe und Regeln für das Ackern auf dem Feld der Zeitgeschichte eingeführt, die wesentlich dazu beitrugen, die Wissenschaftlichkeit dieser Disziplin darzutun und ihre Anerkennung durch die etablierte Geschichtswissenschaft zu erreichen.

Der herausgeberische Impetus, dem Rothfels zu Beginn gehorchte, hat im Laufe der Jahre keineswegs nachgelassen, ist eher noch stärker geworden, was einen Grund fraglos auch darin hatte, daß ihm, wie sein Partner in der Herausgeberschaft Theodor



Theodor Eschenburg (1904–1999)

Eschenburg in seinen Erinnerungen schreibt, die Vierteljahrshefte „zu seiner Lebensaufgabe geworden sind, nachdem die Zeitläufte ihn um das große Werk gebracht haben“³⁶. Doch selbst einem Rothfels wäre es, trotz seiner missionarischen Leidenschaft und trotz seiner außerordentlichen Arbeitsfreude, nicht gelungen, den Vierteljahrsheften jenes Profil zu geben, das ihm vorschwebte, hätte er nicht zwei kongeniale Mitstreiter gefunden. Theodor Eschenburg, Sohn eines aus Lübecker Patrizierfamilie stammenden Admirals, war in den Weimarer Jahren zeitweise als Gehilfe Gustav Stresemanns tätig gewesen. Im Dritten Reich hatte der – trotz seiner kurzen SS-Mitgliedschaft – liberale Jurist, Historiker und Politologe als Syndikus der Reißverschluß- und Knopfindustrie überwintert. Nach Kriegsende an prominenter Stelle in Regierung und Verwaltung des Landes Südwestfalen-Hohenzollern einer

der Männer der ersten Stunde, war er mittlerweile als Inhaber eines politologischen Lehrstuhls in Tübingen ein Kollege und Freund von Rothfels geworden. Eschenburg sagt in seinen Memoiren, er habe Rothfels „bei der Redaktionsarbeit den Vortritt gelassen – zum einen war ich auf dem Gebiet der Zeitgeschichte viel unerfahrener als er, zum anderen habe ich bald gemerkt, wie sehr ihm diese Zeitschrift am Herzen lag“³⁷. Diese zurückhaltende Formulierung ist zwar nicht völlig unzutreffend, erweckt aber dennoch einen falschen Eindruck. Eschenburg hat mit dem gleichen Eifer Autoren geworben, und wenn er sich bei der Bearbeitung angenommener Manuskripte in der Tat etwas zurückhielt, so hat er in den ersten zehn Jahren auf vielfache Weise etwas gezeigt, das für die Entwicklung der Vierteljahrshefte von wesentlicher Bedeutung war, nämlich daß er auf seinen – nicht gerade schwachen – Schultern die Konzeption mitrug, der Rothfels bei Zielsetzung und Gestaltung der Zeitschrift folgte.

³⁶ Theodor Eschenburg, *Erinnerungen*, S. 201.

³⁷ *Ebenda*.

Zwischen den beiden Herausgebern entstand ein ungewöhnliches Vertrauensverhältnis, das sich auf die praktische Arbeit auch insofern auswirkte, als Rothfels die Entscheidung über Manuskripte, welche ihm ferner liegende Themen behandelten, etwa staats- und völkerrechtliche Probleme oder Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, blind Eschenburg überlassen konnte: Es verstand sich, daß Eschenburg in solchen Fällen zwar auf Grund spezifischer Sachkenntnis eigenständig, aber in geistiger Übereinstimmung mit Rothfels urteilte.

Für die formativen Jahre der Vierteljahrshefte war vielleicht noch wichtiger, daß die beiden Herausgeber auf einen Schriftleiter trafen, den sie alsbald in das zwischen ihnen bestehende Vertrauensverhältnis aufnehmen konnten, und zwar nicht als simplen Exekutor ihrer Direktiven, sondern de facto als dritten Partner. Helmut Krausnick hatte sich vor 1933 weiter rechts als Eschenburg politisch engagiert. Anfänglich bei der DNVP aktiv, hatte er die Deutschnationalen aus Protest gegen den von Hugenberg durchgesetzten Kurs verlassen und sich den gemäßigten Volkskonservativen angeschlossen. Gleichwohl erschien ihm die NSDAP im tumultuösen Jahr 1932 als die einzige zukunftssträchtige politische Energie im Lande, und er trat in die Partei ein. Noch 1933 begann freilich bittere Enttäuschung aufzukeimen, und spätestens mit dem 30. Juni 1934 – dem er sich später mit besonderem Interesse als Historiker widmen sollte – setzte die Wendung zu prinzipieller Ablehnung des NS-Regimes ein. Eine konservative Grundierung seiner politischen Vorstellungswelt blieb jedoch, und die Gesinnungsverwandtschaft, die ihn also mit Rothfels verband, wirkte als gute Basis



Helmut Krausnick (1905–1990)

für eine Zusammenarbeit der beiden. Krausnick kam von der Diplomatengeschichte her und hatte sich mit Arbeiten zur Politik Bismarcks und zur Sonderpolitik der dominierenden Figur des Auswärtigen Amtes in der Endphase des Bismarckschen Regiments, des Geheimrats v. Holstein, wissenschaftliches Ansehen erworben und nicht zuletzt die Anerkennung des Bismarck-Kenners Rothfels gefunden. Was die Zeitschrift betraf, stand er mit Rothfels im Grundsätzlichen auf gleichem Boden, und er teilte mit ihm die Leidenschaft fürs Redigieren. Letzteres entsprang indes nicht nur persönlicher Neigung, sondern, wie bei Rothfels selbst, ebenfalls dem Bestreben nach einer „gewissen Einheit des Stils und der Haltung“.

Herausgeber und Schriftleiter verstanden darunter vor allem, daß die Zeitschrift einerseits einer Mission der Aufklärung, dem Trachten nach historischem Erkenntnisgewinn und dem Gebot zur Restauration „europäischer Gesittung“ zu dienen habe, also in Motiv und Ursprung durchaus der Emotionalität bedürfe, andererseits aber, vom selbstverständlichen Bemühen um Objektivität ganz abgesehen, in Präsentation und Sprache von strengster Sachlichkeit, ja oft von radikaler Nüchternheit gekennzeichnet sein müsse. Der Annäherung an dieses Ziel galt auch Krausnicks redaktionelle Tätigkeit. So entwickelte sich zwischen dem Herausgeber Rothfels und dem

64 Aufsätze

Schriftleiter Krausnick eine Beziehung, die im Alltagsgeschäft notwendigerweise enger wurde als die zwischen Rothfels und Eschenburg. Weniger in Briefen und Konferenzen, sondern mehr in häufigen und oft langen Telefonaten wurden publikationspolitische Fragen erörtert, Entscheidungen über eingegangene Manuskripte vorbereitet und auch getroffen, wurde die Bearbeitung angenommener Beiträge gemeinsam vorgenommen. Ohne daß Krausnick die Dominanz und die Autorität von Rothfels je auch nur mit einer Geste in Frage gestellt hätte, ist sein Anteil an der inhaltlichen Gestaltung und am Stil der Vierteljahrshefte nicht zu überschätzen.

Allerdings war der Enthusiasmus, den das Triumvirat investierte, für das Gedeihen des Unternehmens auch notwendig, denn gerade in der ersten Dekade erwies sich die Arbeit als ein recht mühsames Geschäft. Vor allem fiel die Gewinnung von Autoren schwerer als erwartet. Noch wagten sich nicht allzu viele deutsche Historiker auf das Terrain der Zeitgeschichte, zumal der eine oder andere die unausweichliche Beschäftigung mit den Verbrechen des NS-Regimes wenig attraktiv fand, und etliche derer, die sich doch den Problemen der jüngsten Vergangenheit zuwandten, waren nicht ohne weiteres bereit, in den Vierteljahrsheften zu publizieren, sondern wollten abwarten, ob sich die neue Zeitschrift durchsetzte und Prestige gewann; ein gewisser Attentismus ist unverkennbar. Daher täuschen die Vorbemerkungen, die Rothfels so liebte, eine Freiheit und Systematik der Wahl von Themen und Autoren vor, die es in Wirklichkeit nicht gab. Herausgeber und Schriftleiter lebten oft genug von der Hand in den Mund.

Zwei Aushilfen boten sich an. Rothfels hatte in den Emigrationsjahren mancherlei Verbindungen zu britischen und amerikanischen Kollegen anknüpfen können, nicht zuletzt zu emigrierten deutschen Historikern, die in Großbritannien oder in Kanada und den USA eine akademische Zuflucht gefunden hatten. Er schöpfte aus diesem Reservoir immer wieder, und zwar nicht nur, weil er das angesichts der Qualität der emigrierten Wissenschaftler für richtig hielt, von denen einige, wie der noch junge Gerhard L. Weinberg, bereits mit den in die USA verbrachten deutschen Akten arbeiten konnten, und auch nicht nur, weil es ein Gebot der Wiedergutmachung an den Vertriebenen zu befolgen galt. Eine ebenso große Rolle spielte der Mangel an Manuskripten. So tauchten in den ersten Jahrgängen neben Weinberg Namen wie Ferdinand A. Hermens, Fritz T. Epstein, Walter Werner Pese, Felix Hirsch, Gerald Stourzh oder Hans W. Gatzke auf. Daß die Zeitschrift für Emigranten derart offen war, ist in Oxford, in Amsterdam oder in Harvard sehr wohl registriert worden und hat die Wiederannäherung zwischen nichtdeutscher und deutscher Geschichtswissenschaft durchgefördert.

Die andere Möglichkeit bestand darin, daß Herausgeber und Schriftleiter selber zur Feder griffen. Das ist denn auch in außergewöhnlichem – fast an Zeitungsbetrieb erinnernden – Maße geschehen. In den ersten zehn Jahrgängen hat Helmut Krausnick neun, hat Theodor Eschenburg neun und hat Rothfels gar zweiundzwanzig Beiträge in den Vierteljahrsheften publiziert. Die Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte hatten ebenfalls fleißig Aufsätze, Miscellen und Dokumentationen zu produzieren (zum Beispiel Martin Broszat fünf, Helmut Heiber sechs, Thilo Vogelsang sechs, Hans Buchheim sieben). So läßt sich, da ja die Herausgeber im Auftrag des Instituts tätig und diesem auch sonst eng verbunden waren, sagen, daß die Zeitschrift im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens in einem ganz handfesten Sinne das Organ der jungen

Institution war. Die anfängliche Hoffnung, daß in einer Phase, in der das Institut noch nicht mit einer Fülle von Büchern zu prunken vermochte, solcher Mangel mit Hilfe der Vierteljahrshefte ausgeglichen werden könne, ist also auch dadurch erfüllt worden, daß aus einer Not eine Tugend gemacht wurde. Später hat sich das Verhältnis zwischen interner und externer Produktion notwendigerweise geändert. Die Beiträge von Herausgebern, Schriftleiter und Angehörigen des Hauses blieben aber stets ein unverzichtbares Element, auch wenn sich mit der Durchsetzung der Zeitgeschichte und mit dem Erfolg der Vierteljahrshefte der Kreis der an Mitarbeit interessierten und für Mitarbeit qualifizierten Autoren erweiterte und an die Stelle der Sorge um Manuskripte nicht selten die ein Überangebot beschert. Von 1953 bis 1963 hatten die für die Zeitschrift unmittelbar Verantwortlichen und die im Institut tätigen Historiker mehr als ein Drittel des Inhalts der Hefte selbst geschrieben. Faßt man jedoch die ersten fünfundzwanzig Jahre insgesamt ins Auge, so kommt man auf einen Anteil von etwas mehr als einem Viertel. Das zeigt den Wandel, der in den sechziger Jahren eintrat und sich in den siebziger Jahren verstärkt fortsetzte, deutlich genug.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es den Vierteljahrsheften jedoch von Anfang an in erstaunlichem Maße gelungen, Beiträge zu wünschbaren und wichtigen, ja zentralen Themen der Zeitgeschichte zu bieten. Im Mittelpunkt stand natürlich, wie es Auftrag und Konzeption der Zeitschrift entsprach, die deutsche Geschichte. Dabei haben Herausgeber, Schriftleiter und die Redakteure der späteren Jahre gerne Manuskripte angenommen, in denen Entwicklungen nachgespürt wurde, die vor dem Epochenjahr 1917/18 lagen, sofern diese Entwicklungen Bedeutung für das Geschehen nach 1918 besaßen, wenn es also zum Beispiel um Vorläufer der NS-Bewegung wie die Alldeutschen oder die deutschen Nationalsozialisten in Böhmen und Mähren ging. Überwiegend wurden aber naturgemäß Weimarer Republik und NS-Regime behandelt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß Aufsätze und Dokumentationen etwa zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen von Rapallo bis 1933, zur Verständigungspolitik Stresemanns, zur Haltung von Reichswehr, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wieder und wieder zum Aufstieg Hitlers und der NSDAP, zur Geschichte der Parteien von KPD und SPD über Zentrum und Deutsche Volkspartei bis zu den Deutschnationalen oder zu den wirtschaftlichen Krisen, von denen die deutsche Gesellschaft erschüttert wurde, im Lauf der Jahre ein gerechtes Bild der Republik von Weimar entstehen ließen, ein Bild, das geeignet war, jenes Zerrbild abzulösen, das die Nationalsozialisten unter dem Schlagwort „Systemzeit“ den Deutschen mit großem Erfolg vor Augen gestellt hatten.

Was die NS-Zeit anging, so bemühten sich Herausgeber und Redaktion seit dem ersten Heft vor allem darum, den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes zu zeigen und zu analysieren, die einzelnen Verbrechen, von der Verfolgung und Ermordung der Juden bis zur kriminellen Herrschaftspraxis in den seit 1938/39 besetzten Ländern, umfassend und schonungslos, ohne jede Apologie, darzustellen, daneben auch Mordaktionen wie die vom 30. Juni 1934. Zugleich kam es jedoch darauf an, das während des Dritten Reiches undurchschaubare Gewirr von staatlichen, halbstaatlichen und nationalsozialistischen Institutionen und Organisationen gewissermaßen zu kartographieren und damit Struktur und innere Entwicklung

■ VfZ 1/2003

66 Aufsätze

des NS-Regimes in den Friedens- wie in den Kriegsjahren zu erfassen und verständlich zu machen³⁸. Ebenso wichtig war die Erhellung und Erklärung der anfänglich gänzlich im Dunkeln liegenden Hitlerschen Außen- und Kriegspolitik. Jedes Heft brachte Beiträge, die diesen beiden Zwecken dienten, und auf solche Weise lieferten die Vierteljahrshefte natürlich auch ständig feste Bausteine, wie sie von größeren Werken als Bestandteile des Fundaments und als Stützen gebraucht wurden. Rothfels lag besonders auch die Erforschung des deutschen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur am Herzen. Daß er hier bahnbrechend gewirkt hatte und nun als Herausgeber der Vierteljahrshefte mit größter Freude einschlägige Aufsätze und Dokumentationen – auch von ihm selbst – publizierte, hatte neben dem selbstverständlichen Interesse des Historikers gewiß auch zwei weitere Gründe: Er spürte ohne Zweifel eine gewisse geistige und politische Verwandtschaft mit manchen Gruppen und Personen des Widerstands, vor allem mit dem Kreisauer Kreis, und zugleich leitete ihn die Vorstellung, mit der Hervorhebung oppositioneller Gesinnungen und Aktivitäten für die Rehabilitierung der so tief gefallenen deutschen Nation zu wirken.

Andererseits zögerte er nie, die Zeitschrift zu nutzen, wenn in der Bundesrepublik Bücher mit apologetischer Tendenz auftauchten. Um nur zwei derartige Versuche – intelligenter gemacht als alles, was später von der äußersten Rechten unternommen wurde – zu nennen: bei Peter Kleists (einem Mann Ribbentrops) „Auch Du warst dabei“ und bei Fritz Hesses (1939 Presseattaché an der deutschen Botschaft in London) „Spiel um Deutschland“ haben Hans Buchheim³⁹ und Helmut Krausnick⁴⁰ gegen hier keimende Legenden sogleich Klarheit geschaffen. Im übrigen ist es bemerkenswert, daß auch schon Rothfels, Eschenburg und Krausnick nicht vor der Behandlung von Problemen der deutschen Geschichte nach 1945 zurückscheuten. In den ersten fünfundzwanzig Jahren der Zeitschrift waren 57 Aufsätze und Dokumentationen solchen Themen gewidmet, in den ersten zehn Jahren immerhin bereits zwölf, drei davon Vorgängen in der SBZ.

Öffentliche Resonanz

Daß bereits die erste Nummer der Vierteljahrshefte so große Resonanz fand, war kein Zufall, sondern die Folge einer ebenso intensiven wie modernen Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Verlag, Herausgeber und Redaktion hatten schon im Juni 1952 eine dementsprechende Strategie festgelegt⁴¹, die vor allem darauf zielte, die Presse und den Rundfunk für die neue Zeitschrift einzunehmen. Jeder, der mit den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte zu tun hatte, sollte dafür seine Beziehungen zu führenden

³⁸ So schrieb Hans Buchheim schon 1955 den grundlegenden Aufsatz „Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches“, in: VfZ 3 (1955), S. 127–157.

³⁹ Vgl. Hans Buchheim, Zu Kleists „Auch Du warst dabei“, in: VfZ 2 (1954), S. 177–192.

⁴⁰ Vgl. Helmut Krausnick, Legenden um Hitlers Außenpolitik, in: Ebenda, S. 217–239.

⁴¹ Vgl. Notiz von Mau über eine Besprechung mit Rothfels, Eschenburg und Dingeldey (DVA) am 20. 6. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90] (die Notiz datiert vom 21. 6. 1952), und Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Rothfels, Eschenburg und Mau am 14. März 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978. Die Aufzeichnung datiert vom 17. 3. 1952 [ID 90].

Journalisten spielen lassen: Rothfels wollte unter anderen Marion Gräfin Dönhoff, Annedore Leber und Margret Boveri kontaktieren, Eschenburg versprach, Dolf Sternberger, Fritz Sängler und René Allemann und viele weitere Presseleute anzusprechen, und auch Hermann Mau wirkte tatkräftig an der Propagandakampagne mit, ganz zu schweigen von der DVA, die zahlreiche Prospekte drucken und an etwa 2000 Adressen verschicken ließ, unter anderen an alle Mitglieder des Bundestages, an über 350 Historiker und an 250 Bibliotheken im In- und Ausland⁴².

Die Vierteljahrshefte wurden damit fast schlagartig bekannt – und sie blieben im Gespräch, weil sie die Erwartungen, die mit ihnen verbunden waren, offenkundig erfüllten. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren gab es kaum eine Nummer, die in Presse und Rundfunk nicht breit rezipiert worden wäre. Nicht wenige Artikel wurden in Dutzenden von Zeitungen referiert, manche sogar mehrmals auszugsweise abgedruckt. So war es etwa mit der Dokumentation über Himmlers Rede vor den Gauleitern am 3. August 1944, die Theodor Eschenburg einleitete, dem postum veröffentlichten Aufsatz von Hermann Mau über „Die ‚Zweite Revolution‘. Der 30. Juni 1934“, der Studie von Kurt Sontheimer über „Thomas Mann als politischer Schriftsteller“ und mit der Abhandlung über „David L. Hoggan und die Dokumente“, in der Hermann Graml den apologetischen Deutungen des amerikanischen Historikers entschieden entgegentrat; Gramls Entgegnung erschien 1963 in der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ und parallel als Sonderdruck der Vierteljahrshefte, der in einer Auflage von 7000 durch die Landeszentralen für politische Bildung in Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern verteilt wurde⁴³. Die größte Verbreitung fand aber zweifellos der sogenannte Gerstein-Bericht über Massenvergasungen von Juden, der – versehen mit einer Einleitung von Hans Rothfels – im zweiten Heft des ersten Jahrgangs erschien. Der erschütternde Augenzeugenbericht war ein publizistisches Ereignis, das in der Geschichte der Vierteljahrshefte ohne Beispiel ist: Zahlreiche Zeitungen griffen das Dokument auf, die Nachtstudios berichteten darüber, und die Bundeszentrale für Heimatdienst, die auch zahlreiche weitere VfZ-Artikel in der Beilage ihrer Wochenzeitung „Das Parlament“ nachdruckte⁴⁴, ließ hier sogar einen Sonderdruck anfertigen, der „eine Auflage von 100.000 erreicht hat und im Wahlkampf [zum Bundestag] die Hoffnung der Rechtsradikalen in Niedersachsen zunichte machen half“, wie der Leiter der Vorläuferorganisation der Bundeszentrale für politische Bildung meinte⁴⁵.

⁴² Vgl. DVA an Mau, 9. 10. 1952, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90]. Vgl. auch Berner (DVA) an Krausnick, 10. 4. 1953, Dingeldey (DVA) an Krausnick, 30. 3. 1953, und Gerbert (DVA) an Institut für Zeitgeschichte, 18. 3. 1953, in: Ebenda.

⁴³ Vgl. Theodor Eschenburg, Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: VfZ 1 (1953), S. 357–394; Hermann Mau, Die „Zweite Revolution“. Der 30. Juni 1934, in: Ebenda, S. 119–137; Kurt Sontheimer, Thomas Mann als politischer Schriftsteller, in: Ebenda 6 (1958), S. 1–44; Sonja Noller an DVA, 19. 7. 1963, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [ID 90].

⁴⁴ Vgl. beispielsweise Aus Politik und Zeitgeschichte, 6. 10. 1954, 10. 8. 1955, 23. 5. 1956, 12. 6. 1957, 18. 2. 1959, 8. 7. 1959, 27. 4. 1960.

⁴⁵ Ergänzung zum Tätigkeitsbericht von Ende Juli für die Zeit bis Ende November 1953, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/5; vgl. auch Bericht Dr. Kluge nach Beginn seiner Tätigkeit, 1. 10. 1953, in: Ebenda, ID 8/6.

Keine andere wissenschaftliche Zeitschrift erreichte ein so großes Publikum, keine andere ließ so häufig aufhorchen, und keine andere lieferte eine so „aufregende, oft über alle Maßen spannende, gelegentlich wahrhaft sensationelle Lektüre“, wie die Süddeutsche Zeitung im Februar 1963 schrieb⁴⁶. „[...] in den zehn Jahren ihres Bestehens“, so der Südwestfunk im März 1962, „hat die Zeitschrift unter der Ägide von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg sich nicht nur zu einem der führenden Publikationsorgane der deutschen Geschichtswissenschaft entwickelt, [...] sie ist [...] auch eine Hauptschlagader der zeitgeschichtlichen Forschung geworden und darüber hinaus [...] zum wachen Gewissen aller Bemühungen um die Zeitgeschichte, die ja wie kein anderes Gebiet der Historie den mehr oder weniger getarnten Angriffen der Geschichtsklitterung ausgesetzt ist.“⁴⁷

Entsprechend positiv entwickelte sich die Zahl der Abonnenten. Die DVA war 1952/53 mit einer Auflage von 2000 Stück gestartet, wobei freilich 1000 Exemplare allein für Werbezwecke kostenlos verschickt wurden. Im ersten Jahr rechnete der Verlag mit rund 400 Abonnenten, doch diese Zahl hatte man mit über 770 bereits im April 1953 weit übertroffen; bis Ende 1953 stieg sie auf nahezu 1200 an. 1957/58 wurde die 2000er Grenze erreicht, 1960/61 zählte man schon 3000 Abonnements, und 1966 – dies der Spitzenwert in der Geschichte der Zeitschrift – 4300; 400 bis 500 gingen in das Ausland, und zwar vor allem nach Österreich und in die Schweiz, danach folgten die Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, USA und die skandinavischen Länder, während die Vierteljahrshefte in Frankreich, Italien und Belgien kaum Interesse fanden⁴⁸. Nach 1966 war die Entwicklung leicht rückläufig: Zwischen 1969 und 1975 stagnierte die Zahl der Abonnenten bei 4000. Bemerkenswert daran war freilich, daß die Zeitschrift im Ausland immer beliebter wurde – die Zahl der Abonnements stieg von 550 (1969) auf 929 (1975), während die Nachfrage im Inland zurückging. 1976 verlor die Zeitschrift fast 380 Abonnenten (über 130 davon im Ausland), sie legte danach aber wieder leicht zu, so daß am Ende der Ära Rothfels/Eschenburg/Krausnick im Dezember 1977 3654 Abonnements bestanden – 825 davon im Ausland und ca. 950 davon zu reduzierten Preisen mit Studenten⁴⁹.

⁴⁶ Süddeutsche Zeitung, 8. 2. 1963: Zehn Jahre Vierteljahrshefte.

⁴⁷ Südwestfunk, Kulturelles Wort, 29. 3. 1962; Text, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 35/2.

⁴⁸ Vgl. dazu Protokoll über die gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Beirat des Instituts für Zeitgeschichte München am 7. 11. 1952, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/4; Ergänzung zum Tätigkeitsbericht von Ende Juli für die Zeit bis Ende November 1953, in: Ebenda, ID 8/5; Verwendungsnachweis für Rechnungsjahr 1957, 21. 5. 1958, in: Ebenda, ID 8/10; Tätigkeitsbericht für die Zeit von Oktober 1960 bis Oktober 1961, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8; Empfehlungen [einer nicht näher bezeichneten Kommission] für die künftige Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte, Anfang sechziger Jahre, in: Ebenda; die Ausführungen von Hellmuth Auerbach in der Besprechung der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte am 29. November 1968 in der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart; Protokoll, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁴⁹ Vgl. Jahresbericht 1976, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8; Jahresbericht 1977, in: Ebenda.

Das Ende einer Ära

Trotz der alles in allem überaus positiven Entwicklung der Vierteljahrshefte stellte sich Mitte der sechziger Jahre da und dort ein gewisses Unbehagen an der Zeitschrift ein. Symptome dafür gab es viele: Die öffentliche Resonanz ging ebenso zurück wie die Zahl der Abonnements im Inland. Erstmals wurde nun sogar auch von denen Kritik geäußert, die bis dahin die Zeitschrift mit großem Wohlwollen betrachtet hatten. Die Rhein-Zeitung etwa schrieb am 21. September 1967 unter der Überschrift „Neue Themen, bitte!“ über die Julinummer der Vierteljahrshefte: „Alles Themen, die mit der Herrschaft des Nationalsozialismus direkt oder indirekt zusammenhängen! Darf sich auf die Dauer hierin der Auftrag einer Zeitschrift für Zeitgeschichte nahezu erschöpfen?“ Es sei nicht einzusehen, weshalb sich die Vierteljahrshefte „nicht nun auch etwa des Anfangs der Ära Adenauer oder des Regimes Ulbricht aus zeitgeschichtlicher Sicht annehmen sollte[n]. Andernfalls wäre es sinnvoll, den Titel der Zeitschrift zu reduzieren auf ‚Vierteljahrshefte für NS-Geschichte‘.“

Hinzu kam, daß es Mitte der sechziger Jahre auch in der Geschichtswissenschaft zu gären begann und daß dieser Gärungsprozeß in den Vierteljahrsheften kaum einen Niederschlag fand. Daß die Zeitschrift sich an der Fischerkontroverse über die Schuld am Ersten Weltkrieg nicht beteiligt hatte, war vielleicht noch nachzuvollziehen, denn der Gegenstand der Debatte lag ja außerhalb des Geltungsbereichs der Zeitgeschichte, wie Rothfels ihn 1953 markiert hatte. Wo aber blieben Aufsätze aus den Grenzbezirken zur Politologie, zur Soziologie, zur Psychoanalyse und zu den Wirtschaftswissenschaften, die damals in Mode kamen? Komparatistische Ansätze suchte man ebenso vergeblich wie Reflexionen zu neuen Methoden und Forschungsrichtungen in der Geschichtswissenschaft, wie sie Mitte der sechziger Jahre ebenfalls zum guten Ton einer Disziplin gehörten, die – von allen Seiten bedrängt und in eine Krise geredet – oft hektisch nach einem neuen Profil zu suchen begann. Die Vierteljahrshefte, so schien es vielen, mieden diesen Debattenlärm und machten in den gewohnten Bahnen weiter, ohne zu merken, daß es nicht mehr genügte, Aufklärungsmaterial über den Nationalsozialismus zu bieten und apologetischen Tendenzen entgegenzutreten.

Damit stand – nolens volens – auch Hans Rothfels in der Kritik, der nach wie vor den Kurs der Zeitschrift bestimmte. War er nicht doch zu alt und starr geworden, um die Anliegen der jüngeren Generation verstehen zu können, die ungeduldig auf eine Neuorientierung der Zeitgeschichtsforschung und ihren Austausch mit den Nachbardisziplinen drängte? Auch im Institut für Zeitgeschichte und selbst in dem engeren Kreis, der die Zeitschrift mit Rothfels machte, gab es nicht wenige, die solche Fragen stellten und den Hauptherausgeber – bei aller Hochachtung und Zuneigung, die sie ihm entgegenbrachten – sogar manchmal aufs Altenteil wünschten, wenn er sich wieder einmal in alles mischte oder – schlimmer noch – sich das Recht nahm, strittige Aufsätze mit kommentierenden Vorbemerkungen zu versehen. Diese Art der fürsorglichen Bevormundung mochte in den fünfziger Jahren angemessen gewesen sein, als es geglitten hatte, handwerkliche Maßstäbe zu setzen und historisch-politische Kriterien im Umgang mit dem Nationalsozialismus zu entwickeln; mittlerweile war sie so anachronistisch geworden, daß Martin Broszat, seit 1972 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Rothfels dringend bat, eine Vorbemerkung zu einer Dokumentation von Konrad H. Jarausch

■ VfZ 1/2003

zurückzuziehen, und dabei seinen Unmut kaum zügeln konnte: „Zunächst liegt es ja im Wesen einer wissenschaftlichen Zeitschrift, daß in ihr verschiedene wissenschaftliche Auffassungen zu Wort kommen. Deshalb sollten die Herausgeber einer solchen Zeitschrift grundsätzlich sehr zurückhaltend mit Vorbemerkungen sein und nur im äußersten Falle einen ausdrücklichen Vorbehalt gegen einen Beitrag machen, weil dies nur allzu leicht als zensorhaftes Verhalten Gegenkritik auslösen könnte. [...] Schließlich bemängeln Sie in Ihrer Vorbemerkung die Tatsache, daß sich Jarausch nicht genügend kritisch von Fritz Fischer und Immanuel Geiss abgesetzt hat. Eine solche Bemerkung wäre, verzeihen Sie, so berechtigt sie in Ihren Augen sein mag, in der Tat Zensur und würde den Herausgebern, wie ich meine, begründete Angriffe eintragen können.“⁵⁰

Martin Broszat war auch in anderer Hinsicht derjenige, der Rothfels' Dominanz in der Zeitschrift und den Kurs, den die Vierteljahrshefte unter dessen Leitung nahmen, am stärksten in Frage stellte. Geradezu allergisch gegen alles, was auch nur den Anschein von Stillstand und Stagnation erweckte oder gar nach Zufriedenheit roch, war Broszat der Ansicht, daß die Zeitschrift schweren Zeiten entgegengehen würde, wenn sie sich gegenüber den neuen Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft nicht öffnete und wenn sie diese Öffnungsbereitschaft nicht auch in personeller Hinsicht demonstrierte. Broszat hatte 1967 an einer internationalen Tagung in London teilgenommen und dabei auch den „Stil und die Methodik“ von Walter Laqueur „bei der Vorbereitung und Planung“ des *Journal of Contemporary History* kennengelernt, das in Broszats Augen als „Rivale“ der Vierteljahrshefte“ und in mancher Hinsicht auch als Vorbild gelten konnte. „Was immer die inhaltliche Qualität des Journal sein mag“, schrieb er in einer Aktennotiz, „die Qualität seiner Planung, Vorbereitung und Voraussicht scheint mir unbestritten. Gewiß bedürfen die Vierteljahrshefte [...] nicht solcher Kraftanstrengungen und gleicher perfektionistischer Planung. Auf der anderen Seite scheint mir ein höheres Maß systematischer Sammlung von Informationen und [...] ein planvolleres Vorgehen bei der Kontaktaufnahme mit Autoren und der Beschaffung von Artikeln auch für die Vierteljahrshefte überaus erwünscht. Die nach wie vor außerordentlich eindrucksvolle Auflagenhöhe der Vierteljahrshefte ist m. E. allein noch kein Argument gegenüber den sich mehrenden kritischen Stimmen, welche nachlassende Interessantheit, zu starke Zufälligkeit, eine gewisse Stagnation des Autoren- und Themen-Kreises der Vierteljahrshefte beklagen (einige solche Klagen von alten Freunden der Vierteljahrshefte hörte ich auch in London). Daß die Vierteljahrshefte trotz der zwangsläufig nachlassenden Aktualität mancher ihrer Spezialgegenstände: Nationalsozialismus, deutscher Widerstand etc. sich Ansehen und Verbreitung in so großem Maße haben erhalten können, ist in allererster Linie der Hingabe ihres Hauptherausgebers Prof. Rothfels zu verdanken. Es ist aber m. E. unverantwortlich ihm und der Zeitschrift gegenüber, es mehr oder weniger bei dieser Ein-Mann-Initiative zu belassen.“⁵¹

⁵⁰ Broszat an Rothfels, 8. 5. 1973, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104]. Die Dokumentation „Die Alldeutschen und die Regierung Bethmann Hollweg. Eine Denkschrift Kurt Riezlers vom Herbst 1916“ erschien dann tatsächlich ohne Vorbemerkung. Vgl. VfZ 21 (1973), S. 435–468.

⁵¹ Vgl. Aktennotiz von Broszat betr. Planung des von Prof. Walter Laqueur redigierten *Journal of Contemporary History*, 10. 11. 1967, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

Was Broszat wollte, läßt sich am besten mit dem Stichwort „Aktivierung“ beschreiben. Rothfels selbst, so wird man seine Pläne deuten können, ließ sich nicht mehr aktivieren; deshalb mußte er in einen Kreis von Mitherausgebern eingebunden werden, der um junge, zupackende Historiker ergänzt werden sollte, die näher am Puls der Zeit waren als Rothfels, Eschenburg und die alte Mannschaft der Mitherausgeber⁵², die Rothfels kein einziges Mal zu einer Besprechung zusammengerufen hatte und die auch sonst kaum eine Rolle spielten. Das sollte sich jetzt ändern. Broszat und Helmut Krausnick, der sich die Pläne seines dynamischen Mitarbeiters weitgehend zu eigen machte, dachten vor allem an die Mitarbeit von Rudolf von Albertini, Karl Dietrich Bracher, Knut Borchardt und Rudolf Vierhaus; im Gespräch waren aber auch Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Thomas Nipperdey und Golo Mann⁵³.

Entscheidend war in Broszats Augen aber, daß das Institut selbst stärker als bisher die Verantwortung für die Zeitschrift übernahm und damit auch konzeptionell seiner Rolle gerecht wurde, die sich aus der Tatsache ergab, daß Rothfels und Eschenburg die Vierteljahrshefte ja schließlich im Auftrag des Instituts herausgaben. Am besten hätte sich diese „Verklammerung von Institut und Herausbergremium“ dadurch erreichen lassen, daß Rothfels und Eschenburg den Direktor des Instituts (bis 1972 Krausnick) als „dritten Hauptherausgeber und Herrn Broszat und Herrn Vogelsang in den Kreis der Mitherausgeber“ beriefen, wie Broszat in einem Briefentwurf für Krausnick schrieb⁵⁴, der diesen Vorschlag aber als zu weitgehend verwarf und in seinem Schreiben an Rothfels vom 8. November 1968 nur anregte, „die Herren Broszat und Vogelsang in den erweiterten Herausgeberkreis aufzunehmen“⁵⁵.

Rothfels reagierte nach Rücksprache mit den alten Mitherausgebern nicht gerade begeistert auf diese Vorschläge, die letztlich doch alle darauf hinausliefen, ihm die Vierteljahrshefte aus der Hand zu nehmen. Ganz verschließen konnte er sich ihnen aber nicht, zumal es sich bei Hans Mommsen um seinen Schüler und bei Dietrich Geyer um einen Tübinger Kollegen handelte, der ebenfalls aus seinem Umfeld stammte. Anders lagen die Dinge bei Borchardt, Vierhaus, Nipperdey und Golo Mann, die – aus welchen Gründen auch immer – als Kandidaten ebenso rasch wieder ausschieden wie Broszat und Vogelsang; letztere traten aber immerhin in die Redaktion der Zeitschrift ein, die bis dahin nur aus Helmut Krausnick und Hellmuth Auerbach bestanden hatte. Selbst mit Albertini und Bracher konnte sich Rothfels nicht wirklich anfreunden; ihm wäre es lieber gewesen, man hätte an ihrer Stelle Dietmar Rothermund und Franz Ansprenger zu neuen Mitherausgebern gemacht, was aber am

⁵² Das Gremium der Mitherausgeber bestand zu dieser Zeit (1967/68) aus Theodor Schieder (seit 1958), Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluge (seit 1959) und Walter Bußmann (seit 1967); von der Mannschaft der ersten Stunde waren Dehio 1964, Schnabel 1966 und Hans Speidel 1958 ausgeschieden, ohne daß dies irgendeine Signalwirkung gehabt hätte.

⁵³ Vgl. Aktennotiz über die bei der Besprechung bei Herrn Professor Rothfels mit Herrn Professor Eschenburg am 22. 5. 1968 gefaßten Beschlüsse, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8; Rothfels an Schieder, Conze, Erdmann, Kluge, Bußmann, 26. 6. 1968, in: Ebenda; Erdmann an Rothfels, 27. 6. 1968, in: BA Koblenz, Nachlaß Erdmann, Nr. 170.

⁵⁴ Undatiertes Entwürf in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁵⁵ Ebenda.

Widerstand des Institutsdirektors scheiterte, der vehement für Albertini und noch vehementer für Bracher plädierte und sich damit schließlich auch durchsetzte⁵⁶.

Neu war schließlich auch, daß Rothfels der Einberufung von regelmäßigen Herausgeberbesprechungen zugestimmt hatte, auf denen die Zukunft der Zeitschrift geplant werden sollte. Die erste dieser insgesamt drei Besprechungen fand im November 1968 statt und verlief relativ ruhig. Keine Spur von einem Generationenkonflikt, keine Anzeichen für einen Richtungsstreit, Rothfels' Autorität blieb unangetastet. „Es herrschte Übereinstimmung unter den Anwesenden“, so hieß es im Protokoll, „die Behandlung des Nationalsozialismus selbst künftig mehr zurücktreten zu lassen, die Weimarer Zeit mindestens im bisherigen Umfang weiterhin zu behandeln, vor allem aber mehr Gewicht auf die Zeit nach 1945 zu legen. [...] Die Anwesenden sind sich bewußt, daß [...] auch in stärkerem Maße Aufsätze mehr politologischen und sozialwissenschaftlichen Charakters erscheinen“ sollten. „Die Zeitschrift solle durchaus auch den Methodenwandel in der historischen Wissenschaft reflektieren. Es wäre kein Fehler, wenn mehr soziale und ökonomische Themen behandelt würden.“⁵⁷

Damit war der Einfallsreichtum der neuen Mannschaft natürlich noch lange nicht erschöpft. Rothfels selbst thematisierte den Mangel an Aufsätzen zur außerdeutschen und außereuropäischen Geschichte, wobei er auch die „Probleme der Dritten Welt, der afrikanischen und asiatischen Staaten, die Frage der Nationalstaatsbildung u. a., nicht ausklammern“ wollte, während Martin Broszat vor allem daran gelegen war, „für die Darstellung einzelner Fragestellungen der deutschen Geschichte nach 1945 an Personen heranzutreten, die in der Politik selbst mitgewirkt haben, somit als Quelle für bestimmte Ereignisse dienen können, andererseits aber in der Lage sind, distanziert und reflektiert darüber zu referieren.“ Außerdem wollte er „die dokumentarische Zusammenfassung statistischer Materialien der Zeitgeschichte möglichst bald“ erproben, und schließlich plädierte er dafür, „bei gegebenen Anlässen auch kurze Glossen zu vieldiskutierten, im publizistisch-politischen Gebrauch strittigen oder verfälschten Begriffen, Fakten und Problemen der Zeitgeschichte in die Zeitschrift aufzunehmen“⁵⁸.

Als 1971 auf der zweiten großen Herausgeberkonferenz Bilanz gezogen wurde, konnte niemand leugnen, daß der Ideensturm vom November 1968 nahezu folgenlos geblieben war. Die neuen Mitherausgeber hatten anderes zu tun, als ihren Worten Taten folgen zu lassen; lediglich Hans Mommsen entfaltete beträchtlichen Gestaltungswillen. Broszat und Vogelsang konnten sich ebenfalls nur sporadisch um die Zeitschrift kümmern, und der mittlerweile achtzigjährige Rothfels dachte ohnehin nicht daran, seinen Führungsstil zu ändern; nicht einmal die fest verabredeten alljährlichen Herausgeberkonferenzen rief er zusammen. So war es kein Wunder, daß im April 1971 die gleichen

⁵⁶ Vgl. ebenda und Rothfels an Krausnick, 12. 11. 1968, in: BA Koblenz, NL Rothfels, Nr. 50. Gegen Albertini hatte sich Erdmann ausgesprochen (vgl. Erdmann an Rothfels, 27. 6. 1968 und Rothfels an Erdmann, 16. 8. 1968, in: BA Koblenz, Nachlaß Erdmann, Nr. 170), während die Vorbehalte gegen Bracher vor allem aus seinem Engagement bei zwei anderen Zeitschriften und aus seinen öffentlichen Aktivitäten resultierten.

⁵⁷ Besprechung der Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte am 29. November 1968 in der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart, in: IfZ-Altregistaur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁵⁸ Ebenda.

Schwächen diagnostiziert und die gleichen Heilmittel empfohlen wurden wie in den Jahren zuvor. „Nach Ansicht der Herren Professoren Conze, Mommsen, v. Albertini und der Mitarbeiter des IfZ sollte die Zeitschrift künftig auch in stärkerem Maße Beiträge zu methodologischen und wissenschaftstheoretischen Problemen und mit politologisch-sozialwissenschaftlichen Fragestellungen aufnehmen“, lautete eines der zentralen Anliegen, das nun schon seit Jahren auf der Tagesordnung stand, ohne daß es ernsthafte Anstrengungen gegeben hätte, diese Anregungen umzusetzen. Rothfels beharrte darauf, daß man „auf die alte klassische Methode der Geschichtswissenschaft nicht verzichten könne“, und er wandte sich auch dezidiert gegen das Prinzip der Planung und systematischen Anwerbung von Aufsätzen, das insbesondere Broszat verfochten hatte. Er hielt demgegenüber, so hieß es im Protokoll, „das Moment der Zufälligkeit des Angebots nicht für so unbefriedigend“, und er schrieb allen, die daran gezweifelt haben mochten, erneut in das Stammbuch: „Die letzte Verantwortung für die Aufnahme der Beiträge liege in jedem Fall bei den Hauptherausgebern.“⁵⁹

Die einzig greifbaren Ergebnisse blieben so die Berufung von Arnulf Baring in den Kreis der Mitherausgeber⁶⁰ und die steigende Unzufriedenheit mit Rothfels, die sich schon in der Sitzung gelegentlich Luft verschafft hatte. Einige Mitherausgeber fühlten sich schlecht informiert und von Rothfels in die Mithaftung für ein Produkt genommen, das ihren eigenen Vorstellungen immer weniger entsprach. Als sich die Herausgeber und die Redaktion im November 1973 das letzte Mal in der Ära Rothfels trafen, entlud sich diese Unzufriedenheit auf fast schon dramatische Weise. Ein Wortprotokoll ist damals anscheinend nicht geführt worden. Martin Broszat fühlte sich aber verpflichtet, nach der Besprechung einen erklärenden Brief an den – wie er glaubte – tief verletzten Rothfels zu entwerfen, den er dann aber doch nicht abschickte, weil er letztlich nur wie Salz in den Wunden des Hauptherausgebers gewirkt hätte und als indirekte Aufforderung verstanden werden konnte, nun endlich die Leitung der Zeitschrift in die Hände jüngerer Kollegen zu legen. „Wenn die geäußerte Kritik für uns unerwartet kam“, schrieb Broszat in dem Entwurf, der viel vom Klima der Sitzung einfängt und von Broszats Zukunftsvorstellungen verrät, „so ist sie mir doch verständlich und Sie und wir sollten sie als den konstruktiven Beitrag verstehen [...], wenn es dabei auch die eine oder andere Formulierungsfehlerleistung gegeben haben mag. Das konstruktive Element sehe ich vor allem in dem Bestreben, den Vierteljahrsheften künftig wieder mehr jene Anziehungskraft und lebendige Beachtung zu verschaffen, die sie in früheren Jahren z. T. einfach dadurch gehabt hatten, daß jeder größere Artikel über die Weimarer oder NS-Zeit auf ein damals brennendes Interesse an diesem Gegenstand rechnen konnte.“ Broszat konstatierte, daß dies nicht mehr zutrefte und die Zeitschrift daher, wie ein Teilnehmer der Sitzung gesagt habe, ein „Archiv der Zeit-

⁵⁹ Protokoll über die Besprechung der Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte am 24. April 1971 im Institut für Zeitgeschichte, München, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

⁶⁰ Vgl. ebenda. 1972 wurde Hermann Graml in die Redaktion aufgenommen, die damit aus Broszat, Graml, Vogelsang und Auerbach bestand, der die Geschäfte führte. Vgl. Rundschreiben von Rothfels und Eschenburg an die Mitherausgeber der Vierteljahrshefte, September 1972, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

geschichte“ geworden sei, zumal es seit den sechziger Jahren „eine Reihe neuer großer Diskussionskomplexe auf zeitgeschichtlichem Gebiet“ gegeben habe, die unter großer Beachtung mit Verve ausgefochten worden seien, sich gleichwohl aber „so gut wie [nicht] in den Vierteljahrsheften abgespielt“ hätten. Künftig müsse die Zeitschrift wieder „in stärkerem Maße Forum der Diskussion werden“, und zwar „bei solchen Themen und Fragestellungen, die sich innerhalb der Wissenschaftsentwicklung als jeweils neue und wichtige gedankliche Anstöße abzeichnen“. Es „wäre sicher zuviel verlangt“, schrieb er in diesem Entwurf ungescheut, „daß solche Anstöße primär von Ihnen kommen könnten“. Deshalb sei ja schon der Kreis der Mitherausgeber erweitert und verjüngt worden. Jetzt komme es darauf an, „sehr gewissenhaft zu überlegen, was zur Verlebendigung der Zeitschrift getan werden“ könne, und eine „Organisationsform“ zu finden, die derartige Überlegungen „besser als bisher“ umzusetzen in der Lage sei. Er schlage also vor, daß sich die Hauptherausgeber und die Redaktion regelmäßig mit einigen besonders geeigneten Mitherausgebern zusammensetzen; zweimal im Jahr solle „ein solches arbeitsfähiges acting committee“ planen, welche Autoren welche Themen zu behandeln hätten. Die in dem „acting committee“ engagierten Mitherausgeber – er nannte die Namen Bracher, Mommsen, v. Albertini und Geyer – seien im übrigen geeignet, „eine wichtige Rolle zu spielen“, wenn „es um Ihre Nachfolge in der Zeitschrift geht“. „Sie wissen ja seit langem“, so schloß er, „daß ich der Meinung bin, man sollte die Nachfolgefrage in der Zeitschrift nicht dem Zufall überlassen.“⁶¹

Der Brief, den Broszat dann tatsächlich abschickte, fiel kürzer und fast schon besänftigend aus; von der Nachfolgefrage war überhaupt keine Rede mehr⁶². Jedoch hatte er ein in Zielsetzung und Sprache nahezu identisches Schreiben schon einmal formuliert, am 1. März 1971, als er noch gar nicht Direktor war, und damals auch abgeschickt⁶³. Dies zeigt, wie konsequent er an seinem Aktivierungskonzept festhielt, und auch jetzt bedeutete die Abmilderung seines Entwurfes keineswegs, daß er sich in der Sache selbst eines anderen besonnen und die Zeit nach Rothfels aus dem Blick verloren hätte. Wer folgte auf Rothfels und Eschenburg? Wie konnte das Institut seine Präferenzen in dieser Frage zur Geltung bringen? Und wie gestaltete sich künftig das Verhältnis zwischen Herausgebern und Institut, das seit zwanzig Jahren ungeschriebenen Regeln gehorchte, die leicht geändert werden konnten, etwa wenn auf seiten des Stiftungsrates oder des Beirats die nötige Entschlossenheit dazu vorhanden war?

⁶¹ Broszat an Rothfels, 6. 11. 1973, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁶² Broszat an Rothfels, 8. 11. 1973, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104]; vgl. auch das Schreiben von Rothfels an Broszat, 19. 11. 1978, in dem Rothfels den Konflikt etwas herunterspielte: „Daß mir bei Hans Mommsen, bei Baring und auch bei Kluge manches als Kritik unserer zwanzigjährigen Bemühungen erschienen ist, will ich nicht leugnen, aber ich fühle mich in keiner Weise etwa verletzt und bin durchaus bereit, mich der Wucht des Generationenproblems zu stellen. Dies nur einweilen zu Ihrer Beruhigung und um eine Krisenstimmung zu vermeiden.“ In: Ebenda.

⁶³ Broszat an Rothfels, 1. 3. 1971, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104]. In einer kürzeren Antwort vom 9. 3. 1971 (ebenda) bekundete Rothfels zwar „Sympathie“ mit den Broszatschen Ideen, gab aber gleichwohl sogleich deutlich zu verstehen, daß er nicht gewillt sei, sich mit einer „kollektiven Herausgeberschaft“, wie er sich ausdrückte, anzufreunden.

Das waren die Hauptfragen, die Broszat mit aller Energie zu lösen versuchte, seit er im Juli 1972 das Amt des Institutsdirektors übernommen hatte. Anfangs schien er noch mit einem freiwilligen Rückzug von Rothfels und Eschenburg zu rechnen, wobei diese aber nicht nur den Weg frei machen, sondern Kraft ihrer Autorität auch die Nachfolger berufen sollten, die Broszat ihnen vorgeschlagen hatte. Der erste Schritt in diese Richtung war Broszats schließlich erfolgreicher Versuch, Rothfels zur Kooptation von Helmut Krausnick als dritten Hauptherausgeber zu überreden. „Ein solcher Akt würde auch, was mir für die Zukunft wichtig erscheint, positiv präjudizieren, daß die Herausgeber selbst zu bestimmen haben, wem sie auch später einmal die Hauptverantwortung für die Zeitschrift übertragen möchten.“⁶⁴ Der zweite Schritt hätte dann in Broszats Kalkül in der Installierung von zwei neuen Hauptherausgebern bestehen sollen, deren einer wohl Hans Mommsen sein sollte; Krausnick hätte als „begrüßenswertes Element der Kontinuität“⁶⁵ noch eine Weile mit von der Partie bleiben können, ehe auch er weichen sollte. Mommsen erschien dem Direktor des Instituts aus mehreren Gründen attraktiv: Der noch junge Historiker (Jahrgang 1930), der seine wissenschaftliche Laufbahn mit einer intellektuell brillanten Studie über „Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat“ begonnen hatte, war inzwischen zu einem hervorragenden Kenner der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der SPD geworden, ebenso aber der Entwicklung von Staat und Gesellschaft im Dritten Reich. Er hatte bei Rothfels promoviert, zwei Jahre als Mitarbeiter dem Institut für Zeitgeschichte angehört und wirkte nun als Ordinarius in Bochum. Nachdem er in Harvard und Israel gelehrt hatte, verfügte er auch über ausgezeichnete Kontakte in der internationalen Historikerwelt. Doch abgesehen davon, daß er somit als idealer Promoter thematischer und methodischer Neuansätze erschien, zog er Broszat auch deshalb an, weil er ein ungemein anregender Kopf war, der wieder und wieder weiterführende Thesen produzierte. Daß beide damals als SPD-Sympathisanten auch politisch übereinstimmten, fiel für Broszat durchaus ebenfalls ins Gewicht.

Broszat hatte die Rechnung allerdings ohne den Wirt gemacht. Ganz abgesehen davon, daß Beirat und Stiftungsrat sich wohl kaum so einfach hätten überspielen lassen, wurde schnell deutlich, daß Rothfels keine Neigung zeigte, die Zeitschrift, sein Lebenswerk, aus der Hand zu geben. Er informierte Broszat nicht einmal darüber, daß er sich mit dem Gedanken trug, aus dem Beirat auszuschneiden, was natürlich auch seine Stellung als Herausgeber schwächen mußte. Rothfels stellte den Institutsdirektor im Februar 1975 vor vollendete Tatsachen, wozu auch gehörte, daß er die Herausgeberschaft der Zeitschrift weiter beibehalten wollte⁶⁶. Diese Entwicklung war in Broszats Augen um so bedrohlicher, als im Beirat sofort nach dem Ausscheiden Rothfels' die „Frage des Verhältnisses von Beirat und Schriftenreihe der Vierteljahrshefte“ aufgeworfen wurde. „Ich sehe hier mit etwas ungunstigen Gefühlen eine allgemeine Tendenz heranwachsen“, schrieb Broszat im April 1975 an Rothfels, „daß der Beirat auch über die Zukunft der Vierteljahrshefte überhaupt präjudizierende Beschlüsse fassen

⁶⁴ Broszat an Rothfels, 4. 7. 1972, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104].

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Rothfels an Broszat, 27. 2. 1975, in: Ebenda.

76 Aufsätze

könnte.⁶⁷ Um dieser Tendenz einen Riegel vorzuschieben, drängte er die Herausgeber in den folgenden Monaten zu einer Klärung und schriftlichen Fixierung der Rechts- und Kompetenzverhältnisse von Herausgebern, Institut, Stiftungsrat und Beirat in allen Fragen, die die Zeitschrift berührten. „Von Seiten des Instituts besteht vor allem das Interesse“, betonte er Rothfels gegenüber, „daß sein Einfluß auf die Vierteljahrshefte, der bisher immer durch das enge persönliche Vertrauensverhältnis zu Ihnen und Herrn Eschenburg gewährleistet war, nach Möglichkeit auch rechtlich formalisiert wird, weil man ja nicht wissen kann, wie die weitere Zukunft aussieht.“⁶⁸

Broszat erlebte auch dabei eine Enttäuschung. Rothfels, Eschenburg und Krausnick handelten mit ihm zwar ein Memorandum über „Rechts- und Kompetenzverhältnisse in bezug auf die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ aus, das aber „rechtlich [...] bedeutungslos [...]“ war, wie Eschenburg später sagte⁶⁹, und im übrigen die Bestimmung enthielt, daß im Falle des Ausscheidens eines oder beider Gründungsherausgeber das Berufungsrecht beim Stiftungsrat (dem früheren Kuratorium) liege; ein klares Signal, daß Rothfels und Eschenburg nicht bereit waren, ihre eigenen Nachfolger zu bestellen und damit den Stiftungsrat zu übergehen, konnte es nicht geben. Broszats Kalkül, mit Hilfe der Gründungsherausgeber die Zukunft der Vierteljahrshefte so weit wie möglich in seinem Sinne zu präjudizieren, war damit endgültig gescheitert⁷⁰.

3. Die Ära Bracher – Schwarz – Möller 1978 bis 2001

Die Nachfolger

Als Hans Rothfels am 22. Juni 1976, wenige Wochen nach Vollendung seines 85. Lebensjahres, starb, war so in der Nachfolgefrage alles offen; klar war nur, daß eine große Lösung gefunden werden mußte, weil auch Eschenburg und Krausnick sich aus der Herausgeberschaft zurückziehen und einer neuen Generation Platz machen wollten. Ob sie tatsächlich bereit gewesen wären, wie ehemalige Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte sich erinnern, noch eine Weile weiterzumachen und Hans Mommsen nun doch als dritten Herausgeber zu kooptieren, ist nicht mehr zu klären und letztlich auch ohne größere Relevanz, denn Martin Broszat widersetzte sich nun plötzlich einer solchen Lösung, die er selbst lange Zeit favorisiert hatte. In seinen Augen lag die Entscheidungskompetenz beim Stiftungsrat, dessen Vorsitzenden, Karl Böck, er bereits Ende Juni 1976 mitteilte, „daß der Stiftungsrat sich bei seiner nächsten Sitzung mit dem Problem der Nachfolge wird befassen müssen“⁷¹.

⁶⁷ Broszat an Rothfels, 17. 4. 1975, in: Ebenda. Vgl. dazu auch Ergebnis-Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte in München am 7. 3. 1975, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

⁶⁸ Broszat an Rothfels, 17. 4. 1975, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104].

⁶⁹ So Eschenburg im Beirat am 11./12. 2. 1977; Protokoll der Sitzung, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

⁷⁰ Vgl. das von Rothfels, Eschenburg, Krausnick und Broszat unterzeichnete Memorandum vom 8. Juli 1975, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁷¹ Broszat an Böck, 30. 6. 1976, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104].

Was Broszat dazu bewogen hat, den Stiftungsrat so frühzeitig einzuschalten, muß im Dunkeln bleiben. Vermutlich wollte er in Absprache mit Böck eine rasche Vorentscheidung treffen und damit den Beirat ausmanövrieren, dessen Ambitionen in puncto Vierteljahrshefte ihn schon lange störten. Nur so ist es zu erklären, daß er Böck das Memorandum vom Juli 1975 übergab, in welchem der Beirat nur beiläufig erwähnt wurde, und nur so wird verständlich, weshalb er den Stiftungsratsvorsitzenden schon im Juli 1976 mit einem Personalvorschlag für die neuen Herausgeber konfrontierte, der nur mit Eschenburg abgestimmt war: Die Verantwortung für die Zeitschrift sollten Hans Mommsen und Gerhard A. Ritter übernehmen, die aber – wenn nicht alles täuscht – von ihrem gemeinsamen Glück ebensowenig wußten wie der Vorsitzende des Beirats, Karl Dietrich Erdmann, den Broszat ganz im unklaren gelassen hatte⁷².

Böck durchkreuzte die Pläne Broszats schon am 20. Juli 1976 – einfach, indem er sie ignorierte und Broszat zu verstehen gab, daß selbstverständlich auch der Beirat gehört werden müsse. Einen Tag später trat schließlich auch Erdmann auf den Plan, der nun seinerseits nichts unversucht ließ, dem Direktor des Instituts die Grenzen seines Einflusses aufzuzeigen. Erdmann ging es vor allem darum, den Beirat an der Entscheidung über die künftigen Herausgeber zu beteiligen und dem von Broszat und Eschenburg präsentierten Personalvorschlag eine Alternative entgegenzusetzen, die auf Karl Dietrich Bracher aufgebaut sein sollte⁷³, den Broszat und Eschenburg bis dahin wohl nur deshalb nicht in Vorschlag gebracht hatten, weil er ihnen anderweitig zu beschäftigt schien.

Was immer in den nächsten Wochen hinter den Kulissen geschah (und es dürfte viel geschehen sein), spätestens Mitte August lag offen zutage, daß eine Zweierlösung mit dem als links und schwierig geltenden Hans Mommsen wenig Chancen hatte. Erdmann ließ in einem Gespräch mit Eschenburg, in dem er auch mehrere andere Kandidaten ins Spiel brachte, „starken Widerstand gegen Mommsen“⁷⁴ erkennen, und Broszat sagte er sogar, „wir sollten bezüglich Mommsen nicht mit dem Kopf durch die Wand wollen und uns kompromißfähig zeigen“⁷⁵. Ein Vorschlag Bracher/Ritter, so Broszat und Erdmann übereinstimmend, hätte „wahrscheinlich die meiste Aussicht

⁷² Notiz von Broszat über eine Besprechung im Bayerischen Kultusministerium, 20. 7. 1976, in: IfZ-Altregistratur, Redaktion der Vierteljahrshefte a) Aktennotizen, b) Prot. von Redaktionssitzungen, c) Prot. Sitzungen mit Herausgebern mit Unterlagen [ID 90].

⁷³ Vgl. Notiz von Broszat über Telefongespräch mit Eschenburg, 21. 7. 1976, in dem Eschenburg über ein Telefonat mit Erdmann berichtete, in: IfZ-Altregistratur, Redaktion der Vierteljahrshefte a) Aktennotizen, b) Prot. von Redaktionssitzungen, c) Prot. Sitzungen mit Herausgebern mit Unterlagen [ID 90].

⁷⁴ Notizen von Broszat über Besprechungen mit Eschenburg und Erdmann, 6. 9. 1976; Eschenburg berichtete Broszat seinerseits über eine Unterredung mit Erdmann vom 19. August. In: Ebenda. Vgl. dazu auch Aktennotiz von Erdmann, 24. 8. 1976, über die Unterredung mit Eschenburg, in: BA Koblenz, Nachlaß Erdmann, Nr. 170.

⁷⁵ Notiz von Broszat über Besprechungen mit Eschenburg und Erdmann, 6. 9. 1976, in: IfZ-Altregistratur, Redaktion der Vierteljahrshefte a) Aktennotizen, b) Prot. von Redaktionssitzungen, c) Prot. Sitzungen mit Herausgebern mit Unterlagen [ID 90]. Vgl. dazu auch Aktennotiz von Erdmann, 24. 8. 1976, über seine Unterredung mit Broszat, in: BA Koblenz, Nachlaß Erdmann, Nr. 170.

[...], ohne Schwierigkeiten eine Zustimmung der Mehrheit des Beirates zu finden“⁷⁶. Doch Broszat ging auf diese Variante nicht ein, und auch Erdmann rückte rasch von ihr ab, als sich die Kräfteverhältnisse im Beirat besser überblicken ließen. Eine wichtige Etappe markierte dabei die Sitzung des aus Erdmann, Thomas Nipperdey, Walter Bußmann und Paul Kluge bestehenden Beiratsausschusses am 10. November 1976, der empfahl, die Herausgeberschaft der Vierteljahrshefte Bracher und Hans-Peter Schwarz zu übertragen, für den sich Erdmann schon im August eingesetzt hatte, während der Name Schwarz bei Broszat wohl nicht zuletzt deshalb auf Skepsis gestoßen war, weil er den als eher konservativ eingeschätzten Politologen kaum kannte⁷⁷. An Bracher, so deuteten Broszat und Eschenburg diese Empfehlung, führte kein Weg vorbei, weshalb sie auch ihren ursprünglichen Vorschlag fallen ließen und nun ganz auf das Gespann Bracher/Mommsen setzten, dem sich auch Bracher, wie Eschenburg in einem Gespräch mit ihm herausgefunden hatte, wohl nicht entzogen hätte⁷⁸ – obwohl ihm, wie er Erdmann sagte, eine Zweierlösung mit Schwarz lieber gewesen wäre⁷⁹.

Daß die Personaldebatte unweigerlich zu Karl Dietrich Bracher führen mußte, lag in der Tat auf der Hand. Jahrgang 1922, also acht Jahre älter als Mommsen, als Angehöriger des Afrikakorps verwundet und glücklicherweise relativ früh aus amerikanischer Gefangenschaft zurückgekehrt, hatte er 1948 mit einer Studie über „Verfall und Fortschritt im Denken der frühen römischen Kaiserzeit“ in *Alter Geschichte* promoviert, danach aber schon 1955 die deutsche und internationale Zeitgeschichtsforschung mit einem ganz großen Wurf revolutioniert. „Die Auflösung der Weimarer Republik“ war ein bahnbrechendes Werk, das Politologie und Geschichtswissenschaft bis heute begangene Wege gewiesen hat – in Anbetracht der noch miserablen Quellenlage und in Anbetracht eines vermeintlich noch begrenzten Erkenntnishorizonts eine schier unglaubliche Leistung. Mit Arbeiten zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland setzte er sich dann auch an die Spitze der NS-Forscher. Erst Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft in Berlin und anschließend Professor für Politische Wissenschaft, Neuere Geschichte und allgemeine politische Ideengeschichte an der Freien Universität Berlin, hatte er nun den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn inne. Dem Institut für Zeitgeschichte war er seit Jahrzehnten – seit 1962 auch als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats – aufs engste verbunden. Wenn es galt, einen Nachfolger für Hans Roth-

⁷⁶ Notiz von Broszat über Besprechungen mit Eschenburg und Erdmann, 6. 9. 1976, in: IfZ-Altregistratur, Redaktion der Vierteljahrshefte a) Aktennotizen, b) Prot. von Redaktionssitzungen, c) Prot. Sitzungen mit Herausgebern mit Unterlagen [ID 90].

⁷⁷ Vgl. Erdmann an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates des Instituts für Zeitgeschichte, 25. 11. 1976, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8; Broszat an Bracher, 25. 1. 1977, in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁷⁸ Vgl. Eschenburg an Erdmann, 1. 12. 1976, (Broszat zur Kenntnis), in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104].

⁷⁹ Vgl. Aktennotiz von Erdmann, 7. 12. 1976, über ein Gespräch mit Bracher, in: BA Koblenz, Nachlaß Erdmann, Nr. 170.

fels zu suchen, war der bedeutendste Kenner der deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1945, sofern er selber bereit war, noch eine Bürde zu schultern, ohne Rivalen.

Da aber zur Zeitgeschichte mittlerweile auch die Jahre der Besetzung Deutschlands, die ersten Phasen der bundesrepublikanischen Geschichte und natürlich Phänomene wie der Kalte Krieg zwischen Ost und West zu rechnen waren, hätten alle an der Nachfolgediskussion beteiligten Wissenschaftler eigentlich sofort sehen können, daß auch Hans-Peter Schwarz (Jahrgang 1934) in die engere Wahl zu ziehen war. Mit einer souveränen Studie „Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers“ hatte er sich früh als profunder Kenner der geistigen Strömungen in der Weimarer Republik ausgewiesen, dann jedoch 1966 mit einem Werk, das im Ringen „um Wahrheit im Sinne sowohl der ‚richtigen‘ wie der ‚werthaft gültigen‘ Aussage“ die Forderung Rothfels' an den Zeithistoriker eindrucksvoll erfüllte, in Westdeutschland sozusagen die Stabführung bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte nach 1945 übernommen; „Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft“ war ebenfalls eine Pionierleistung, die der Forschung Schneisen in ein noch nahezu unbekanntes Terrain öffnete. Arbeiten zu Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik und zu Konrad Adenauer folgten, und während seiner Gastprofessuren in Oxford und Washington hatte er auch vielfältige Beziehungen zu der mit der Nachkriegsgeschichte beschäftigten internationalen Historikergemeinde knüpfen können.

An der ungeklärten Situation änderte sich nichts mehr bis zur Sitzung des Beirats am 11./12. Februar 1977⁸⁰, in der man sich über eine Empfehlung an den Stiftungsrat verständigen mußte. Die Besprechung der Herausgeber Eschenburg und Krausnick mit den Mitherausgebern und der Institutsleitung am Vortag hat dann aber die Konfrontation vermutlich sogar noch verschärft, denn Mommsen und Bracher referierten dort auf Wunsch von Broszat über ihre Pläne mit der Zeitschrift⁸¹ – ganz so als wären sie schon im Amt, wovon natürlich überhaupt noch keine Rede sein konnte und was insbesondere die Gegner Mommsens weiter gereizt haben dürfte. Dennoch hielten es beide Seiten für ratsam, einen offenen Streit zu vermeiden und einen Kompromiß zu suchen; denn ein Bild der Zerrissenheit wollte der Beirat keinesfalls bieten.

Dreierkombination hieß deshalb die Lösung, die schließlich im Beirat eine knappe Mehrheit fand. Das Problem dabei war allerdings, daß kaum jemand wirklich von ihr überzeugt war. Erdmann sprach dagegen, Eschenburg ebenfalls, und auch Broszat, der eigentlich erkennen mußte, daß sein Favorit Mommsen nur im Verbund mit zwei anderen Herausgebern durchzubringen war, wiederholte noch einmal seine Bedenken: Für eine Zweierkombination spräche „die Tradition, die einfachere Abwicklung der Herausbergeschäfte und wahrscheinlich auch die Auffassung des Stiftungsrates, der von seiner Perspektive her (Arbeitsaufwand, finanzieller Auf-

⁸⁰ Vgl. Ergebnis-Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte in München am 11./12. Februar 1977, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

⁸¹ Vgl. Besprechung der Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte am 10. Februar 1977 in Stuttgart, in: IfZ-Altregistratur, Redaktion der Vierteljahrshefte a) Aktennotizen, b) Prot. von Redaktionssitzungen, c) Prot. Sitzungen mit Herausgebern mit Unterlagen [ID 90].

wand) einer Zweierlösung den Vorzug geben müsse⁸². Um der Eintracht im Beirat willen stellten aber alle ihre Bedenken zurück, so daß in der geheimen Abstimmung über den konkreten Personalvorschlag Bracher/Mommsen/Schwarz elf Mitglieder mit Ja votierten; ein Beirat enthielt sich, zwei Stimmzettel waren ungültig⁸³. Jede andere Kombination hätte entweder keine oder nur eine hauchdünne Mehrheit gefunden, die obendrein in einer KampfAbstimmung hätte ermittelt werden müssen.

Damit war das letzte Wort, das der Stiftungsrat zu sprechen hatte, mitnichten präjudiziert. Der Beirat war gespalten, die Dreierkombination ein mühseliger Kompromiß, der alles offen ließ. Das wußten auch Broszat, Erdmann und Eschenburg, die sich zwar auf einen gemeinsamen Kurs dem Stiftungsrat gegenüber verständigten, einander aber mißtrauten und es nicht für ausgeschlossen hielten, daß der eine Partner dem anderen in den Rücken fiel. Ob das tatsächlich geschah, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Karl Böck, der Vorsitzende des Stiftungsrates, ließ Martin Broszat jedenfalls bereits am 21. Februar nicht im Zweifel darüber, daß er dezidiert gegen einen Dreivorschlag sei, als dieser ihn über den Verlauf der Beiratssitzung informierte⁸⁴.

Die Sitzung des Stiftungsrats am 5. Mai 1977 versprach also spannend zu werden. Viel hing davon ab, ob Broszat, Erdmann und Eschenburg tatsächlich an einem Strang zogen, wie sie es verabredet hatten. Doch daran haperte es: Eschenburg war überhaupt nicht nach München gereist, was aber keine Schwächung der gemeinsamen Position sein mußte, denn in einem nicht abgeschickten Brief an Böck⁸⁵ hatte er so halbherzig für den konkreten Dreivorschlag und so verklausuliert wie nachdrücklich für eine theoretische Zweierlösung plädiert, daß man durchaus auf Überraschungen gefaßt sein mußte. Erdmann hielt sich zwar an den vereinbarten Kurs, berichtete jedoch so ausführlich über die konfliktreiche Vorgeschichte des Kompromißvorschlags, daß Zweifel angebracht waren, ob er wirklich hinter ihm stand. Broszat schließlich dürfte ebenfalls nicht sehr viel überzeugender gewirkt haben, als er betonte, „daß drei Herausgeber repräsentativer seien und eine bessere Garantie für die Erhaltung des Charakters der VfZ als Sprachrohr der gesamten Zeitgeschichtsforschung böten. Das Ansehen der Zeitschrift hänge entscheidend davon ab, daß dieser Charakter als Sprachrohr durch die Pluralität der von den Herausgebern verkörperten Forschungsrichtungen erhalten bleibe. Außerdem dürfe nicht vergessen werden, daß die Herausgeberschaft eine starke Belastung mit sich bringe, die von einem überhaupt nicht, am besten aber von drei Personen getragen werden könne.“⁸⁶ Bis dahin hatte er ebenso emphatisch für eine Zweierlösung geworben und sogar den Versuch unter-

⁸² Ergebnis-Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte in München am 11./12. Februar 1977, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

⁸³ Vgl. ebenda.

⁸⁴ Vgl. Broszat an Eschenburg, 24. 2. 1977, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104].

⁸⁵ Vgl. Eschenburg an Böck, 14. 3. 1977, und Eschenburg an Broszat, 13. 3. 1977, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104].

⁸⁶ Ergebnis-Protokoll der Sondersitzung des Stiftungsrates der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte in München am 5. Mai 1977, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 6.

nommen, sie in dem neuen Statut der Vierteljahrshefte zu verankern, das am 5. Mai 1977 verabschiedet wurde⁸⁷.

So war es kein Wunder, daß weder diese Erklärungen noch die Antworten, die Broszat und Erdmann auf Fragen des Stiftungsrats gaben, größeren Einfluß auf die Entscheidung hatten. Böck schloß die beiden sogar von der Meinungsbildung aus und führte dann in geschlossener Sitzung ganz alleine Regie, wobei ihm zugute kam, daß nur er das Protokoll der Beiratssitzung vom 11./12. Februar 1977 kannte. Im Beirat, so faßte Böck die wesentlichen Dinge nach der raschen Verlesung des Protokolls zusammen, hätten „sowohl Herr Eschenburg wie Herr Erdmann, d. h. der bisherige Herausgeber und der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, vor einer Dreierlösung „wegen der damit verbundenen Komplizierung“ gewarnt, und auch der „Direktor des Instituts und Leiter der Redaktion, Herr Broszat“, habe für eine Zweierkombination plädiert; im Protokoll der Stiftungsratssitzung wurden hier Broszats Argumente referiert und fast schon genüßlich so kommentiert: „Dieser wörtliche Auszug aus dem Protokoll der Beiratssitzung gibt auch das Ergebnis der Aussprache im Stiftungsrat zutreffend wieder.“⁸⁸ Damit war die Entscheidung für eine Zweierlösung gefallen und Böcks Rechnung aufgegangen, sie als bloße Exekution des Willens des Beirats erscheinen zu lassen. Daß sich Broszat, Erdmann, Eschenburg und die meisten anderen Beiräte entgegen ihrer ursprünglichen Meinung dann doch für einen Kompromiß und damit für einen – wie es hieß – auch politisch ausgewogenen Dreivorschlag entschieden hatten, spielte im Stiftungsrat offenkundig nicht die geringste Rolle, obwohl Böck über das Meinungsbild im Beirat genauestens informiert worden war. Auch Ressentiments gegen Hans Mommsen wurden nicht spürbar, wenngleich schwer vorstellbar ist, daß der konservative Böck keine Probleme mit dem „linken“ Professor aus Bochum gehabt haben soll.

Ein ähnliches Meisterwerk taktischer Quelleninterpretation war zu beobachten, als die Personenfrage zu entscheiden war. Der Stiftungsrat nahm die Ansicht des Beirats zur Kenntnis, „daß die Kandidatur Bracher unumstritten sei“, akzeptierte die ebenfalls im Protokoll festgehaltenen Ausführungen des Beiratvorsitzenden vom 11./12. Februar, „daß sich hier die wissenschaftlichen Kompetenzen gut ergänzen würden, da Herr Bracher sich insbesondere mit Untersuchungen zur Weimarer und NS-Zeit und Herr Schwarz für die Nachkriegsperiode, insbesondere für außenpolitische Fragen der Adenauer-Ära, ausgewiesen hätten“, und pflichtete auch Paul Kluge bei, „der seine Option für Herrn Schwarz [laut Beiratsprotokoll] damit begründete, daß dieser sich „am intensivsten mit den immer mehr in den Vordergrund tretenden Fragen der Nachkriegsentwicklung beschäftige“⁸⁹. Der Beirat war damit auch in dieser Frage mit seinen eigenen Argumenten geschlagen worden; daß es dort auch andere Stimmen gegeben hatte, daß etwa ein Mann wie Walter Bußmann betont hatte, wie schwer es

⁸⁷ Vgl. Broszat an Böck, 18. 10. 1976, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104]. Das Statut der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte findet sich in: IfZ-Altregistratur, Vierteljahrshefte, Gründung, alte Verträge und sonstige laufende Angelegenheiten bis 31. 12. 1978 [ID 90].

⁸⁸ Ergebnis-Protokoll der Sondersitzung des Stiftungsrates der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte in München am 5. Mai 1977, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 6.

⁸⁹ Ebenda.

ihm fallen würde, „auf eine Potenz wie Mommsen und auf dessen bewährten Arbeitskontakt mit dem Institut zu verzichten“, und daß ein Eschenburg noch einmal seiner Skepsis gegen Hans-Peter Schwarz Ausdruck verliehen hatte – das alles hatte der Stiftungsrat einfach ignoriert und auch außer acht lassen können, weil der Beirat uneins war und nie die Kraft zu einem einvernehmlichen Vorschlag gefunden hatte⁹⁰.

Kontinuitätsbruch?

Nach der Entscheidung vom 5. Mai 1977 machte sich im Institut für Zeitgeschichte Enttäuschung breit, die leicht in verständnislose Empörung umschlagen konnte, weil man die eigenen, so lange verfolgten Ziele so weit verfehlt hatte. Diese Grundstimmung, die sich auch aus der Einsicht in eigene Fehler und Versäumnisse speiste, verflüchtigte sich allerdings rasch, als deutlich zu werden begann, daß den neuen Herausgebern vor allem an einem gelegen war: den Kurs zu halten und die Zusammenarbeit mit der Schriftleitung und Redaktion zu pflegen, die in der Vergangenheit meist reibungsfrei funktioniert hatte.

Wie übertrieben die da und dort herrschenden Ängste vor einem Kontinuitätsbruch waren, zeigte sich schon kurz nach der Berufung von Bracher und Schwarz, als die Mannschaft der Mitherausgeber nominiert werden mußte. Die neuen Herausgeber hatten hier fast völlig freie Hand, und niemand hätte es ihnen verübeln können, wenn sie einen radikalen Neuanfang gewagt hätten. Das Gegenteil geschah: Bracher und Schwarz baten die bewährten Mitherausgeber, ihre Ehrenämter zu behalten, und ergänzten den alten Kreis um Eschenburg, Krausnick und Gerhard A. Ritter, was nur als eine Geste des Respekts, keinesfalls aber als Signal einer personellen Neuorientierung zu verstehen war⁹¹.

Auch in programmatischer Hinsicht stellten die neuen Herausgeber die Zeichen ganz auf Kontinuität und Bewahrung. Die Vorbemerkung, die sie im ersten, von ihnen herausgegebenen Heft publizierten, war kein Fanal des Aufbruchs zu neuen Ufern, sondern Ausfluß von nüchternem Pragmatismus, der sich auch in einer gehörigen Portion Skepsis gegen modische Tendenzen, monokausale Perspektiven und allzu theoretisierende und ideologisierende Ansätze in der Geschichtswissenschaft äußerte. Die Zeitschrift werde bestrebt sein, auch künftig „für die unterschiedlichen Strömungen als Plattform zu dienen“, und maßgebend werde eine „weltoffene deutsche Perspektive“ bleiben, „wenn man so will: Zeitgeschichte einer vielfach interdependenten Epoche im Focus des deutschen Standorts“⁹², so lauteten die Kernaussagen.

Für Kontinuität bürgte im übrigen auch die Redaktion der Zeitschrift, die in der neuen Ära immer größere Bedeutung erlangte, weil Bracher und Schwarz ins opera-

⁹⁰ Ergebnis-Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte in München am 11./12. Februar 1977, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

⁹¹ Vgl. Broszat an Böck, 17. 11. 1977, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104]. Die neuen Haupt- und Mitherausgeber trafen sich nur ein einziges Mal. Protokoll der Besprechung vom 28. 6. 1979, in: IfZ-Altregistratur, Redaktion der Vierteljahrshefte a) Aktennotizen, b) Prot. von Redaktionssitzungen, c) Prot. Sitzungen mit Herausgebern mit Unterlagen [ID 90].

⁹² Karl Dietrich Bracher/Hans-Peter Schwarz, Zur Einführung, in: VfZ 26 (1978), S. 4.

tive Geschäft weniger eingriffen und nicht den mitunter besserwisserischen Ehrgeiz eines Rothfels entwickelten, alles zu kontrollieren und zu kommentieren, was seinen Vorstellungen widersprach. Zur Redaktion gehörten auch weiterhin Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml und Hellmuth Auerbach, die schon seit Jahrzehnten mit der Zeitschrift zu tun hatten, auch wenn sich das nicht am Impressum ablesen ließ. Eine kleine Veränderung ergab sich nur insofern, als Graml nun anstelle von Auerbach die Geschäfte führte und Wolfgang Benz, der schon seit Jahren die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte betreute, nun auch offiziell in die Redaktion aufrückte.

Themen und Autoren

So wird es insgesamt nicht überraschen, daß der Herausgeberwechsel von 1977/78 auch mit Blick auf die thematischen Schwerpunkte der Zeitschrift keine Zäsur markierte. In den 14 Jahren, in denen Bracher und Schwarz die Vierteljahrshefte allein herausgaben, und in den zehn Jahren, in denen sie die Zeitschrift zusammen mit Horst Möller dirigieren, kam es zwar zu Akzentverschiebungen, die aber in der Regel nicht aus bewußten Richtungsentscheidungen resultierten, sondern die Entwicklungstendenzen der Zeitgeschichtsforschung widerspiegeln, die sich seit den siebziger Jahren in zunehmendem Maße der Geschichte der Besatzungszeit nach 1945 und der Ära Adenauer zuwandte, während die NS-Zeit und die Epoche der Weimarer Republik in den Hintergrund zu rücken begannen. Der Weimarer Republik und dem Ersten Weltkrieg waren vor 1978 rund ein Viertel aller in den Vierteljahrsheften publizierten Abhandlungen gewidmet gewesen, nach 1978 lag die Quote nur noch bei zehn Prozent. Mit der NS-Zeit (einschließlich Widerstand und Exil) beschäftigten sich vor dem Herausgeberwechsel mehr als ein Drittel (= 38 Prozent) aller Aufsätze und Dokumentationen, danach waren es 30 Prozent, wobei nach 1978 – auch hier dem allgemeinen Trend folgend – vor allem der Zweite Weltkrieg größere Beachtung fand, während bei den Aufsätzen zur Judenverfolgung und zum Holocaust nur ein kleiner Zuwachs von drei auf fünf Prozent zu verzeichnen war; seit 1953 sind aber immerhin mehr als 40 Aufsätze und Dokumentationen zu diesem Themenbereich erschienen.

Verlor also die „ältere“ Zeitgeschichte etwas an Bedeutung, so erlebte die „jüngere“ nach dem Herausgeberwechsel einen beträchtlichen Aufschwung; vor 1978 hatten sich nur rund 12 Prozent aller Aufsätze und Dokumentationen auf den Bereich „Deutschland nach 1945“ bezogen, nach 1978 waren es 30 Prozent; über ein Fünftel davon behandelten die Geschichte der SBZ/DDR, die seit 1978 in 33 Abhandlungen thematisiert wurde. Größere Beachtung fand nach 1978 auch die Geschichte der europäischen und außereuropäischen Staaten; hier erhöhte sich die Quote von 13 auf 16 Prozent, wobei in diesem Zusammenhang vor allem eines bemerkenswert ist: Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Tschechoslowakei, die vor 1978 nur selten in Aufsatzform behandelt worden waren, gehörten nun ebenso zum Standardrepertoire der Vierteljahrshefte wie die Sowjetunion, die vor und nach 1978 etwa gleich große Beachtung fand.

Daß die internationale Seite der Vierteljahrshefte nach 1978 etwas ausgeprägter war als in den Jahren zuvor, lag auch an den Autoren der Zeitschrift, die in der Ära Roth-

fels/Eschenburg/Krausnick zu 79 Prozent aus Deutschland stammten, während diese Quote später nur noch bei 70 Prozent lag. Vor 1978 kamen fast zwei Drittel der ausländischen Autoren aus Großbritannien und den USA, danach nur noch 40 Prozent, während sich der Rest aus aller Herren Länder rekrutierte, unter denen Israel mit etwa 13 Prozent, gefolgt von Frankreich, Kanada und den Niederlanden, die Spitze behauptete; vor 1978 war nur ein Autor aus Israel gekommen, danach stammten 21 Aufsätze und Dokumentationen aus israelischer Feder.

Trotz dieser Akzentverschiebungen blieb sich die Zeitschrift im wesentlichen treu; sie diente auch nach 1978 vor allem als ein Forum der gesamten Zeitgeschichtsforschung, das Großordinarien ebenso offenstand wie „greenhorns“ und Kollegen aus benachbarten Disziplinen und das keinen Unterschied machte zwischen Gelehrten, die – oft ja ganz oberflächlich – als links oder rechts abgestempelt wurden. Die Vierteljahrshefte gerieten übrigens auch nie mehr in Gefahr, ein Blatt des Instituts für Zeitgeschichte zu werden. Von einem Viertel vor 1978 sank der Anteil der Beiträge von Mitarbeitern des Instituts und Hauptherausgebern der Zeitschrift danach auf 17 Prozent⁹³.

Auflage und öffentliche Resonanz

Da die Kontinuitätsstränge so stark waren, sahen offenkundig auch die Abonnenten keinen Anlaß, den Vierteljahrsheften den Rücken zu kehren. Die Zahl der ständigen Bezieher bewegte sich bis 1991 zwischen 3600 und 3900, danach begann sie leicht zu sinken, was wohl vor allem auf die schwindende Resonanz bei Studenten zurückzuführen ist, auf deren Konto noch bis 1996 über 1000 Abonnements gegangen waren. Relativ stabil blieb dagegen die Zahl der Auslandsabonnements, die in der Ära Bracher/Schwarz/Möller immer zwischen 700 und 900 lag; der größte Teil (1997: 200) ging in die Vereinigten Staaten, dann folgten Österreich (ca. 100), Großbritannien (96) und Japan (65), wo das Interesse an deutscher Zeitgeschichte in den siebziger und achtziger Jahren offenkundig etwas größer gewesen war⁹⁴.

Wie stichprobenhafte Befragungen Mitte der achtziger Jahre und nach der Jahrtausendwende ergaben, rekrutiert sich der Interessentenkreis der Vierteljahrshefte nur partiell aus zünftigen Historikern; ihr Anteil dürfte bei 20 bis 30 Prozent liegen und damit ebenso hoch sein wie der Anteil der Lehrer und der freiberuflich Tätigen (Rechtsanwälte, Journalisten), deren Abonnements nicht selten bereits zehn oder zwanzig Jahre laufen⁹⁵. Anders als die „Historische Zeitschrift“ oder „Geschichte und Gesellschaft“ sind die Vierteljahrshefte somit kein reines Fachorgan; ihr Radius ist ungleich weiter gezogen.

⁹³ Eigene Berechnungen.

⁹⁴ Zur Auflagenentwicklung nach 1978 vgl. die Jahresberichte des Instituts für Zeitgeschichte von 1978–1998, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 31/1-3, und die entsprechenden Unterlagen in der Registratur der VIZ.

⁹⁵ Vgl. Christian Kreuzer (Oldenbourg Verlag) an Henke, 4. 11. 1987, und die Unterlagen für den Workshop zu den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte am 14./15. 3. 2002; unter den Unterlagen befindet sich auch eine Abonnentenanalyse. In: Registratur der VIZ. Vgl. auch die Ausführungen von Henke in der 37. Sitzung des Stiftungsrats der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte am 20. November 1987; Anlage 2 zum Protokoll, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 6.

Die Vierteljahrshefte erreichen insbesondere auch die Redakteure in der überregionalen Presse und im Rundfunk, die – nicht anders als in der Ära Rothfels – regelmäßig Beiträge der Vierteljahrshefte aufgreifen und dem breiten Publikum servieren. In den achtziger und neunziger Jahren berichteten vor allem die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau und der Westdeutsche Rundfunk kontinuierlich über die Zeitschrift des Instituts für Zeitgeschichte⁹⁶. Besonders spektakulär war die Resonanz auf den Briefwechsel zwischen Martin Broszat und Saul Friedländer über die Historisierung des Nationalsozialismus⁹⁷, auf den noch Jahre nach seiner Erstveröffentlichung (1988) in Leitartikeln und Kommentaren Bezug genommen wurde, den Aufsatz von Michael H. Kater über „Carl Orff im Dritten Reich“⁹⁸, der in Dutzenden von Zeitungen und Hörfunkberichten Beachtung fand, die Auseinandersetzung von Dieter Pohl mit den Thesen von Daniel Goldhagen, die von vielen als die beste Orientierungshilfe verstanden worden ist⁹⁹, die Dokumentation von Johannes Hürter über General Heinrici und das erste Jahr an der Ostfront, die in großer Aufmachung im SZ-Magazin erschien¹⁰⁰, und natürlich auf die kritischen Anmerkungen von Bogdan Musial zur sogenannten Wehrmachtsausstellung¹⁰¹, die tagelang die Medien beschäftigten und den entscheidenden Anstoß dafür gaben, daß die Ausstellung zurückgezogen und einer professionellen Revision unterworfen wurde. Insofern kann es nicht ganz falsch gewesen sein, was Hansjakob Stehle 1993 zum 40. Geburtstag der Vierteljahrshefte schrieb: Die „größte deutschsprachige historische Zeitschrift“, so meinte er, sei zur „soliden Basis bei der Betrachtung unseres Jahrhunderts“ geworden¹⁰².

Auf diese Entwicklung hatte übrigens auch der Wechsel des Verlags im Jahre 1986 keinen größeren Einfluß. Der Übergang von der DVA zum R. Oldenbourg Verlag vollzog sich reibungslos, Inhalt und Aufmachung der Zeitschrift blieben davon unberührt; die Vierteljahrshefte hatten allerdings auch kaum einen Anlaß zur Scheidung der „Ehe DVA – IfZ“ geboten. Den Ausschlag dafür gaben andere Motive: Das Institut für Zeitgeschichte fühlte sich schon seit längerem von seinem Hausverlag vernachlässigt. Es wünschte bessere verlegerische Betreuung und frischen Wind vor allem bei der Werbung, die insbesondere Martin Broszat und Wolfgang Benz, der in den siebziger und achtziger Jahren große Dynamik und einen stupenden Einfallsreichtum in der Öffentlichkeitsarbeit des Instituts für Zeitgeschichte entfaltete, als unzulänglich empfanden. Broszat und Benz wollten die Zusammenarbeit mit der DVA beenden, die sich Anfang der achtziger Jahre zu einem außerordentlich erfolgreichen Publikums-

⁹⁶ Vgl. dazu die Presseauschnittsammlung in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 35/4-8.

⁹⁷ Vgl. Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: VfZ 36 (1988), S. 339–372.

⁹⁸ VfZ 43 (1995), S. 1–35.

⁹⁹ Vgl. Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: VfZ 45 (1997), S. 1–48.

¹⁰⁰ Vgl. Johannes Hürter, „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg“. Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici, in: VfZ 48 (2000), S. 329–403.

¹⁰¹ Vgl. Bogdan Musial, Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, in: VfZ 47 (1999), S. 563–591.

¹⁰² Die Zeit vom 1. 10. 1993, S. 50.

verlag entwickelte und der Produktion des Instituts nicht zuletzt deshalb keine gesteigerte Aufmerksamkeit mehr schenkte, weil mit dessen nicht selten hochspezialisierten Studien kaum etwas zu verdienen war. Der neue Verlag versprach größeren Einsatz bei der Werbung und legte sich zumal in den ersten Jahren der Zusammenarbeit mit dem Institut tatsächlich mächtig ins Zeug; auch den Vierteljahrheften kam dieses Engagement zugute, ohne daß es freilich zu der Erschließung neuer Leserschichten gekommen wäre, die sich das Institut für Zeitgeschichte durch die Kooperation mit dem stark im Schulbuchbereich tätigen R. Oldenbourg Verlag versprochen hatte¹⁰³.

4. Zweierlei Kontinuität

Die einzige größere Zäsur in der ansonsten weitgehend ungestörten Entwicklung der Vierteljahrshefte markiert die erste Hälfte der neunziger Jahre, als es in der Redaktion zu einem Generationswechsel kam und mit Horst Möller nun erstmals auch der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte zum Herausgeber der Vierteljahrshefte berufen wurde. Angebahnt hatte sich der Generationswechsel in der Redaktion schon Mitte der achtziger Jahre, als mit Norbert Frei und Klaus-Dietmar Henke zwei Historiker die alte Mannschaft um Graml und Auerbach ergänzten, die den Nationalsozialismus nicht mehr selbst erlebt hatten und auch den Neuanfang der Zeitgeschichte nach 1945 nur aus Erzählungen und der Literatur kannten. Nach Broszats Tod (1989) und der Berufung von Horst Möller zum Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (1992) setzte sich dieser Wechsel beschleunigt fort: 1990 schied Wolfgang Benz aus der Redaktion aus, 1992 folgten ihm Klaus-Dietmar Henke und Ludolf Herbst, 1994 übergab Hermann Graml das „Zepter“ des Chefredakteurs an Hans Woller, und 1995 trat schließlich auch Hellmuth Auerbach, der der Zeitschrift seit fast vierzig Jahren verbunden gewesen war, in den Ruhestand¹⁰⁴. Die Bedeutung dieses Revirements, in dessen Rahmen fast durchweg 30- und 40jährige in die Redaktion der Zeitschrift aufrückten¹⁰⁵, sollte freilich ebensowenig überschätzt werden wie die Bestellung von Horst Möller zum dritten Herausgeber. Auch hier blieben die praktischen Folgen gering, weil auch Möller sich – wie zuvor schon Bracher und Schwarz – dezidiert zu der Tradition der Zeitschrift bekannte, wie sie in den fünfziger Jahren begründet worden war; der Direktor des Instituts hat aber dadurch, daß er zugleich als Herausgeber fungiert, eine Position errungen, die ihm in Konfliktfällen wie bei der Regelung von künftigen Nachfolgefragen ungleich mehr Einfluß sichert als seinen Vorgängern, die von einer ähnlichen Konstruktion nur träumen konnten.

¹⁰³ Vgl. Protokolle des Stiftungsrats vom 19. 11. 1982, 7. 12. 1984, 15. 11. 1985, 20. 11. 1987, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 6; Protokolle von Arbeitsgesprächen zwischen IfZ und DVA, 22. 1. 1973, 29. 3. 1973, 29. 6. 1973, sowie einen Beschwerdebrief von Hellmuth Auerbach an die DVA, 19. 10. 1977, in: IfZ-Altregistratur, Korrespondenz Broszat [ID 104]; vgl. auch Broszat an Ulrich Frank-Planitz, 22. 3. 1984 und 13. 12. 1984, und Frank-Planitz an Broszat, 27. 2. 1984, in: Ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. dazu die Jahresberichte des Instituts für Zeitgeschichte von 1985–1998, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 31/2-3.

¹⁰⁵ Udo Wengst (ab 1992), Andreas Wirsching (1992–1997), Jürgen Zarusky (ab 1996), Christian Hartmann (ab 1997), Manfred Kittel (ab 1997). Norbert Frei schied 1997 aus der Redaktion aus.

Alles in allem steht die Geschichte der Vierteljahrshefte also im Zeichen einer bemerkenswerten Kontinuität, die in den zu erwartenden Presseartikeln zum 50. Geburtstag sicher ebenso betont und gelobt werden wird, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, wenn es etwas zu feiern gab. Allerdings werden auch die kritischen Stimmen nicht fehlen, die Defizite beklagen und dabei vor allem auf jene Mängel und Versäumnisse verweisen, die seit den sechziger Jahren auch in internen Besprechungen, etwa in den erwähnten Konferenzen der Hauptherausgeber und der Mitherausgeber, immer wieder thematisiert worden sind. Die Vierteljahrshefte, so wird es heißen, beteiligen sich nicht am Methodenstreit, sie entfachen zu selten produktive Kontroversen und verlieren sich nur allzuoft im Klein-Klein spezialisierter Detailforschung, die nur Experten etwas sagt. So war es zu Zeiten von Krausnick, so blieb es unter der Führung von Broszat, und nicht anders wird es fünfzig Jahre nach der Gründung sein. Auch die Kritik hat mittlerweile eine lange Tradition – was nicht heißt, daß sie nicht partiell berechtigt wäre und nicht ernst genommen werden müßte. Die mehr als dreißig Jahre währenden Versuche, ihr zu begegnen oder wenigstens die Spitze zu nehmen, halten freilich auch eine Lehre parat: Die Vierteljahrshefte sind nicht die Zeitschrift des Instituts und das Organ von Herausgebern und Redaktion, die gleichsam auf Knopfdruck den Kurs bestimmen, sondern das Spiegelbild der gesamten Zunft – mit all ihrer Vitalität und produktiven Vielfalt, aber auch ihrer Eigengesetzlichkeit und ihrer Beharrungskraft.

■ VfZ 1/2003

Wenige Jahre nach Gründung der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte wurde mit der Schriftenreihe ein neues Periodikum ins Leben gerufen, in dem Studien und Dokumentationen erscheinen sollten, die für die Zeitschrift zu umfangreich waren, für die Publikation in anderen Reihen des Instituts für Zeitgeschichte aber zu knapp bemessen erschienen. In der nunmehr vierzigjährigen Geschichte der Schriftenreihe spiegeln sich grundlegende Entwicklungstendenzen der Zeitgeschichtsforschung wider, aber auch die Hemmnisse, Widerstände und Schwierigkeiten, mit denen diese immer wieder konfrontiert ist.

Jürgen Zarusky

Die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Gründung

Die Vierteljahrshefte hatten sich bereits als führendes Organ der Zeitgeschichtsforschung und als publizistisches Flaggschiff des Instituts für Zeitgeschichte etabliert, als 1960 recht unspektakulär, geradezu *en passant*, mit der Schriftenreihe, die zweimal im Jahr erschien und im Abonnement zu erwerben war, ein Ableger dieses Erfolgsunternehmens ins Leben gerufen wurde. Als „Gründungsurkunde“ könnte man ein hektographiertes Rundschreiben des Herausgebers Hans Rothfels an die Mitglieder des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte vom 12. Mai 1960 bezeichnen. Nachdem er das Thema in einem anderen Rundschreiben Anfang Februar schon einmal berührt hatte, ging es jetzt darum, Nägel mit Köpfen zu machen. Der Plan, den Vierteljahrsheften Beihefte oder eine Schriftenreihe beizugesellen, war, so kann man dem Schreiben entnehmen, aus dem Institut gekommen und auf positive Resonanz gestoßen. Rothfels und Theodor Eschenburg erklärten sich bereit, auch hierfür die Herausgeberschaft zu übernehmen. „Auch haben einige Herren schon zustimmend sich geäußert“¹, teilte Rothfels den Empfängern seines Rundschreibens mit. Gedacht war an die Publikation „von Untersuchungen und Quellen, die zu umfangreich für die Zeitschrift, aber nicht umfangreich genug für eine Buchveröffentlichung im Rahmen der ‚Quellen und Darstellungen‘ sind (etwa 80-160 Seiten)“². Da eine fällige Beiratssitzung aufgeschoben werden mußte, die Deutsche Verlags-Anstalt (DVA), die bereits für das Vorhaben gewonnen worden war³, andererseits

¹ Rundschreiben Rothfels an die Mitglieder des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte, 12. 5. 1960, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104]. Bei den in Klammern gesetzten Signaturen handelt es sich um die künftigen Bezeichnungen der Bestände des Hausarchivs. Der vorliegende Aufsatz erhebt nicht den Anspruch einer erschöpfenden Darstellung. Die Einschränkungen ergeben sich zum einen aus der Quellenlage – die Unterlagen des Instituts für Zeitgeschichte sind noch nicht zur Gänze verzeichnet – und zum anderen aus der Konzentration auf die Entstehungs- und Frühphase der Schriftenreihe.

² Ebenda.

³ Schon Ende 1959 arbeitete die DVA an den Umschlägen für die geplanten Beihefte. Gottfried Müller (DVA) an Broszat, 16. 12. 1959, in: Ebenda.

schon im Juliheft der VfZ mit einem Prospekt werben wollte, bat Rothfels um eine Entscheidung im Umlaufverfahren bis Ende Mai. Dieser Mischung aus milden Sachzwängen und freundlicher Überredung mochte sich wohl niemand widersetzen, zumal dahinter eine für das IfZ sehr wesentliche Überlegung stand: „Es erscheint denen, die bisher mit diesem Plan befaßt gewesen sind“, schrieb Rothfels, „sehr erwünscht, auf solche Weise das Tempo der Veröffentlichungen des Instituts zu steigern, von dem zwar einige größere Veröffentlichungen in naher Frist zu erwarten sind, das andererseits aber doch immer wieder durch die Masse amtlicher Aufträge in seinem Vorhaben verlangsamt wird“⁴. Es ging also um die publizistische Wirkung der Arbeit des Instituts, aus dem bis dahin erst etwas mehr als ein Dutzend Buchveröffentlichungen hervorgegangen war⁵. Die jährliche Produktion von zwei, wenn auch im Umfang eher schmalen Büchern war somit gewiß eine wesentliche Steigerung des Ausstoßes und ein nicht unerheblicher Beitrag zur Etablierung der Zeitgeschichtsforschung als wissenschaftlicher Disziplin.

Allerdings bestand über die halbjährliche Erscheinungsweise zunächst noch kein Konsens. Rothfels hatte große Bedenken; er befürchtete nachteilige Folgen des Zeitdrucks, der mit der Periodizität einherging. Martin Broszat, offenkundig Motor des Gründungsprozesses und dann erster Redakteur der Schriftenreihe, argumentierte in genau entgegengesetztem Sinne. Er verwies darauf, daß das geplante Abonnement nur bei einer festen Folge möglich sei, und hob die disziplinierende Wirkung eines solchen Rhythmus hervor: „Ich glaube, daß ohne gewissen Terminzwang vieles nicht geschieht, was durchaus geschehen könnte. Die Gefahr, daß eine ‚lockere Folge‘ der Schriftenreihe bald allzu locker wird, weil natürlich jeder unter Druck steht, scheint mir sehr groß. Ich zweifle ernstlich, ob die Schriftenreihe wirklich eine Ankurbelung der Publikationstätigkeit des Instituts bringt, wenn der Zwang fester Erscheinungstermine fallengelassen wird.“⁶

Die Broszatsche Argumentation erwies sich als weitsichtig, wenngleich ihm dieses Arrangement als Redakteur (und, nicht zu vergessen, auch seinen Nachfolgern) erhebliche Anstrengungen abverlangen sollte. Konfrontiert mit einem problematischen Manuskript erlaubte sich Broszat nach knapp zehn Jahren in einem Brief an Rothfels einen Stoßseufzer darüber, „welcher Arbeitsaufwand mit den nicht im Hause selbst entstandenen Manuskripten für die Schriftenreihe fast jedesmal verbunden ist. Aber das ist ja nun mein Schicksal, mit dem ich nicht hadern will. Ich erinnere mich sehr gut daran, daß Sie mich vor nunmehr einem Jahrzehnt warnend darauf aufmerk-

⁴ Ebenda. Zu den „amtlichen Tätigkeiten“ schrieb Helmut Krausnick im Vorwort zum zweiten Band der veröffentlichten Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte: „Hatte jedoch bis 1958 das Institut im Durchschnitt jährlich etwa 150 Gutachten und kürzere Auskünfte zu erteilen, so ist die Zahl entsprechender Anfragen, namentlich von Behörden und Gerichten in den letzten fünf Jahren auf je etwa 600 gestiegen. Der Hauptgrund hierfür liegt in den großen Prozessen, die seit 1958 insbesondere gegen das Personal der nationalsozialistischen Konzentrationslager und Einsatzgruppen durchgeführt oder vorbereitet wurden.“ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1966, S. 9. Vgl. auch Hans Buchheim/Hermann Graml, Die fünfzig Jahre: Zwei Erfahrungsberichte, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 69–83.

⁵ Vgl. die Auflistung der Publikationen in: Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre, S. 551–580.

⁶ Broszat an Rothfels, 7. 6. 1960, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

sam machten, zu welchen Schwierigkeiten es führen könne, wenn man sich von vornherein selbst verpflichtet, jedes Jahr zwei Hefte einer Reihe herauszugeben.“⁷ Doch als die DVA im Zusammenhang mit dem Ausfall einer bereits angekündigten und beworbenen Studie den Vorschlag machte, das Abonnement der Schriftenreihe in einer Weise zu gestalten, die es erlauben würde, „einfach einmal einen Band ausfallen zu lassen und die nächste Nummer erst im Frühjahr herauszubringen“⁸; zeigte sich nun auch Rothfels als Befürworter der Periodizität: „Aber ich würde eigentlich doch recht betrübt sein, wenn wir auf diese Verringerung des Ausstoßes und die Aufgabe der Regelmäßigkeit eingehen müßten.“⁹ Dazu sollte es nicht kommen. Von zwei Doppelnummern abgesehen, erschien und erscheint die Schriftenreihe weiterhin stetig im Halbjahrestakt¹⁰.

Im Institut war bei der Gründung der Reihe erwogen worden, das Beiboot aufs engste an den Vierteljahrsheften zu vertäuen. Unter anderem war daran gedacht, den Beziehern der VfZ die Schriftenreihebände automatisch zuzusenden und ihnen ein Rückgaberecht einzuräumen. Rothfels indes wandte sich entschieden dagegen, den Lesern der Zeitschrift solchermaßen auf den Leib zu rücken – zum Bedauern Broszats, der befürchtete, daß „die Aussichten eines sehr guten Starts der Schriftenreihe dadurch herabgemindert“ würden¹¹. Diese Angst war jedoch unbegründet. Mit dem von Helmut Heiber edierten Tagebuch von Joseph Goebbels¹² aus den Jahren 1925/26 als Nummer 1 gelang ein mehr als respektable Auftakt – bis zum Sommer 1962 waren 3 700 Exemplare dieses Werkes verkauft, das im übrigen den Grundstein der jahrzehntelangen und noch andauernden Editionsarbeit des IfZ in Sachen Goebbels-Tagebücher bildete¹³. Für Martin Broszats „Nationalsozialistische Polenpolitik“¹⁴ (Heft 2) waren zu diesem Zeitpunkt 2 330, für die Aufzeichnungen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hermann Pünder, aus den Jahren 1929-1932¹⁵ 1 840 und für die gerade erschienene Studie von Lothar Gruchmann „Nationalsozialistische Großraum-

⁷ Broszat an Rothfels, 23. 6. 1969, in: Ebenda.

⁸ Felix Berner (DVA) an Broszat, 9. 7. 1969, in: Ebenda.

⁹ Rothfels an Broszat, 10. 7. 1969, in: Ebenda.

¹⁰ Die Doppelnummern waren: Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Mit einem Vorwort von Arthur Koestler, Stuttgart 1967 (Schriftenreihe Bd. 14/15); Wolfgang Benz (Hrsg.), Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, Stuttgart 1971 (Schriftenreihe Bd. 22/23). Die Gesamtübersicht über die in der Schriftenreihe erschienenen Bände findet sich im jährlich erscheinenden Gesamtverzeichnis des Instituts für Zeitgeschichte bzw. im Internet unter <http://www.ifz-muenchen.de/publikationen/gesamtverzeichnis.html#schriftenreihe>. Hier auch Hinweise auf die zwölf Sondernummern.

¹¹ Broszat an Rothfels, 7. 6. 1960, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

¹² Vgl. Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925–1926. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1960, 1961.

¹³ Den jüngsten Überblick über die verschlungene und nicht konfliktarme Geschichte dieses wichtigen Tätigkeitsfelds des IfZ gibt Horst Möller, Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Quelle, Überlieferung, Edition, in: Klaus Oldenhege/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hrsg.), Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg, Düsseldorf 2000, S. 673–683. Vgl. auch Hans Günter Hockerts, Edition der Goebbels-Tagebücher, in: Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre, S. 249–264.

¹⁴ Vgl. Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961.

¹⁵ Vgl. Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961.

ordnung¹⁶ 1 330 verkaufte Exemplare zu verzeichnen. Nahezu tausend Abonnenten hatte man bis dahin gewinnen können¹⁷, ein durchaus solider Sockel für den Vertrieb.

Herausgeber und Redakteur

„Gemacht“ wurde die Schriftenreihe in den ersten zwölf Jahren im wesentlichen von Rothfels und Broszat; der Mitherausgeber Eschenburg war zwar stets auf dem laufenden, hielt sich aber ebenso im Hintergrund wie der Leiter des Instituts, Helmut Krausnick. Broszat war als Redakteur in seinem Metier. Er war zupackend und höchst initiativfreudig, zuweilen etwas mehr als Rothfels angemessen erschien. Am 12. Juli 1960 sandte der bis Ende der sechziger Jahre stets mit „Ihr sehr ergebener“ zeichnende Broszat Rothfels den Entwurf des Prospekts für die Schriftenreihe zu und teilte ihm mit, das Manuskript der Heiberschen Edition des Goebbels-Tagebuches von 1925/26 sei bereits in Druck gegangen. Da „allenfalls bei der 17 Seiten umfassenden Einleitung noch kleine Korrekturen anzubringen sind, würde es m.E. noch rechtzeitig sein, wenn Sie an Hand der ersten Korrekturfahnen sich das Manuskript durchsähen“¹⁸, schrieb er an den Herausgeber. Rothfels reagierte darauf umgehend und indigniert. „Ich fühle mich in der Angelegenheit des Prospekts stark überfahren“, antwortete er dem Redakteur und ließ es sich nicht nehmen, eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen vorzubringen. „Schließlich bin ich auch beim Heiberschen Manuskript doch sehr gegen ein Überfahrenwerden“, heißt es weiter in seinem Brief, der mit dem Hinweis endet: „[...] es zeigt sich schon hier die Gefahr des Zeitdrucks durch die Periodizität, auf die ich von Anfang an hingewiesen habe und die mich erneut besorgt macht“¹⁹.

Trotz gelobter Besserung gab Broszat auch das Manuskript des zweiten Schriftenreihbandes den Herausgebern erst in „allerletzter Minute“ zur Kenntnis. Es handelte sich um seine eigene Studie über die nationalsozialistische Polenpolitik, an der er bis zuletzt gefeilt hatte²⁰. Diesmal blieb der Tadel aus. Rothfels teilte mit, er finde das Manuskript vorzüglich. Aus seinen Anmerkungen zu einer Reihe von Details ist zu erkennen, daß dieses Urteil durchaus auf eingehender Lektüre beruhte²¹.

Das Verhältnis zwischen Rothfels und Broszat als Herausgeber und Redakteur spielte sich in der Folgezeit sehr schnell ein. Die insgesamt zwölf Jahre umfassende Korrespondenz zwischen beiden in Sachen „Schriftenreihe“ ist vom Geist einer freundlichen Routine geprägt. Sehr deutlich wird, daß die Schriftenreihe in ihrer ersten Phase eindeutig die Handschrift Broszats trägt. Er hat nicht nur die meisten Manuskriptvorschläge eingebracht, sondern auch eine eigene Monographie beigesteuert und ein Manuskript des ungarischen Wirtschaftsjournalisten und Mitarbeiters der Verbindungsgruppe des ungarischen Generalstabs im deutsch besetzten Jugoslawien, Ladislaus Hory, über den kroati-

¹⁶ Vgl. Lothar Gruchmann, *Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“*, Stuttgart 1962.

¹⁷ Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte vom 30. 7. 1962, in: IFZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

¹⁸ Broszat an Rothfels, 12. 7. 1960, in: IFZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

¹⁹ Rothfels an Broszat, 13. 7. 1960, in: Ebenda.

²⁰ Broszat an Rothfels, 10. 3. 1961, in: Ebenda.

²¹ Rothfels an Broszat, 15. 3. 1961, in: Ebenda.

schen Ustascha-Staat²² durch die Heranziehung der deutschen Akten zu einer wissenschaftlichen Monographie ausgebaut, die noch heute lesenswert ist.

Sowohl Rothfels als auch Broszat wußten, wenn es darauf ankam, die Autonomie und Beweglichkeit zu nutzen, die ihnen die Schriftenreihe gewährte. Den ersten Testfall bildete das Manuskript des amerikanischen Historikers Conrad F. Latour über die Südtirol-Politik zu Zeiten der Achse Berlin – Rom (1938-1945)²³. Das Thema „Südtirol“ war Anfang der sechziger Jahre ein äußerst heißes Eisen, eine Problematik, mit der sich auf österreichische Initiative die UNO in New York zu beschäftigen hatte, während in Südtirol selbst seit 1956 die Bombenanschläge nicht abrisen, die im Sommer 1961 in der „Feuernacht“ vom 11./12. Juni ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten: die Sprengung von 37 Hochspannungsmasten beeinträchtigte die Stromversorgung der Region schwer; die Reaktion des italienischen Staates glich der einer Besatzungsmacht²⁴. Auch in München, beim Institut für Zeitgeschichte, machte sich die angespannte Atmosphäre bemerkbar. Obwohl das Manuskript von Latour vom Beirat bereits positiv begutachtet worden war, beschloß man in der gemeinsamen Sitzung von Beirat und Kuratorium am 9. Mai 1959, die endgültige Beschlußfassung über die Drucklegung wegen politischer Bedenken zurückzustellen, zumal man sich gerade politischer Angriffe wegen eines anderen Buches zu erwehren gehabt hatte. Es wurde die Befürchtung geäußert „die Arbeit von Latour könne erneut eine politisch-polemische Campagne gegen das Institut, wie im Falle Celovsky, hervorrufen“²⁵. Dabei ging es um die Dissertation des tschechischen Historikers Boris Celovsky über das Münchner Abkommen von 1938, die 1958 in den „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ erschienen war. Die daraufhin von der Sudetendeutschen Landsmannschaft entfachte Polemik gegen Buch und Institut hatte den Beirat dazu veranlaßt, in einer Erklärung „Versuche, ernste Bemühungen um historische Wahrheitsfindung, ja die Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte selbst, der Zensur außerwissenschaftlicher Organisationen zu unterwerfen“, entschieden zurückzuweisen²⁶.

Nun allerdings war man vorsichtig geworden. Wegen „erheblicher Einwände von österreichischer Seite“ unterbleibe die geplante Veröffentlichung, teilte Helmut Krausnick in der Sitzung des Kuratoriums im Januar 1960 mit²⁷, und noch im Herbst des folgenden Jahres war man nicht recht weitergekommen. Allerdings sprachen sich bei der gemeinsamen Sitzung von Kuratorium und wissenschaftlichem Beirat am 4. November 1961 die Wissenschaftler recht einhellig für die Veröffentlichung aus. Bedenken hatte weiterhin vor allem der Vertreter des Bundes im Kuratorium des Instituts, Staatssekretär Walter Strauß. Auch er betonte, daß es sich um eine wertvolle und veröffentlichungswürdige Arbeit handelte; aus politischen Gründen sollte aber eine

²² Vgl. Ladislaus Hory/Martin Broszat, *Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945*, Stuttgart 1964.

²³ Vgl. Conrad F. Latour, *Südtirol und die Achse Berlin – Rom 1938–1945*, Stuttgart 1962.

²⁴ Vgl. Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit*, Innsbruck u.a. 1997, S. 484–501; ders., *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Darstellung in drei Bänden*, Bd. 2, Bozen 1999.

²⁵ Ergebnisprotokoll der gemeinsamen Sitzung von wissenschaftlichem Beirat und Kuratorium des Instituts für Zeitgeschichte vom 8./9. 5. 1959, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8/11.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Sitzungsprotokoll Kuratorium vom 22. 1. 1960, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 3/3.

Veröffentlichung unter der Flagge des Instituts unterbleiben. „Bei der Empfindlichkeit der Italiener müsse damit gerechnet werden, daß jede mit amtlicher Unterstützung herausgebrachte Südtirol-Publikation zu außenpolitischen Komplikationen führe und auch den Südtirolern selbst Nachteile bringe.“²⁸ Das Institut sei keine amtliche Stelle, warf Helmut Krausnick ein; es könne gerade durch die Veröffentlichung der Studie seine Autonomie deutlich machen. Auch Rothfels hatte als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats bereits Zweifel angemeldet, ob die politischen Bedenken wirklich so gravierend seien. Für den Staatssekretär blieben sie es. „Da Staatssekretär Strauß seine Bedenken gegen eine Publikation in der Institutsreihe aufrechterhielt, erklärte Prof. Rothfels, daß er sich vorbehalte, die Arbeit evtl. in der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte zu publizieren“, heißt es im Protokoll über den weiteren Fortgang²⁹. Rothfels hatte das bereits zu Beginn der Beratung angekündigt und ausdrücklich von der „von ihm und von Prof. Eschenburg autonom herausgegebenen Schriftenreihe der ‚Vierteljahrshefte‘“ gesprochen³⁰. Tatsächlich erschien Latours Südtirol-Studie 1962 als Nummer 5 der Schriftenreihe. Ein kleiner Reflex der Diskussion in den Institutsgruppen findet sich im Klappentext wieder, wo es heißt: „Die Episode deutsch-italienischer Südtirolpolitik unter Hitler und Mussolini hat mit der gegenwärtigen Südtirolfrage nur insofern zu tun, als sie exemplarisch aufzeigt, wie wenig radikale Maßnahmen geeignet sind, eine befriedigende Lösung zu schaffen.“

Nutzte Rothfels die Schriftenreihe in diesem Falle dazu, politische Bedenken zugunsten der wissenschaftlichen Autonomie zu umschiffen, so setzte Broszat einige Jahre später mit den Mitteln der Wissenschaft bewußt einen politischen Akzent. Im September 1968 war er auf die bei Hans Maier entstandene Dissertation von Hermann Bott aufmerksam geworden, die Methoden, Techniken und ideologische Grundlagen rechtsradikaler Propaganda analysierte³¹, wobei der Autor vor allem die Presse der NPD auswertete. Der Münchner Politologe Maier und sein Schüler hatten zuvor bereits gemeinsam eine Studie über die NPD verfaßt³² – eine Arbeit, zu der aller Grund bestand, hatte doch diese 1964 gegründete rechtsextremistische Formation seit Ende 1966 ausgehend von Hessen und Bayern in einen Landtag nach dem anderen Einzug gehalten. Von der Basis der Vertretung in sieben Länderparlamenten aus, so stand zu befürchten, war der Sprung der Rechtsradikalen in den Bundestag bei den Wahlen im Herbst 1969 durchaus im Bereich des Möglichen, ja er wurde in der politischen Öffentlichkeit als nahezu sicher erwartet³³. Diese Zusammenhänge vor Augen sandte Broszat am 24. September 1968 an Rothfels, der sich in einem Höhenanatorium im Schwarzwald aufhielt, einen eiligen Brief, in dem er ihn davon in Kenntnis

²⁸ Sitzungsprotokoll Wissenschaftlicher Beirat vom 4. 11. 1961, S. 8 f., in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

²⁹ Protokoll Beirat und Kuratorium vom 4. 11. 1961, S. 9, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8.

³⁰ Ebenda, S. 8.

³¹ Vgl. Hermann Bott, *Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda*, Stuttgart 1969.

³² Vgl. Hans Maier/Hermann Bott, *Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“*, München 1968.

³³ Vgl. Uwe Hoffmann, *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt a.M. u.a. 1999, S. 109–133.

setzte, daß man im Institut auf eine Dissertation „über den verschleierte Antisemitismus und Rassenhaß rechtsradikaler Gruppen in der Bundesrepublik“ aufmerksam geworden sei. Diese gehöre „zu dem Besten, was bisher über Ideologie und Propagandamethoden des Rechtsradikalismus zusammengetragen und geschrieben worden ist“. Vorbehaltlich der Genehmigung Rothfels' sei bereits eine Übernahme in die Schriftenreihe vereinbart worden, „weil wir, wie Sie wissen, seit längerem wünschen, einmal mit einer überzeugenden und methodisch sauberen Arbeit über den neuen Rechtsradikalismus aufwarten zu können. Da es außerdem möglich ist, diese Arbeit noch gegen Ende des Jahres druckfertig zu machen und also schon im ersten Halbjahr nächsten Jahres zu veröffentlichen, meinten wir hiervon unbedingt Gebrauch machen zu müssen. Denn wenn wir schon eine solche Arbeit herausbringen, dann ist es sicher günstiger, das noch vor den Bundestagswahlen 1969 zu tun. Es wirkten also, wie Sie sehen, einige Zwänge mit, die zu diesem überstürzten Entschluß führten.“³⁴

Rothfels bekundete umgehend auf einer Postkarte sein grundsätzliches Einverständnis, nicht ohne zu betonen, daß er die Arbeit vor der Drucklegung gern lesen und dann auch Eschenburgs Zustimmung einholen würde³⁵. Die Lektüre des weiteren Schriftwechsels legt den Eindruck nahe, daß Broszat das Manuskript mittels der Konstruktion eines Sach- und Terminzwangs „durchgedrückt“ hat und daß Rothfels dieses Vorgehen nicht verborgen geblieben ist, denn auch in einem Schreiben vom 15. Oktober kam er darauf zurück, daß er das Manuskript lesen wolle³⁶. Aber erst nach Weihnachten erhielt er einen Bescheid, der ihm nicht zusagen konnte. Denn während Broszat in seiner Antwort auf die Postkarte noch erklärt hatte: „Selbstverständlich werde ich ihnen das Manuskript vor Drucklegung zur Einsichtnahme übersenden“³⁷, schlug er jetzt ein anderes Verfahren vor: Da das Manuskript noch schwer überarbeitet werde – „da es in diesem Falle besonders auch um publizistische Wirkung geht“, jedoch im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf und einen möglichen NPD-Verbotsantrag³⁸ spätestens im April/Mai erscheinen solle, habe er mit der DVA in Erwägung gezogen, die erste Hälfte des Manuskripts bereits setzen zu lassen, während an der zweiten noch gearbeitet werde. Dieses ungewöhnliche Verfahren setze allerdings voraus, daß Rothfels den ersten Teil passieren lasse, bevor er den zweiten gesehen habe³⁹. Dieser erklärte sich trotz eines gewissen Unbehagens einverstanden⁴⁰ und erteilte dann auch das *imprimatur*, allerdings, wie er anmerkte, „mit sehr ungunstigen Gefühlen“, weil er trotz einiger Passagen, denen er hohes Niveau attestierte, von dem Manuskript insgesamt nicht sehr angetan war. „Ich stimme jetzt nur zu – nach Verständigung im Prinzip mit Eschenburg – wegen der Terminfrage, aber ich möchte nicht gerne noch mal vor einer Situation stehen, die keine Wahl

³⁴ Broszat an Rothfels, 24. 9. 1968, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

³⁵ Rothfels an Broszat, 26. 9. 1968, in: Ebenda.

³⁶ Rothfels an Broszat, 15. 10. 1968, in: Ebenda.

³⁷ Broszat an Rothfels, 9. 10. 1968, in: Ebenda.

³⁸ Im Herbst und Winter 1968 wurde in der Bundesregierung wiederholt über einen Verbotsantrag gegen die NPD beraten, für den Innenminister Benda bereits eine Materialsammlung durchführte. Dazu kam es letzten Endes jedoch nicht. Vgl. Hoffmann, NPD, S. 96–98.

³⁹ Broszat an Rothfels, 27. 12. 1968, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

⁴⁰ Rothfels an Broszat, 30. 12. 1968, in: Ebenda.

läßt.⁴¹ Ein ausdrückliches Kompliment erhielt Broszat für den Bott-Band hingegen von einer Seite, von der er sie vermutlich nicht erwartet hatte. Der Holocaust-Überlebende und Historiker Josef Wulf, der Broszat Jahre zuvor wegen der allzu positiven Einschätzung des im besetzten Warschau als Amtsarzt tätigen Wilhelm Hagen in seiner „Polenpolitik“ schwer zugesetzt hatte⁴², wandte sich am 21. Juni 1969 an ihn als den verantwortlichen Redakteur der Schriftenreihe: „Meine große Anerkennung für dieses Buch! Es ist eine absolut wissenschaftlich fundierte Studie mit einer hervorragenden Analyse – und andererseits nicht in dem ‚Wissenschafts-Chinesisch‘ geschrieben, das Nichtwissenschaftler vom Lesen abhält.“⁴³

Verlag und Redaktion unternahmen erhebliche Anstrengungen, um für die Verbreitung des Buches zu sorgen. Rezensionen- und Freixemplare wurden breit gestreut. So sollten die Spitzenpolitiker des Bundes und der Länder, die Bundesminister der Justiz und des Inneren, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sowie, wie es in einem Schreiben der Verkaufsleitung der DVA etwas rätselhaft heißt, der „Gewerkschaftspräsident“ mit dem Buch bedacht werden, außerdem bekannte Publizisten wie Golo Mann, Rudolf Augstein, Eugen Kogon und Werner Höfer⁴⁴.

Den Ausschlag dafür, daß die NPD bei der Bundestagswahl 1969 schließlich knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, werden all diese Bemühungen wohl kaum gegeben haben. Nichtsdestoweniger wurde die Chance genutzt, einen Beitrag zur Bekämpfung neonazistischer Tendenzen zu leisten. Botts Analyse rechtsextremistischer Propaganda-Techniken ist, auch wenn sich diese mittlerweile verändert haben, in vielen Passagen immer noch lesenswert, etwa wenn er das Auspielen von Juden gegen Juden oder die Drapierung antisemitischer Einstellungen als „Israel-Kritik“ analysiert. Botts Buch war im übrigen das erste, mit dem in der Schriftenreihe der Sprung über die Epochenzäsur 1945 gewagt wurde. Allerdings stand es in unmittelbarem Zusammenhang zur NS-Thematik. Die erste Arbeit, die sich ausschließlich der bundesrepublikanischen Geschichte widmete, war Klaus von Schuberts Untersuchung über die Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik⁴⁵, die 1970 erschien und kurz darauf eine zweite Auflage erlebte.

Beirat und Herausgeber

Mittlerweile konnte die Schriftenreihe als etabliert gelten. Im Wissenschaftlichen Beirat wurde ihr im Frühjahr 1972 – inzwischen waren 24 Hefte erschienen – attestiert, sie sei in ihrer Bedeutung über einen Annex zu den Vierteljahrsheften hinausgewach-

⁴¹ Rothfels an Broszat, 7. 1. 1969, in: Ebenda.

⁴² Vgl. Schriftwechsel Broszat-Wulf, in: Ebenda. Unlängst ist diese Auseinandersetzung erneut aufgegriffen worden von Nicolas Berg, *Die Lebenslüge vom Pathos der Nüchternheit. Subjektive jüdische Erinnerung und objektive deutsche Zeitgeschichtsforschung*; Josef Wulf, Martin Broszat und das Institut für Zeitgeschichte in den 60er Jahren, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17. 7. 2002, S. 14.

⁴³ Wulf an Broszat, 21. 6. 1969, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

⁴⁴ Verkaufsleitung DVA an Broszat, 5. 5. 1969, in: Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Klaus von Schubert, *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952*, Stuttgart 1970, 2¹⁹⁷².

sen. Darin sah man im Beirat allerdings auch ein Problem, denn, so die Argumentation einer ganzen Reihe seiner Mitglieder, da die Schriftenreihe mit dem Institut und damit auch mit seinem wissenschaftlichen Beirat identifiziert werde, müsse sie auch dessen Begutachtungskompetenz unterliegen. Den Ausgangspunkt zu dieser Erörterung hatte eine Diskussion über die im Auftrag des Instituts und der West-Berliner Akademie der Künste von Hildegard Brenner erarbeitete Dokumentation über die Gleichschaltung der Preußischen Akademie der Künste gebildet, die gerade unter dem Titel „Das Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution“ erschienen war⁴⁶, der einigen Beiratsmitgliedern unglücklich gewählt schien. Broszat fiel es in Abwesenheit von Rothfels und Eschenburg zu, die Autonomie der Schriftenreihe zu verteidigen. Er tat dies mit dem Hinweis, daß der Beirat im Tätigkeitsbericht des Instituts über die Planungen für die Schriftenreihe regelmäßig informiert werde, um ihm Gelegenheit zur Erörterung dieses Programms zu geben, und mit dem Argument, man habe bei der Gründung der Schriftenreihe den Herausgebern der Vierteljahrshefte die Begutachtung wegen der periodischer Erscheinungsweise überlassen. Diese erlaube keine langwierige Begutachtungsprozedur, „zumal – wie die Erfahrung gezeigt habe – häufig schnelle Umdispositionen getroffen werden müßten, wenn ein Manuskript nicht rechtzeitig fertig werde“⁴⁷. Unterstützung erhielt Broszat damit nur von einer Minderheit, aber auch Staatssekretär Strauß äußerte Zweifel, „ob eine Einengung der Bewegungsfreiheit des Instituts der Sache zugute komme“⁴⁸.

Man einigte sich schließlich darauf, nach Rücksprache mit den Herausgebern die Frage „einer angemessenen und rechtzeitigen Information und gegebenenfalls einer geeigneten Form der Begutachtung durch den Beirat“ auf der nächsten Sitzung nochmals zu verhandeln⁴⁹. Wenig später reagierten die Herausgeber mit einem Rundschreiben an die Beiratsmitglieder, das offenkundig dazu dienen sollte, den Vorstoß abzufangen. „Wie wir aus dem Protokoll entnehmen, ging es den Mitgliedern des Beirates vor allem darum, rechtzeitig die Möglichkeit zu erhalten, begründete Bedenken gegen beabsichtigte Veröffentlichungen in dieser Reihe vorbringen zu können“, stellten die Herausgeber fest, womit sie allerdings die tatsächlichen Ansprüche des Beirates bereits abschwächten. Um dem so verstandenen Wunsch Rechnung zu tragen, schlugen Rothfels und Eschenburg vor, künftig den Beirat jeweils ein Jahr im voraus über Autoren, Themen und Inhalte der geplanten Schriftenreihebände zu informieren und jedem Beiratsmitglied, das dies wünsche, soweit irgend möglich Einblick in die entsprechenden Manuskripte zu gewähren. Etwaige Bedenken sollten den Herausgebern dann binnen eines Vierteljahres mitgeteilt werden. Ansonsten aber sollte alles beim alten bleiben: „Wir gehen im übrigen davon aus, daß die Begutachtung von Manuskripten, die bei den Buchveröffentlichungen des Instituts von Fall zu Fall wechselnden Mitgliedern des Beirates übertragen wird, im Falle der Schriftenreihe bei den dem Beirat

⁴⁶ Vgl. Hildegard Brenner, *Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933*, Stuttgart 1972.

⁴⁷ Ergebnisprotokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates des Instituts für Zeitgeschichte in München am 4. 3. 1972, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 7.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

angehörigen, für die Schriftenreihe verantwortlichen Herausgebern verbleiben sollte. Die Periodizität der Schriftenreihe mit ihren festen, an das Abonnement gebundenen Erscheinungsterminen, die eine relativ rasche Entscheidungsbildung und oft auch eine kurzfristige Umdisposition nötig macht, läßt dies schon aus praktischen Gründen geraten erscheinen.⁵⁰ An diese Stellungnahme schloß sich eine knappe Information über die nächsten drei geplanten Nummern der Schriftenreihe an.

Diese Übung wurde bei der folgenden Beiratssitzung im März 1973 in mündlicher Form fortgesetzt⁵¹, ohne daß damit aber die Ansprüche aller Beiratsmitglieder befriedigt gewesen wären. Als 1974 Grundsätze für das Gutachtenverfahren des Beirats beschlossen wurden, betonte Rothfels, der mit dieser Sitzung aus dem Beirat ausschied, noch einmal nachdrücklich die Entscheidungsbefugnis der beiden Herausgeber bei der Schriftenreihe. Mit seinem Hinweis, eine andere Regelung würde er als Entzug des Vertrauens ansehen müssen, machte er hinreichend deutlich, daß eine Schmälerung der Herausgeberrechte seinen Rücktritt zur Folge haben würde, was selbstverständlich auch die Vierteljahrshefte betroffen hätte.

Broszat erinnerte in dieser Situation an das Rundschreiben der Herausgeber vom Sommer 1972, auf das keine schriftlichen Reaktionen erfolgt seien. Als schweigende Zustimmung zum damals vorgeschlagenen Verfahren mochte die Beiratsmehrheit das trotz Rothfels' Warnsignal nicht gelten lassen. Auf Antrag Hans Buchheims stellte sie ausdrücklich fest, daß in dieser Angelegenheit bisher kein Beschluß gefaßt worden sei⁵².

Bei der endgültigen Beschlußfassung über die Gutachtenrichtlinien ein Jahr später erweckte die Klausel, die die Schriftenreihe von der Beiratszuständigkeit ausnahm, erneut Widerspruch, dem Broszat ein weiteres Mal mit dem Hinweis auf Zweckmäßigkeitsgründe, die sich aus der Periodizität ergaben, entgegentrat⁵³. Der Beirat nahm schließlich die Grundsätze für die Begutachtung an „mit dem zusätzlichen Bemerkem, daß die Frage der Revisionsbedürftigkeit des Punktes 8 (Schriftenreihe) damit nicht entschieden, sondern nur vertagt worden sei“⁵⁴. Dabei blieb es denn auch. Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz konnten, als sie nach dem Tode Rothfels' 1976 seine und Eschenburgs Nachfolge übernahmen, in die von diesen begründeten Rechte eintreten. Ab 1980, als auch Hans-Peter Schwarz Mitglied des wissenschaftlichen Beirates wurde, dem er in der Nachfolge von Karl Dietrich Bracher seit 1988 vorsteht, waren Vierteljahrshefte und Schriftenreihe auch wieder aufs engste personell mit dem Beirat verbunden. Durch den 1992 erfolgten Eintritt von Horst Möller als Direktor des Instituts in das Herausgebergremium wurde die Bindung an das Institut unterstrichen.

⁵⁰ Rothfels und Eschenburg an die Herren Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates des Instituts für Zeitgeschichte, undatiertes Entwurf (1972), in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

⁵¹ Ergebnisprotokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des IfZ vom 15. 3. 1973, S. 26, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 7.

⁵² Ergebnisprotokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des IfZ vom 7. 3. 1974, S. 6, in: Ebenda.

⁵³ Ergebnisprotokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des IfZ vom 7. 3. 1975, S. 24 ff., in: Ebenda.

⁵⁴ Ebenda, S. 26.

Kontinuität und Entwicklung

Weder die Veränderungen bei den Herausgebern noch die bereits 1972, als Broszat zum Direktor des IfZ berufen wurde, erfolgte Übergabe der Redaktion an Wolfgang Benz und Hermann Graml brachten einen grundsätzlichen Bruch mit dem in den zwölf Jahren der Zusammenarbeit von Rothfels und Broszat begründeten Stil der Reihe mit sich, ebensowenig wie der Verlagswechsel von der DVA zu Oldenbourg 1986. Zwar erweiterte sich der thematische Focus, aber solche Entwicklungen, wie etwa die stärkere Berücksichtigung der Nachkriegszeit in den 17 Jahren der Redaktion Benz/Graml waren vor allem auf generelle – allerdings vom Institut für Zeitgeschichte nicht ganz unbeeinflusste – Forschungstendenzen zurückzuführen, die die „Zeitgeschichte“ auch jenseits der 1945er-Schwelle weiter vorantrieben. Daran die Vorstellung zu knüpfen, die Zeitgeschichte würde sich gleichsam „auswachsen“, wäre indes irrig. Wenn man der genialen und daher oft zitierten Metapher von Barbara Tuchman folgt, wonach Zeitgeschichte Geschichte ist, die noch qualmt⁵⁵, dann wird man die Beobachtung machen, daß der Rauch auch und gerade immer wieder von *hot spots* aufsteigt, die in der schon nicht mehr ganz so jungen Zeitgeschichte liegen. Auch die Angst, sich daran die Finger zu verbrennen, ist erstaunlich beständig und verbreitet.

Hans Robinsohns Studie über die in Hamburg 1935 bis 1943 durchgeführten sogenannten „Rassenschande“-Verfahren und die beteiligten Richter und Staatsanwälte⁵⁶, die 1977 als Nummer 35 der Schriftenreihe erschien, war ein Beispiel dafür. Das Manuskript kam Anfang 1975 über den Hannoveraner Rechtssoziologen Wolfgang Kaupen an das Institut, der mitteilte, er habe sich zwei Jahre lang bemüht, „einen Verleger für diese Arbeit im Rahmen rechtssoziologischer Verlagsprogramme zu finden, weil mir die Untersuchung auch in dieser Hinsicht sehr wichtig scheint“ – allerdings ohne Erfolg: „Die einschlägigen Verleger glaubten entweder ‚man solle diese Dinge endlich ruhen lassen‘, oder sie hielten den Markt nicht für groß genug.“⁵⁷ Robinsohn, ein Hamburger Geschäftsmann und Jurist jüdischer Herkunft, Mitglied in der liberalen Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann und dann im dänischen und schwedischen Exil, war von 1959 bis 1965 einer der beiden Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg gewesen; er hatte die Arbeit schon in den sechziger Jahren geschrieben. Die Tatsache, daß sie so lange unveröffentlicht blieb, veranlaßte selbst den Gerichtsreporter des „Spiegel“, Gerhard Mauz, zu einem bitteren Kommentar in einer seiner kritischen Justizreportagen: „Es besteht kein Bedürfnis danach, unter Juristen schon gar nicht, die Willfähigkeit der Justiz zu analysieren.“⁵⁸ Allerdings entschloß man sich auch im Institut für Zeitgeschichte wegen des nötigen Überarbeitungsaufwandes nicht leichten Herzens zur Veröffentlichung dieser Arbeit. Schließlich gab dann doch die Bedeutung der Thematik den – positiven – Ausschlag.

⁵⁵ Vgl. Barbara Tuchman, *In Geschichte denken. Essays*, Düsseldorf 1982, S. 31.

⁵⁶ Vgl. Hans Robinsohn, *Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in „Rassenschandefällen“ beim Landgericht Hamburg 1936–1943*, Stuttgart 1977.

⁵⁷ Wolfgang Kaupen an das IfZ, 24. 2. 1975, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Wolfgang Benz.

⁵⁸ Gerhard Mauz, „Unaufgefordert vollkommen entkleidet“, in: *Der Spiegel*, Nr. 32, 4. 8. 1975.

Stärkeres Gewicht in der Schriftenreihe gewann auch die Publikation autobiographischer Quellen, so Curt Geyers selbstkritische Erinnerungen über seine Rolle als Exponent des linken Flügels der USPD, der den Anschluß an die Kommunistische Internationale propagierte⁵⁹, die Aufzeichnungen von Hitlers Heeresadjutanten Gerhard Engel über die Jahre 1938 bis 1943⁶⁰ und das Tagebuch der jüdischen Ärztin Hertha Nathorff über das Leben unter nationalsozialistischer Diktatur und die Schwierigkeiten, im Exil Fuß zu fassen⁶¹. Die Bedeutung solcher autobiographischer Texte⁶² erschließt sich vor allem dann, wenn man sie im wechselseitigen Kontext liest. So notiert etwa Engel über einen der sattsam bekannten Führer-Monologe im August 1938, Hitler habe erklärt, die Nürnberger Rassengesetze seien „eigentlich noch viel zu human“ gewesen. „Er werde sich jetzt überlegen, durch Zusatzgesetze die Einschränkung des jüdischen Lebens in Deutschland so zu provozieren, daß die Masse der jüdischen Bevölkerung in Deutschland einfach nicht mehr bleiben wolle.“ „Ich konnte nicht schreiben, ich bin noch immer wie gelähmt, der erste Silberfaden glänzt in meinem Haar, das hat der Kummer der letzten Tage gemacht“, beginnt der einzige Eintrag für den August 1938 im Tagebuch von Hertha Nathorff, dem Aufzeichnungen über die Aberkennung der Approbation jüdischer Ärzte und weitere Diskriminierungen und die verzweifelte Bemühung um die Auswanderung folgen. Diese Veröffentlichung, die schon sehr bald eine Taschenbuchausgabe nach sich zog⁶³, wurde ein großer Erfolg, nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie in die Phase einer verstärkten Rezeption der Erfahrung der vom NS-Regime verfolgten Juden fiel, die durch die Fernsehserie „Holocaust“ 1979 einen starken Anstoß bekommen hatte. Das Buch war ein erstes Resultat des Instituts-Projektes zur Geschichte der Juden in Deutschland 1933–1945⁶⁴.

Auch das vom Institut für Zeitgeschichte initiierte, mit dem Bundesarchiv, den Staatsarchiven der Länder der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone sowie dem Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschungen der FU Berlin und dem Arbeitskreis Ruhr gemeinsam durchgeführte OMGUS-Projekt – die Sichtung, Verzeichnung und Verfilmung der Aktenhinterlassenschaft der amerikanischen Militärregierung in Deutschland – schlug sich in der Schriftenreihe nieder. Lutz Niethammer hatte 1967 die Leitung des Instituts für Zeitgeschichte in einem ausführlichen Bericht

⁵⁹ Vgl. Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, mit einem Vorwort von Robert F. Wheeler, Stuttgart 1976.

⁶⁰ Vgl. Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, hrsg. und kommentiert von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974.

⁶¹ Vgl. Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Berlin-New York. Aufzeichnungen 1933 bis 1945, hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Benz, München 1987.

⁶² Vgl. die vom Institut für Zeitgeschichte seit 1984 herausgegebene Reihe „Biographische Quellen zur Zeitgeschichte“, in der bis heute 21 Bände erschienen sind.

⁶³ Fischer Taschenbuch, Frankfurt a. M. 1988.

⁶⁴ Als weitere zentrale Ergebnisse sind die Bände zu nennen: „Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft“, hrsg. von Wolfgang Benz, unter Mitarbeit von Volker Dahm, Konrad Kwiet, Günter Plum, Clemens Vollnhals, Juliane Wetzel, München 1988, 1996, und Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, 1996.

erstmalig auf diese Bestände hingewiesen⁶⁵. Niethammer war bei seinen Untersuchungen über die amerikanische Entnazifizierungspolitik auch auf den Nachlaß des hochrangigen OMGUS-Beraters Walter L. Dorn gestoßen und hatte mit Broszat die Möglichkeit einer aus diesem schöpfenden Edition erörtert. Als dieser Rothfels den Vorschlag unterbreitete, hob er hervor, „daß mir eine Publikation zu diesem Thema auch schon zur Unterstreichung unseres Anspruchs, die Nachkriegsgeschichte in unser[en] Arbeitsbereich einzubeziehen, besonders wichtig erscheint“⁶⁶. Das war nicht nur hinsichtlich des Images des Instituts als einer – trotz von Beginn an weitergehender Ambitionen – zunächst ausschließlich auf den Nationalsozialismus bezogenen Forschungseinrichtung, sondern auch hinsichtlich einer bei manchen Geldgebern bestehenden und noch lange nicht überwundenen Skepsis durchaus von Bedeutung⁶⁷. Niethammers Dokumentation erschien erst nach Abschluß seiner grundlegenden Studie zur Entnazifizierung in Bayern⁶⁸ im Jahre 1973⁶⁹; den ersten Anlaß, den *claim* auf dem Gebiet jenseits des Jahres 1945 abzustecken, bot die Schriftenreihe schon mit der bereits erwähnten Wiederbewaffnungs- und Westorientierungsstudie von Klaus von Schubert 1970, was Broszat dementsprechend herausgestellt wissen wollte. Er versuchte nicht zuletzt deshalb bei der Hamburger „Zeit“ eine Rezension anzuregen, „weil uns daran liegt, der interessierten Öffentlichkeit deutlicher als bisher geschehen ins Bewußtsein zu heben, daß das Institut für Zeitgeschichte und seine Veröffentlichungsorgane sich jetzt und in der Zukunft der Geschichte nach 1945 in besonderem Maße zuwenden“⁷⁰.

Schuberts Arbeit blieb in der Schriftenreihe allerdings zunächst ein Solitär. Erst im Zusammenhang mit der seit Mitte der siebziger Jahre in Angriff genommenen systematischen Erschließung und Verfilmung der OMGUS-Akten nahm die Zahl der Arbeiten zur Nachkriegsgeschichte deutlich zu. Mit dem Mitte der siebziger Jahre begonnenen Verfilmungsprojekt des IfZ entstanden zugleich auch gute Kontakte zu amerikani-

⁶⁵ Vgl. Hermann Weiß, Das OMGUS-Projekt. Ein Erfahrungsbericht über die Verfilmung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, in: Möller/Wengst, 50 Jahre, S. 397–408, hier S. 397 f.

⁶⁶ Broszat an Rothfels, 6. 6. 1967, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

⁶⁷ So provozierte 1962 eine Diskussion im Wissenschaftlichen Beirat über das „historische Mandat“ des IfZ, bei der u. a. Helmut Krausnick feststellte, daß eine Einschränkung der Tätigkeit des Instituts auf die Zeit vor 1945 schon „mit Begriff und Wesen wissenschaftlicher Historiographie nicht vereinbar“ sei, den entschiedenen Widerspruch von Walter Strauß. Er pochte darauf, daß Darstellungen der Zeit nach 1945 der Universitäts- und sonstigen freien Forschung überlassen bleiben sollten. „Wir können nicht auf persönliche Interessen einzelner Mitarbeiter insofern Rücksicht nehmen. In 20 Jahren mögen die Dinge vielleicht anders aussehen.“ Strauß' Stellungnahme zum Protokoll der Beiratssitzung wurde dem IfZ durch ein Schreiben des Stiftungsratsvorsitzenden, Ministerialdirektor Walter Keim vom 21. 11. 1962 übermittelt; siehe IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 8. Schon weniger als zwei Jahre später übernahm das IfZ unter der Federführung von Thilo Vogelsang jedoch die Betreuung und Koordinierung eines von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Projekts zur deutschen Geschichte der Jahre 1945–1949. Vgl. Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre, S. 513.

⁶⁸ Vgl. Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitation unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M. 1972.

⁶⁹ Vgl. Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß, übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.

⁷⁰ Broszat an „Die Zeit“ (Karl-Heinz Janßen), 2. 9. 1970, in: IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104].

schen Historikern. Eine Frucht dieser Beziehungen war der Band „Kultur auf Trümmern“, eine Dokumentation der Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section vom Juli bis Dezember 1945, die von Brewster Chamberlin ediert wurde⁷¹ und 1979 als Band 39 der Schriftenreihe erschienen war. Thematisch eng verwandt und teilweise ebenfalls auf der allerdings größtenteils noch in Washington eingesehenen OMGUS-Überlieferung basierend war die drei Jahre zuvor als Nummer 32 erschienene Studie „Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953“ von Hansjörg Gehring⁷². Mit einer ganzen Reihe weiterer Untersuchungen bildeten diese Bände eine Staffel von Arbeiten zur Geschichte der westlichen Besatzungszonen, die in den siebziger und achtziger Jahren Gegenstand eines besonders florierenden Forschungszweiges war.

Das Redaktionsteam Benz/Graml amtierte offiziell von 1972 bis 1988 also 16 Jahre, jedoch hatte in den letzten Jahren, als Hermann Graml zunehmend durch andere Verpflichtungen gebunden war, Wolfgang Benz die Geschäfte weitgehend alleine geführt. Ende 1988 bat er um seine Entpflichtung, um, wie aus der Hausmitteilung vom 18. September 1988 hervorgeht, sich auf sein Forschungsprojekt zu konzentrieren⁷³. Neben einer gewissen, nach anderthalb Dekaden durchaus legitimen Amtsmüdigkeit war dabei im Hintergrund auch ein mehr oder weniger sanfter Druck Broszats im Spiel gewesen, der den nach vorne drängenden Nachwuchskräften eine Bewährungschance eröffnen wollte. Die Schriftenreihe sollte daher künftig, so die Hausmitteilung, „arbeitsteilig von den Herren Frei, Henke und Woller betreut werden“⁷⁴. Henke trat dann jedoch wegen anderer Aufgaben gar nicht an. Von 1989 bis 1997 besorgten Norbert Frei und Hans Woller die Redaktionsgeschäfte, wobei die Geschäftsführung vor allem bei ersterem lag, insbesondere nachdem Woller 1994 in die Position des Chefredakteurs der Vierteljahrshefte aufgerückt war. Der Ehrgeiz, die Reihe stärker an die neueste Zeitgeschichte heranzuführen und sie zugleich zu internationalisieren, schlug sich vor allem in den Sammelbänden „Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982“⁷⁵ und „Vom Ständestaat zur Demokratie. Portugal im 20. Jahrhundert“⁷⁶ nieder. Ende der achtziger Jahre war auch die Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte so weit entwickelt, daß ihr Profil zum Gegenstand historischer Reflexion gemacht werden konnte. Dies war das Thema des von Martin Broszat herausgegebenen Bandes „Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte“⁷⁷. Es war Broszats letzter Bei-

⁷¹ Vgl. Brewster S. Chamberlin, *Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section Juli-Dezember 1945*, Stuttgart 1979.

⁷² Vgl. Hansjörg Gehring, *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms*, Stuttgart 1976.

⁷³ Hausmitteilung vom 18. 9. 1988, in: IfZ-Archiv, Bestand Hausarchiv, ID 41/1.

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Vgl. *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, hrsg. von Walther L. Bernecker und Carlos Collado Seidel, München 1993.

⁷⁶ Vgl. *Vom Ständestaat zur Demokratie. Portugal im zwanzigsten Jahrhundert*, hrsg. von Fernando Rosas, München 1997.

⁷⁷ Vgl. *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, hrsg. von Martin Broszat, München 1990.

trag für die von ihm mitbegründete und geprägte Schriftenreihe. Er verstarb im Oktober 1989 und erlebte das Erscheinen des Bandes nicht mehr, das genau in die Zeit der Wiederherstellung der deutschen Einheit fiel.

Die Geschichte des Nationalsozialismus und seine dauerhafte politische Virulenz blieben weiterhin für das Profil der Schriftenreihe bestimmend, zum Beispiel mit der Untersuchung über den „Volksdeutschen Selbstschutz“ in Polen 1939/40 von Christian Jansen und Arno Weckbecker⁷⁸ oder den Arbeiten über das Schicksal des Widerstandskämpfers Hans von Dohnanyi⁷⁹ und die Auseinandersetzung des Arztes Karl Bonhoeffer und seines Sohnes Dietrich mit der Zwangssterilisierung und dem Krankenmord in der NS-Diktatur⁸⁰. Es ist durchaus bemerkenswert, daß mit den beiden zuletzt genannten Bänden erstmals Beiträge zur Geschichte des deutschen Widerstandes gegen die NS-Herrschaft in der Schriftenreihe erschienen. Arthur L. Smiths 1992 erschienenes Buch „Die ‚vermißte Million‘“⁸¹ war eine von der Redaktion angeregte direkte Reaktion auf das vor allem in rechtsextremen Kreisen mit Beifall aufgenommene Buch „Der geplante Tod“ (1989) des kanadischen Journalisten James Bacque, der die These aufstellte, bis zu einer Million deutsche Kriegsgefangene, deren Verbleib unbekannt geblieben war, seien aufgrund gezielter Vernachlässigung und Unterernährung in den amerikanischen Rheinwiesenlagern ums Leben gekommen. Smith, der an den Verhältnissen in den Lagern nichts beschönigte, legte nichtsdestoweniger in aller nur wünschenswerten Klarheit dar, daß von einem „geplanten Tod“ nicht die Rede sein konnte und daß die Spuren der „vermißten Million“ sich an der Ostfront verloren hatten. Das hinderte allerdings Bacque nicht, in seinem Buch „Die verschwiegene Schuld“ (1995) seine Thesen zu wiederholen. Die Arbeit von Smith, die im Literaturverzeichnis dieser Publikation nicht einmal auftaucht, tat er mit einem, noch dazu entstellenden, Halbsatz ab. Beide erwähnten Bücher Bacques wurden als Taschenbücher neu aufgelegt⁸². Das ist indes nur ein Beispiel von vielen für die betrübliche Erfahrung, daß im Bereich der Zeitgeschichte Sensations- und Legenden-schrifttum, das Entlastungswünsche und liebgewonnene Klischees bedient, nicht selten eine erheblich größere Resonanz findet als seriöse Forschung.

Als Norbert Frei 1997 einen Ruf an die Ruhr-Universität Bochum annahm und dort in die Nachfolge Hans Mommsens eintrat, ging die Redaktion der Schriftenreihe auf Jürgen Zarusky über, der zuvor zusammen mit Christian Hartmann einige Jahre Redaktionserfahrung bei der Betreuung der 1970 ins Leben gerufenen Institutsreihe „Studien zur Zeitgeschichte“ gesammelt hatte. Sucht man nach einem Charakteristikum in der jüngsten Entwicklung der Schriftenreihe, so ist es sicherlich die stärkere

⁷⁸ Vgl. Christian Jansen/Arno Weckbecker, Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992.

⁷⁹ Vgl. Elisabeth Chowaniec, Der „Fall Dohnanyi“ 1943–1945. Widerstand, Militärjustiz, SS-Willkür, München 1991.

⁸⁰ Vgl. Uwe Gerrens, Medizinisches Ethos und theologische Ethik. Karl und Dietrich Bonhoeffer in der Auseinandersetzung um Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Nationalsozialismus, München 1996.

⁸¹ Vgl. Arthur L. Smith, Die „vermißte Million. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.

⁸² Das erste 1996 bei Ullstein, das zweite 2002 in dem rechtsgerichteten Verlag Pour le Mérite (der mit dem gleichnamigen Traditionsorden nichts zu tun hat).

104 Aufsätze

Blickrichtung nach Osten, die wiederum einen bedeutsamen Forschungstrend aufnimmt, welcher durch die massive Förderung der DDR-Forschung, aber vielleicht sogar mehr noch durch die Öffnung der ehemaligen sowjetischen, heute russischen Archive induziert ist. Von den zehn Bänden, die seit 1998 in der Schriftenreihe erschienen sind, stützen sich fünf in mehr oder weniger großem Umfang auch auf Akten aus russischen Archiven⁸³. Die welthistorische Zäsur des Untergangs der realsozialistischen Systeme 1989/91 hat den Blick auf die internationale und deutsche Zeitgeschichte aber nicht nur durch neu zugängliche Archivmaterialien verändert. Es scheint auch, daß nun die Teilepochen in mancher Hinsicht näher zusammenrücken und stärker unter gemeinsamen Perspektiven betrachtet werden können. Auf anregende Weise ist dies in dem von Hans Günter Hockerts herausgegebenen Sammelband „Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit“⁸⁴ anhand deren zentraler Strukturelemente und ihrer Modifikationen in der NS-Diktatur, der Bundesrepublik und der DDR vorgeführt worden.

Konturen

Die Zeitgeschichtsforschung ist eine internationale Disziplin. Das hat sich selbstverständlich auch in der Schriftenreihe niedergeschlagen. Immerhin jeder siebte Band ist aus einer Fremdsprache übersetzt worden bzw. enthält in nennenswertem Umfang übersetzte Beiträge oder Dokumente. Natürlich dominiert dabei der angelsächsische Sprachraum, insgesamt aber gibt es eine, zwar nicht gerade babylonisch zu nennende, jedoch recht bunte Sprachenvielfalt: Englisch, Finnisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Hebräisch und Russisch sind zu verzeichnen. Die internationalen Autoren stammen u.a. aus den USA, Großbritannien, Ungarn, Finnland, Spanien, Portugal und Israel.

Den thematischen Hauptschwerpunkt der Reihe bilden über die gesamte Erscheinungszeit hinweg der Nationalsozialismus und das Dritte Reich mit rund 37 Prozent der erschienenen Bände. Die Geschichte der westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland stellt mit 30 Prozent den zweiten großen Schwerpunkt dar. Dagegen liegen zur SBZ/DDR-Geschichte erst drei Bände (3,6 Prozent) vor⁸⁵,

⁸³ Vgl. Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998; Bert Hoppe, Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970, München 2000; Yfaat Weiss, Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940, München 2000; Jörg Morré, Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München 2001; Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, hrsg. von Jürgen Zarusky mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002.

⁸⁴ Vgl. Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, hrsg. von Hans Günter Hockerts, München 1998.

⁸⁵ Allerdings finden sich unter den 12 Sondernummern der Schriftenreihe vier Bände, die sich auf die SBZ/DDR beziehen: Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von Hartmut Mehringer, München 1995; Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), hrsg. von Hartmut Mehringer, Michael Schwartz und Hermann Wentker, München 1998; Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, hrsg. von Dierk Hoffmann und Michael Schwartz, München 1999; Das letzte

jedoch vier zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Den dritten Schwerpunkt bildet nach wie vor die Geschichte der Weimarer Republik, die auch in jüngeren Jahren mit akzentsetzenden Büchern wie dem von Martin Sabrow über den Rathenau-Mord⁸⁶ und Hermann Gramls Studie über die Außenpolitik der Präsidialkabinette⁸⁷ immer wieder in der Schriftenreihe vertreten war. Insgesamt sind „Weimar“ rund zwölf Prozent der in der Schriftenreihe erschienenen Titel gewidmet. Sechs der 83 Titel, rund sieben Prozent, befassen sich mit außerdeutscher Zeitgeschichte.

Hinter all diesen Zahlen stehen inzwischen 42 Jahre kontinuierliche Redaktionsarbeit, in der es stets darum geht, aus interessanten Manuskripten Bücher zu machen, die sich sehen lassen können und Resonanz finden. Begutachtung, Auswahl, Redaktion, Korrektur, Kürzung der Manuskripte gehören ebenso zu dieser Arbeit wie die Formulierung eingängiger und präziser Titelvorschläge und Klappentexte, die Organisation von Übersetzungen, die Bearbeitung von Karten- und Bildmaterial (das allerdings in der Schriftenreihe sparsam verwendet wird) und nicht zuletzt die Aufgabe, die Autoren mit all diesen Eingriffen zu versöhnen, ferner die Anregung von Rezensionen, die Beschaffung von Photos für Prospekte und anderes mehr.

Die Resonanz der Schriftenreihe zu bestimmen, ist nicht ganz einfach. Ähnlich wie die Vierteljahrshefte wendet sie sich nicht nur an das engere Fachpublikum. Seriöse Forschung läßt sich allerdings selten in Kassenschlager ummünzen. Immerhin sind einige Schriftenreihe-Publikationen später auch noch als Taschenbücher aufgelegt worden, so etwa Broszats „Nationalsozialistische Polenpolitik“, das von Wolfgang Benz herausgegebene „Tagebuch der Hertha Nathorff“, Martin Sabrows „Rathenau-Mord“ und Michael F. Scholz' „Herbert Wehner in Schweden“⁸⁸. Umfassende Darstellungen, berührende persönliche Zeugnisse und spektakuläre Themen sind allerdings nicht das tägliche Brot der Wissenschaft, die nun einmal von einer Vielzahl detaillierter Untersuchungen begrenzter Fragestellungen lebt. Das schlägt sich natürlich auch im Manuskriptangebot für die Schriftenreihe nieder, die letzten Endes auf eine Leserschaft angewiesen ist, welche sich in handlichen Studien laufend über den Fortgang und aktuellen Stand der Zeitgeschichtsforschung informieren will. Diese Leserschaft bildet zweifellos kein dominantes Käufersegment auf dem Buchmarkt, und sie scheint im Abnehmen begriffen zu sein. Wenn man beim Verlag 1965 ein Problem darin sah, daß die Schriftenreihe wegen angeblich zu spezieller Themen über 2000 abgesetzte Exemplare (Abonnement plus Einzelverkauf) nicht hinausgekommen war⁸⁹, lagen dem allerdings von vorneherein allzu positive Erwartungen zugrunde, die vielleicht durch den sensationellen Anfangserfolg mit dem Goebbels-Tagebuch genährt worden

Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, hrsg. von Dierk Hoffmann und Hermann Wentker, München 2000.

⁸⁶ Vgl. Martin Sabrow, *Der Rathenau-Mord. Politische Attentate gegen die Weimarer Republik 1921/22*, München 1994.

⁸⁷ Vgl. Hermann Graml, *Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher*, München 2001.

⁸⁸ Vgl. Michael F. Scholz, *Herbert Wehner in Schweden 1941–1946*, München 1995.

⁸⁹ Broszat an Rothfels, 24. 6. 1965, IfZ-Altregistratur, Bestand Martin Broszat [ID 104]. Die ersten beiden Bände, insbesondere die Heibersche Edition des Goebbels-Tagebuchs hatten allerdings tatsächlich diese Schwelle überschritten.

waren. Wie die meisten deutschsprachigen wissenschaftlichen Organe hat heute auch die Schriftenreihe einen Rückgang von Abonnenten zu verzeichnen. Bei den Ursachen für diese Entwicklung spielen wohl viele Gründe eine Rolle: Sparzwänge, das enorm gestiegene Angebot und die Diversifizierung des zeitgeschichtlichen Buchmarktes, die abnehmende Bereitschaft, sich durch ein Abonnement zu binden, das Vordringen neuer Medien, Entpolitisierungstendenzen, Nachwuchsmangel beim lesenden Publikum und anderes mehr. Dennoch erreichen die Publikationen der Schriftenreihe immer wieder auch vierstellige Verkaufszahlen, allerdings nur solche, an deren Spitze eine Eins steht. Jüngste Beispiele für Bände, die offenkundig den Nerv vieler Leser getroffen haben, sind etwa Reinhart Ottos Studie „Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene“ oder Bert Hoppes Darstellung der Entstehung Kaliningrads „Auf den Trümmern von Königsberg“. Nicht nur die Renner der Reihe finden überdies mit ziemlicher Regelmäßigkeit ihren Widerhall in Besprechungen der großen Tages- und Wochenzeitungen. Autoren und Rezensenten, Verlage und Käufer sind die Säulen, auf denen der Buchmarkt ruht. Bei der Schriftenreihe kommt noch ein Spezifikum hinzu: Herausgeber und Redaktion einerseits und die Stammleserschaft andererseits bilden seit nunmehr über vier Jahrzehnten ein „Bündnis für zeithistorische Bildung“, das für die solide Statik der Schriftenreihe sorgt und damit ihre Dynamik erst ermöglicht.

Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft für Dietmar Süß (IfZ)

Im Rahmen des Festaktes der Leibniz-Gemeinschaft anlässlich ihrer Jahrestagung in Berlin wurde Dietmar Süß am 28. November 2002 mit dem Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft für das Jahr 2002 ausgezeichnet. In Anwesenheit von Bundespräsident a. D. Professor Roman Herzog und von Bundesministerin Edelgard Bulmahn hielt Vizepräsident Professor Ekkehard Nüssli von Rein die Laudatio. Darin hob er hervor, daß mit dem Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft, der im Jahr 2002 zum sechsten Mal verliehen wurde, stets hervorragende Dissertationen ausgezeichnet worden seien. Nach fünf Arbeiten aus dem naturwissenschaftlichen Bereich werde erstmals eine geisteswissenschaftliche Arbeit mit dem Preis bedacht. Ausschlaggebend hierfür sei nicht nur die Qualität der vorgelegten Arbeit *Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945–1976*, sondern auch der Verfasser selbst. Mit 28 Jahren habe er in einem Alter promoviert, das für einen Historiker erstaunlich niedrig sei. Der Laudator hob dabei hervor, daß Herr Süß trotzdem ein breit angelegtes Studium in Hagen, Berlin und München absolviert und auch noch ein halbes Jahr in Spanien studiert habe.

Die Arbeit selbst würdigte Herr Nüssli mit den Worten, daß Herr Süß eine Fallstudie vorgelegt habe, die sich durch Genauigkeit und Tiefe auszeichne und deren Ergebnisse generalisierbar seien. So könnten auf der Grundlage der Dissertation von Dietmar Süß allgemeine Schlüsse zur Entwicklung von Arbeit, Arbeitern und Arbeiterbewegung im Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft gezogen werden. Im einzelnen führte Herr Nüssli dabei die folgenden Punkte auf:

1. die Bedeutung des integrativen Einflusses der korporativen Arbeitsbeziehungen auf den Konflikt von Kapital und Arbeit;
2. den Wandel des „Arbeitermilieus“ durch die Auflösung des „Proletariats“, wobei die Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten nicht ganz verschwunden sei;
3. die Bedeutung der Zäsur von „1968“ für das sozialdemokratische Milieu.

Als besondere Leistung der Dissertation von Dietmar Süß hob Herr Nüssli eine ganze Reihe von Aspekten hervor:

1. die Befunde seien bedeutsam für die Gegenwart – für die Wissenschaft und für die Politik;
2. die Arbeit verbinde soziologische, kulturelle und ökonomische Sichtweisen in historischer Perspektive und sei somit methodisch innovativ;
3. überzeugend sei die Verknüpfung von historisch-chronologischer Darstellung mit historisch-analytischer Systematik;
4. die Dissertation formuliere neue Forschungsfragen, etwa zur Nivellierung und Differenzierung von Arbeitergruppen sowie zum Verhältnis von Arbeit und außerbetrieblicher Organisation;
5. gelungen sei schließlich die empirische Rekonstruktion von Einzelfällen auf der Grundlage einer breiten archivalischen Überlieferung und deren Verbindung mit generalisierenden Schlußfolgerungen.

■ VfZ 1/2003 © Oldenbourg 2003

Am Ende würdigte Herr Nuissl auch die „schriftstellerische“ Leistung von Dietmar Süß. Dessen Sprache sei nicht substantivisch stillgestellt und erstarrt, sondern um Farbigkeit und Dynamik bemüht.

Der Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft ist mit einer Dotation von 3.000 Euro verbunden. Aber nicht nur darüber konnte sich Dietmar Süß freuen. Eine Überraschung bedeutete es für ihn darüber hinaus, daß er im Anschluß an die *Laudatio* das erste gedruckte Exemplar seiner Dissertation überreicht bekam.

Die von Horst Möller betreute Dissertation von Dietmar Süß ist in dem Projekt des Instituts für Zeitgeschichte „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“ entstanden. Die Ergebnisse dieses Projektes, das von Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Freistaats Bayern finanziell gefördert und von Hans Woller wissenschaftlich geleitet worden ist, werden in Sammelbänden und Monographien veröffentlicht. Erschienen sind bisher neben der Arbeit von Dietmar Süß zwei Sammelbände mit den Titeln *Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973* und *Gesellschaft im Wandel*, beide herausgegeben von Thomas Schlemmer und Hans Woller. Im Manuskript abgeschlossen sind ein weiterer Sammelband *Politik und Kultur im förderativen Staat*, ebenfalls herausgegeben von Thomas Schlemmer und Hans Woller, und eine Dissertation von Jaromír Balcar *Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972*. Zwei weitere Monographien von Thomas Schlemmer über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Ingolstadt 1948 bis 1975 und von Stefan Grüner über die Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1949 bis 1973 sind noch in Arbeit.

Der Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft, den die Dissertation von Dietmar Süß erhalten hat, ist auch eine Auszeichnung für das Institut für Zeitgeschichte und insbesondere für das Bayern-Projekt insgesamt. Denn alle Arbeiten dieses Projektes haben davon profitiert, daß ein ständiger Diskurs stattgefunden hat und die Mitarbeiter sich stets der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stellen mußten.

Udo Wengst

Karl Dietrich Bracher, It started with the Weimar Experience.

Research into contemporary history as it developed in the Federal Republic of Germany after 1945 was at first entirely occupied with the failure of the Weimar Republic and of the European order of peace after the initial catastrophe of the First World War, and with the terrible consequences resulting from this. Up to the present day, this experience has lost none of its importance. Its effects are still noticeable, and they are intertwined inseparably with many aspects of recent and most recent historical developments, such as, for example, the conflicts which broke out on the Balkans during the last years, or the terrible problems of overdue compensation for forced labour, persecution and expulsion. The purview of contemporary history can therefore not be limited to the "epoch of the contemporaries". Karl Dietrich Bracher, the doyen of this discipline, stresses this as firmly as he pleads for an undiminished continuation of research into Weimar history, which can, in his view, still contribute decisively to the understanding of the 20th century.

Hans-Peter Schwarz, Recent Contemporary History.

In his essay, the author pleads for understanding "the most recent contemporary history" after the radical change of 1989/91 – as well as earlier periods – as a genuine field for research into contemporary history, and he suggests taking the last decade into greater account than it has been done so far. A description and analysis of recent contemporary history that lives up to academic standards is feasible. This can, for example, be illustrated by looking at the events in the former Yugoslavia during the 1990s. Various academic disciplines – such as the political sciences, international politics, economics, regional history, history, sociology and law – have always been engaged in the field of recent contemporary history. The contributions of serious journalism and of well-informed decision-makers deserve to be taken into account. When looking back on how contemporary history has developed since its emergence in the early 1950s, it becomes evident that the discipline was, in its early days, indeed focussed on what was then still very recent history, as the events between 1914 and 1945 did not lie further back than 10, 15, 20 or 25 years. It was the systematic and critical analysis of these events which won the discipline public acknowledgement. This is something to build on.

Horst Möller, Research into Dictatorship and Democracy in the 20th Century.

In his essay, the author tries to point out new ways in the research into dictatorship and democracy in the 20th century. A comparative approach, which is still very rarely found in contemporary history, is, in his view, most likely to yield success. By looking further afield and pointing out the specifics of the research into the age of Enlightenment, he refutes arguments against a comparative approach. Such an approach is, according to the author, imperative in order to grasp the characteristics and landmarks of an epoch like, for example, the period between the wars with its multilateral and dialectic interconnections between the states of Europe. After sketching the

■ VfZ 1/2003 © Oldenbourg 2003

110 Abstracts

history of the two approaches, Möller goes on to discuss the possibilities and the limits of theories of fascism and of totalitarianism in the light of recent research. As a conclusion, Möller pleads for intensifying the research into the workings of democracy, which he holds to be not only an academic task, but also a political necessity.

Hermann Graml und Hans Woller, Fifty Years of Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003.

The authors start by depicting the foundation of the journal, in which politics and bureaucracy were involved, as well as historians. The founders' motives and the goals which they had in mind are analysed. These were information about the emergence, the nature, the structure and the atrocities of the NS-regime, but also help with understanding the period in a European and global context. Each contribution was to fulfil the strictest criteria of methodological accurateness and be committed to the spirit of humanism. The authors examine which were the prior topics dealt with as a result of this pledge, and they look at the background and the profile of the authors. It does also become clear that, why, and in what way Hans Rothfels, who was, beside Theodor Eschenbach, chief editor during the first 25 years, shaped the identity of the VfZ to a very remarkable extent. Last but not least, the extraordinarily strong influence which emanated from the journal even in its early days, and which went far beyond the limited circle of professional historians, but reached the whole of society in the Federal Republic of Germany, are examined. This success was reflected by the fact that the VfZ quickly developed into the historical journal with the highest circulation, thereby exceeding all expectations. It then follows the exciting story of the changes which had become necessary after Rothfels had died and Eschenburg had left, and which could not be effected without a dispute. The outline of the second twenty-five years of the journal explains how the successors, Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz and then also Horst Möller, maintained and enriched the tradition set up by Rothfels and Eschenburg and how they took the challenge of new topics, but remained careful to keep to continuity.

Jürgen Zarusky, The Schriftenreihe of the Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

This essay shows how the Schriftenreihe of the Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte was established and how it developed. The series was founded a few years after the VfZ in order to make room for studies and documentaries which were too extensive for the journal, yet too brief for any other of the Institute's series. The foundations were essentially laid by Hans Rothfels, who was at the time, together with Eschenburg, editor of the VfZ, and by Martin Broszat, who was then a sub-editor. The series' strict regularity of appearance was born of Broszat's initiative. It quickly developed its own profile and gave the editors the opportunity of being able to react swiftly to current trends in research, and of setting their own emphases. More than 80 volumes have appeared so far, and they mirror the main tendencies of research into contemporary history during the last four decades.

Dr. **Karl Dietrich Bracher**, em. Ordinarius für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn (Stationsweg 17, 53127 Bonn), veröffentlichte u.a.: „Verfall und Fortschritt im Denken der frühen römischen Kaiserzeit. Studie zum Zeitgefühl und Geschichtsbewußtsein des Jahrhunderts nach Augustus“ (Tübingen 1948, Wien 1987); „Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie“ (Stuttgart 1955, ⁵1971); zusammen mit Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz „Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34“ (Köln 1960, 1974); „Die nationalsozialistische Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus“ (Köln 1969, Frankfurt a. M. ⁷1993); „Die Krise Europas 1917–1975“ (Frankfurt a. M. 1976, 1993); „Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert“ (Stuttgart 1982, ²1984); „Die totalitäre Erfahrung“ (München 1987); „Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992“ (Stuttgart 1992); „Geschichte als Erfahrung. Betrachtungen zum 20. Jahrhundert“ (Stuttgart 2001).



Dr. **Hans-Peter Schwarz**, em. Ordinarius für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn (Vogelsangstraße 10a, 82131 Gauting); veröffentlichte u.a.: „Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers“ (Freiburg 1962); „Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft“ (Neuwied 1966, Stuttgart 1980); „Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957“ (Stuttgart 1981); „Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963“ (Stuttgart 1983); „Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“ (Stuttgart 1985); „Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952“ (Stuttgart 1986); „Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967“ (Stuttgart 1991); „Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne“ (Berlin 1994); „Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten“ (Berlin 1998); zusammen mit Karl Kaiser als Hrsg. „Weltpolitik im neuen Jahrhundert“ (Bonn 2000).



Dr. **Horst Möller**, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte und Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München (Leonrodstr. 46b, 80636 München); veröffentlichte u.a.: „Aufklärung in Preußen. Der Verleger, Publizist und Geschichtsschreiber Friedrich Nicolai“ (Berlin 1974); „Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933“ (München 1984); „Parlamentarismus in Preußen 1919–1932“ (Düsseldorf 1985); „Weimar. Die unvollendete Demokratie“ (München 1985, 6. durchges. und erw. Aufl., 1997); „Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert“ (Frankfurt



■ VFZ 1/2003 © Oldenbourg 2003

a. M. 1986, ⁴1997); „Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763–1815“ (Berlin 1989, ⁴1998); „Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller“ (Bonn 1990); „Europa zwischen den Weltkriegen“ (München 1998, ²2000); „Saint-Gobain in Deutschland. Geschichte eines europäischen Unternehmens von 1853 bis zur Gegenwart“ (München 2001); „Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus“, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd 3, (Berlin 2001).



Dr. hc. **Hermann Graml**, ehem. wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); veröffentlichte u.a.: „Europa zwischen den Kriegen“ (München 1969, ⁵1982); „Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948“ (Frankfurt a. M. 1985); „Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit“ (Melle 1988); „Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich“ (München 1988); „Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939“ (München 1990); „Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher“ (München 2001).



Dr. **Hans Woller**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); veröffentlichte u.a.: „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth“ (München 1986); als Herausgeber zusammen mit Martin Broszat und Klaus-Dietmar Henke „Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland“ (München 1988, ³1990); „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943–1948“ (München 1996); „28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung“ (München 1999); als Herausgeber zusammen mit Thomas Schlemmer „Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973“ (München 2001 und 2002).



Dr. **Jürgen Zarusky**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); veröffentlichte u.a.: „Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933“ (München 1992); „Widerstand als ‚Hochverrat‘ 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht“, Bearb. zusammen mit Hartmut Mehringer (Mikrofiche-Edition, München 1994–1998); als Herausgeber „Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig“ (München 2002); arbeitet derzeit an einer vergleichenden Untersuchung der politischen Justiz in der Sowjetunion und im Dritten Reich.